Antifaschistisches info Blatt

Nr. 54 | Winter 2001 / 2002 | 6,– Mark / 3,10 Euro

Sonderheft zum »11. September« und den Folgen in Zusammenarbeit mit der Arranca!

Schwerpunkt

Krieg gegen Terror?

NS-Szene

Landser - Terrorlieder im Gitarrenkoffer

Rostock-Lichtenhagen - Ein Prozess nach neun Jahren

Internationales

Terror-Aussteiger bei Combat 18

WEG DAMIT

Inhalt

AIB Sondernummer 54 3 · 2001

Titel I - XXX

Rubriken

Titel Der »11. September« und die Folgen

NS Szene

Rassismus

Staat und Repression

International

Combat 18

International 30

6 NS Szene

GOTT MIT UNS!

Antifaschistisches Info Blatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

aib@mail.nadir.org

www.nadir.org/nadir/periodika/aib

Editorial

Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen, liebe LeserInnen

Die Bilder der Zerstörung in den USA am 11. September 2001 sind beinahe schon verblasst. Überlagert werden sie nun von anderen Bildern der Zerstörung aus Afghanistan. Angesichts dessen, dass weder die einen, noch die anderen Bilder uns als AntifaschistInnen unberührt liessen und lassen und dass die Reaktionen der politisch Verantwortlichen dazu beigetragen haben, dass Deutschland in einen Krieg eingetreten ist, hat sich das AIB in Zusammenarbeit mit der Zeitschrift »Arranca« und der Gruppe »fels« entschlossen, sich mit den damit zusammenhängenden Themen intensiver auseinander zu setzen. Wir sind keine ExpertInnen - weder in Bezug auf Entwicklungen in der sogenannten »islamischen Bewegung« noch in Bezug auf US-Außenpolitik. Trotzdem halten wir es für notwendig, nicht schweigend zuzuschauen und uns mit den Konsequenzen der veränderten Innen- und außen-politischen Situation seit dem 11. September 2001 zu beschäftigen. Denn auch wenn das alltägliche Leben für die meisten weißen deutschen Linken davon scheinbar unberührt ist, spitzen diese Entwicklungen wie unter einem Brennglas existenzielle Themenbereiche zu, mit denen sich AntifaschistInnen seit Jahren beschäftigen und zu denen das AIB auch in der Vergangenheit immer wieder Stellung bezogen hat. Ein internationalistischer Blick sowie eine fundamentale Ablehnung von Militarismus als Mittel der Politik gehören zu den Grundlagen unserer antifaschistischen Arbeit. Wir nehmen dabei für uns keineswegs in Anspruch, allgemeingültige Wahrheiten verbreiten zu wollen. Vielmehr sehen wir dieses Heft und die darin enthaltenen Artikel als Anregungen zur Diskussion und gegen das Verdrängen einer Situation, die den meisten so komplex und schwierig erscheint, dass sich kaum noch Handlungsmöglichkeiten zu bieten scheinen.

Ihr findet daher auf den folgenden Seiten einen umfangreichen Schwerpunkt, der sich mit den Folgen der Anschläge in den USA befasst: Mit den Reaktionen der extremen Rechten, mit Hintergründen zu der gesellschaftlichen Entwicklung in Afghanistan, mit den innenpolitischen Maßnahmen der rot-grünen Bundesregierung, mit Reaktionen von MigrantInnen und mit Diskussionspapieren des AIB-Redaktionskollektivs und von »fels«.

Zunächst wollten wir den Folgen des 11. September 2001 ein eigenes Sonderheft widmen und aktuelle Entwicklungen in der Neonaziszene aussparen. Nun haltet Ihr ein Heft in den Händen, das beides beinhaltet. Der Grund hierfür ist einfach: Da das AIB in diesem Jahr erst zum dritten Mal erscheint, wollten wir Euch die Informationen, mit denen wir uns als Redaktion und Ihr als LeserInnen Euch sonst beschäftigt, nicht vorenthalten. Ein Jahr nach dem sogenannten »Aufstand der Anständigen« sind die politisch Verantwortlichen auf bundes- und kommunalpolitischer Eben längst wieder zur Normalität übergegangen. Im Windschatten der Anschläge und des Kriegs in Afghanistan wird das lästige Thema »Rechtsextremismus« allenfalls noch als polizeiliches Problem gesehen, das mit noch mehr Verboten und noch mehr Polizei schon irgendwie gelöst werde. Die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit rassistischen, antisemitischen und rechtsextremen Haltungen und Aktivitäten ist längst erlahmt.

Was bleibt, sind in einigen Regionen z.B. CIVITAS-geförderte Initiativen, die nun wahlweise als »Alibi-Anständige« vorgezeigt werden oder - wie in den Jahren zuvor - genauso wie alle anderen unabhängigen AntifaschistInnen als »Nestbeschmutzer« ausgegrenzt werden. Dass sich das »Problem Rechtsextremismus« nicht erledigt hat, wissen alle, die sich in den kleineren und größeren Städten sowohl im Osten als auch im Westen des Landes von den Sonntagsreden nicht haben einlullen lassen und mit kontinuierlichen Angriffen von Neonazis und dem weiteren Ausbau ihrer Strukturen konfrontiert sind. Bleibt zu hoffen, dass das nächste Jahr mehr positive Überraschungen bereit hält, als das zurückliegende.

In diesem Sinne wünschen wir Euch und uns ein antifaschistisch erfolgreiches Jahr 2002 und - trotz allem - gute Laune, spannende Diskussionen und neue Ideen.

Euer AIB-Redaktionskollektiv

Übrigends können Archive u.ä. Projekte alte AIB-Ausgaben gegen Portokosten bei uns kostenlos nachbestellen.

› Rechtsextreme Gästewoche

Der rechtsextreme Freundeskreis Ulrich von Hutten und die Deutsche Kulturgemeinschaft Österreich führten Anfang November 2001 ihre sog. 25. Gästwoche in Süddeutschland durch. Motto der Veranstaltung war in diesem Jahr: »Kampf der Werte gegen die Zerstörungswelle des Amerikanismus. Um die gewachsenen Kulturen Europas als dem geistig-schöpferischen Lebenswillen seiner Völker.« Eröffnet wurde die Gästewoche von der Vorsitzenden beider Vereine und der ehemaligen BDM-Gau-Unterführerin Lisbeth Grolitsch.

Auch dieses Jahr standen führende Kader der alten und neuen extremen Rechten aus Deutschland und Österreich auf der Referenten- und Gästeliste der Gästewoche. So Herbert Schweiger (Ex-SS-Untersturmführer, DKG), Günter Rehak (Autor im Eckartboten), Andreas Thierry (Ex-NF-Österreich), Eric Kaden (Ex-WJ und NF-Umfeld), Eduart Peter Koch (Sleipnir-Autor), Hartmut Wilhelm (Ex-WJ), Rolf Reuter (Unterzeichner des revionistischen »Appell der 100«), Matthias Ries (Ex-WJ), Bringfriede Jung (Referentin der »Hetendorfer Tagungswoche« und JF-Autorin), Dietrich Schuler (Referent der bei der BDVG), Wolfram Nahrath (Ex-WJ-Chef, NPD-Funktionär) und Gerd Zikeli (ehemals Die Deutsche Freiheitsbewegung). Der Neonazi Franz Radl sorgte für musikalische Unterhaltung. Die Gästewochen dienen Jahr für Jahr der Schulung junger Kader, dem Treffen neofaschistischer Führungspersonen und der Kontaktaufnahme zwischen alten und jungen Nazis. ■

› «SSS« - trotz Verbot aktiv?

Gegen 13 mutmaßliche Mitglieder der im Frühjahr 2000 verbotenen Skinheads Sächsische Schweiz (SSS) hat die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Dresden Anklage wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung, Volksverhetzung, Landfriedensbruch und Körperverletzung erhoben. Erst am 30. Oktober 2001 wurde gegen drei weitere mutmaßliche Mitglieder im Alter von 18 bis 23 Jahren Haftbefehl wegen gefährlicher Körperverletzung erlassen.

Sie sollen in Pirna zwei linke Jugendliche (17 und 20 Jahre) zusammengeschlagen haben, wobei eines ihrer Opfer einen Jochbeinbruch erlitt. (vgl. AIB # 51) ■

› CDU »rechtsaußen«

Allianz der Geschichtleugner

Am 24. November 2001 veranstaltete das CDU-nahe Christlich Konservative Deutschland Forum (CKDF) zusammen mit dem Ring Deutscher Soldatenverbände, der Militärhistorischen Forschungsstelle und dem Demokratischen Klub eine »politisch-literarische Antwort auf die Verleumdungskampagne gegen die deutsche Wehrmacht«. Die Veranstaltung im Ernst-Lemmer-Institut des CDU-nahen Förderkreises Junge Politik e.V. stand unter dem Motto »Wir Deutschen leben unversöhnt mit unseren Toten«. Chef des Förderkreises ist der CDU-Politiker Peter Kittelmann. Angemeldet hatte die Veranstaltung die Schauspielerin Imke Barnstedt. Diese war beim Berliner Bund Freier Bürger (BFB) aktiv und wurde vom rechtsextremen Kampfbund Deutscher Sozialisten (KDS) als »verdiente Kulturschaffende« gelobt. Der Berliner Vorsitzende der Republikanischen Jugend, Thomas Weisbrich, leitete den Abend auf seiner Gitarre mit einigen Liedern zur Wehrmacht ein. Als Referenten traten Meinrad von Ow , Eberhard Kleffmann, Karl-Heinz Schmick und Imke Barnstedt auf. Karl-Heinz Schmick nennt sich »Direktor der Forschungsstelle für Militärgeschichte«. Er war Lehrer für politische Weltkunde und Geschichte an einem Steglitzer Gymnasium. Eine Elterninitiative sorgte für seine Suspendierung, und ein SPD-Abgeordneter zeigte ihn wegen Volksverhetzung an. Das Christlich-konservative Deutschland-Forum Berlin-Brandenburg unter dem Vorsitz von Ulrich Woronowicz führte bereits diverse Veranstaltungen im Ernst-Lemmer-Institut durch. So z.B. am 16. März 2000 mit dem FPÖ-Politiker Peter Sichrovsky. Auch Sitzungen des CKDF fanden hier statt. ■

Ohne Berührungsängste

Die Junge Union in Lachendorf-Eschede und die Schüler-Union Celle-Gifhorn in Niedersachsen luden im Oktober 2001 den Rechtsextremisten Joachim Nahtz als Referenten zu einer Veranstaltung nach Eschede. Dieser sollte erläutern, in wie weit Rechtsradikale hier Fuß gefasst hätten. Nahtz fungierte im Juli 2001 als Anmelder für einen Info-Tisch der Jungen Nationaldemokraten (JN) in Eschede. Auf seinem Grundstück fanden im Juni 2000 »ein Sommerfest mit Sonnenwende der niedersächsischen NPD« und im Dezember 2000 ein »Stützpunkttreffen« der JN statt. Bereits 1992 führte die NL hier eine Wehrsportübung durch. Auch in Bayern wurde ein ähnlicher Fall bekannt. Der oberfränkische Bezirksvorsitzende der Jungen Union und Bundeswehr-Oberleutnant, Jürgen Baumgärtner, wurde im Rahmen seiner angestrebten CSU-Bundestagskandidatur mit seiner rechtsextremen Vergangenheit konfrontiert. Er gehörte, nach Eigenangaben, als 16jähriger der neonazistischen Gefangenenunterstützungsorganisation HNG an. Als »säumiger Beitragszahler« landete er hier 1993 auf der »Schwarzen Liste«. Außerdem nahm Baumgärtner an einem Rudolf-Heß-Gedenkmarsch in Wunsiedel teil. Dem Braunschweiger CDU-Kandidaten Gert Hoffmann gelang bei der Stichwahl zum Oberbürgermeister mit 57, 4 Prozent ein beachtlicher Erfolg. Bei seiner Nominierung geriet Hoffmann im vergangenen Jahr wegen seiner rechtsextremen Vergangenheit in die Diskussion. Der neue Bürgermeister gehörte von 1967 bis 1969 der NPD und dem Nationaldemokratischen Hochschulbund (NHB) an. Zeitweilig war er stellvertretender NHB-Bundesvorsitzender. ■

› Heß Sohn auf dem Weg nach Walhalla

Wolf Rüdiger Heß ist tot. Dem am 24.10. 2001 verstorbenen Sohn des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß war es nicht mehr möglich, sich offen mit der deutschen neonazistischen Szene zu solidarisieren. 800 Teilnehmer des diesjährigen Heß-Gedenkmarsches in Wunsiedel warteten vergebens auf die angekündigte Rede des Publizisten. Sein schlechter Gesundheitszustand ermöglichte es ihm nicht mehr, vor Ort zu erscheinen. Der Aufmarsch war von dem Neonazi-Anwalt Jürgen Rieger angemeldet und von den Gerichten erstmals seit 1992 wieder genehmigt worden. Jahrelang hatte Sohn Rüdiger zu Lebzeiten seines Vaters eine Kampagne für dessen Freilassung aus dem Spandauer Kriegsverbrechergefängnis geführt. Dabei hatte er immer wieder versucht, eine förmliche Distanz zur NS-Szene halten, um seine Unterstützer aus dem rechtskonserativen Spektrum nicht abzuschrecken. ■

› Worch rockt rechts

Der Hamburger Nazikader Christian Worch will zukünftig Konzerte und Demonstrationen miteinander verbinden. Bereits am 3. November 2001 trat die Naziband Oidoxie auf der Abschlußkungebung einer von Worch angemeldeten Demonstration in Leipzig auf. Worch hatte zuvor in einem Schreiben an Kameraden dazu erklärt: »...Einmal, damit vor allem den jüngeren Demonstranten, die auch musikalisch interessiert sind, zusätzlich etwas geboten werden kann. Und zum anderen, damit wir auch in Sachen Musikveranstaltungen einmal ein bißchen mehr Rechtssicherheit haben. Denn die meisten von Euch wissen wahrscheinlich, daß wir zwar nahezu jede Demo durchkriegen, aber Konzerte viel zu häufig noch immer von der Polizei hochgenommen und aufgelöst werden...« Derartige Auftritte sollen u.a. durch spezielle Spendensammlungen bei Fahrtantritt der Nazibusse zu den Aufmärschen werden. Damit verstärkt auch Worch seine Aktivitäten im Rechtsrockbereich. Ein für den 08. Dezember von Worch in Neustadt-Glewe/Hohewisch angemeldetes Konzert mit Spreegeschwader (Berlin) und Legion of Thor (Berlin) wurde allerdings verboten. ■

› Sechsstelliger Kredit für Neonazi?

Über Geldmangel scheint sich der NPD Parteivorständler Frank Schwerdt keine Sorgen machen müssen. So hat die Sparkasse Uelzen, Geschäftsstelle Bad Bevensen, im Dezember 1999 den »Herren« Hartmut und Frank Schwerdt ein Baudarlehen über 300.000 D-Mark zur Verfügung gestellt. Die Grundschulden sollten entsprechend ihren Wohnsitzes in Berlin Alt-Heiligensee im dortigen Grundbuch der Sparkasse abgetreten werden. Ob das Darlehen von Schwerdt auch tatsächlich in Anspruch genommen wurde, bleibt unklar. Offen ist ebenfalls der Verwendungszweck: So wäre etwa ein Zusammenhang zu dem im selben Jahr für einen geschätzten Preis von 300.000 D-Mark gekauftes Neonazi-anwesen in Amholz, in der Nähe von Uelzen, denkbar. ■

› Waffenfund bei Neonazi

Am 13. Oktober 2001 wurden auf dem Parkplatz eines Elektronikmarktes in Berlin-Marzahn drei Männer von der Polizei bei einem Waffendeal gestellt. Verhaftet wurden der Neonazi Ronald S. (23) aus Berlin, der Brandenburger Frank M. (36) aus dem Türsteher-Milieu und die Rotlicht-Figur Norbert K. (37). Die Beamten beschlagnahmten bei Ronald S. einen 38er Spezial-Trommelrevolver und 49 Schuss Munition. Einen Tag später wurden sechs Wohnungen in Berlin und Brandenburg durchsucht. Bei Ronald S. wurde eine Pumpgun gefunden. In Teupitz (Brandenburg) und in Berlin-Köpenick entdeckte die Polizei zwei Waffenwerkstätten und verschiedene Waffen: Von Scharfschützen-Karabinern mit Zielfernrohren bis hin zum panzerbrechenden Geschütz. Außerdem wurden bei Strausberg (Brandenburg) der mutmaßliche Boss der regionalen Türsteher-Szene Marco M. (35) sowie in Teupitz und in Berlin-Köpenick die Waffenbastler Ralf B. (43) und Anton H. (47) verhaftet..

Alle Festgenommenen befinden sich jedoch mittlerweile wieder auf freiem Fuß. Bei dem Neonazi Ronald S. soll es sich nach Informationen von Berliner AntifaschistInnen um Ronald Schmidt aus Berlin-Adlershof handeln. Dieser war früher in der Kameradschaft Treptow aktiv. Mitglieder der Kameradschaft Treptow fielen in der Vergangenheit bereits durch Verwicklungen in Körperverletzungen, in eine Brandstiftung und in einen Mord an einem »Kameraden« auf. ■

Zwischen den Stühlen

Während diese Stellungnahme geschrieben wird, hat in Afghanistan das Regime der Taliban nach zweimonatigem Krieg der USA seine Niederlage erklärt, und die Spezialtruppen der USA und ihrer Verbündeter – darunter auch die Bundeswehr – festigen ihre Kontrolle über das Land. Deutschland ist mit der Entscheidung des Bundestags zum Einsatz von über 4.000 Soldaten im Afghanistan-Krieg *»an der Seite der USA«* zum zweiten Mal innerhalb von zwei Jahren – und fünfundfünzig Jahre nach der Niederlage im II. Weltkrieg zur kriegsführenden Nation geworden. Im folgenden beschäftigen wir uns mit dem Auslöser des Krieges – den Anschlägen in den USA am 11. September 2001 – und den innen- und außenpolitischen Konsequenzen.

Die Macht der Bilder

Viele von uns haben die Bilder der Zerstörung nach den Anschlägen in New York und Washington DC schon fast wieder vergessen. Doch die fast minütlich aktualisierte Flut an Eindrücken und O-Tönen, die damals weltweit über die Bildschirme liefen, haben sich im individuellen und kollektiven Gedächtnis eingebrannt und sind jederzeit abrufbar. Sie stehen im extremen Kontrast zu den wenigen Bildern, die seit Beginn des Afghanistan-Krieges in die westlichen Haushalte gesendet werden. So rückt ein Krieg, in dem ein ohnehin schon zerstörtes Land vollends ins Elend gestürzt wird, in weite Ferne – wird zu einer der vielen Bildsequenzen von Hunger und Elend, Vertreibung und Tod, die uns täglich aus der südlichen Halbkugel der Welt angeboten werden. Aus Trauer mit den Opfern des Terrors, unmittelbarer Betroffenheit, Verständnis und Solidarität, die als Reaktionen auf die Anschläge in den USA folgten, wird im Fall der afghanischen Zivilbevölkerung allenfalls ein abstraktes Mitleid. Ähnlich abstrakt bleibt, wer diesen Krieg begonnen hat und wer ihn auf unabsehbare Zeit weiter führen wird.

Glaubt man den herrschenden Politikern und ihren Militärs, geht es dieses Mal um den *»Kampf gegen das Böse«* (George W. Bush) und das Überlebenden der westlichen Zivilisation schlechthin. Anders als im Jugoslawien-Krieg, wo das Repertoire der Rechtfertigungen für Angriffskriege um das Argument *»man müsse ein humanitäre Katastrophe abwenden«* bereichert wurde, wird im Afghanistan-Krieg alttestamentarisch mit Rache, Vergeltung und Strafe für die Anschläge in den USA operiert. Gegner seien natürlich nicht *»die Afghanen«*, sondern das personifizierte Böse in Gestalt von Osama bin Laden und den Anführern der Taliban. Die Toten von New York und die Verknüpfung von der Forderung nach einer Bestrafung der Drahtzieher der Anschläge mit einer vermeintlichen Bedrohung der gesamten *»zivilisierten Welt«* durch extreme islamistische Bewegungen, machte die einst pazifistischen Grünen in ihrer Mehrheit genauso schwach wie die Sozialdemokraten.

1968 stand ein Teil der jetzigen Kriegsbefürworter noch fest auf Seiten der Antikriegsbewegung gegen die Intervention der USA in Vietnam. Nun haben sie vergessen, dass in jenem Krieg die USA für sich selbst die gleiche moralische Legitimation sah wie damals. Damals ging es gegen die *»unmenschliche Herrschaft«* des Kommunismus, heute gegen Osama bin Laden, die Taliban und zur Vereinfachung *»gegen den islamischen Terrorismus«*.

Die Herrschenden fanden immer Rechtfertigungen für ihre Kriege. Diese Rechtfertigungen – wie in diesem Fall die *»Strafe für die Drahtzieher«* der Anschläge am 11. September 2001 – haben fast nie etwas mit den wirklichen Kriegszielen zu tun. Darin macht auch dieser Krieg keine Ausnahme. Die USA haben ebenso wie die Bundesregierung und alle anderen westeuropäischen Regierungen der Machtübernahme der Taliban Mitte der 90er Jahre indifferent gegenüber gestanden. Beteuerungen, man habe schon immer nur das Wohl der afghanischen Frauen und der Zivilgesellschaft im Sinn gehabt, sind das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben sind. Sie dienen alleine dazu, der eigenen Bevölkerung eine militärische Intervention besser zu verkaufen. Der Westen hat in der Region über Jahrzehnte Öl ins Feuer gegossen – eine Tatsache, die für die Bewohner Europas bis vor kurzem eher nebensächlich war, bei der afghanischen Zivilbevölkerung allerdings nicht in Vergessenheit geraten ist und kann.

Wir sind davon überzeugt, dass Krieg das falsche Mittel ist, um Probleme zu lösen, die nur innenpolitisch gelöst werden können. Wir wissen, dass in Kriegen hauptsächlich die Zivilbevölkerung umgebracht wird. Es ist allerdings zu befürchten, dass der militärische Erfolg der USA in Afghanistan die Bush-Administration und ihre Verbündeten sie zu weiteren Kriegen oder – verharmlosend auch *»strategische Bombardements«* genannt –

ermutigen wird. Nachdem es einmal mehr gelungen ist, einen Krieg als schicksalhaften Automatismus darzustellen, scheint es kaum noch Kräfte zu geben, die sich dem entgegenstellen können oder wollen.

No emancipation, no liberation

Für uns ist es keine Frage, dass wir gegen die Anschläge am 11. September insbesondere auf das World Trade Center Position beziehen. Das Argument, es habe sich lediglich um die *»Rache der von den USA jahrelang Unterdrückten in den arabischen Ländern und den Ländern des Südens«* gehandelt, finden wir absurd. Die Anschläge haben mit einer emanzipatorischen, auf Befreiung und Gerechtigkeit ausgerichteten Politik nichts gemeinsam. Die Versuche von Teilen der deutschen Linken, eine Basis für eine Solidarisierung mit den Tätern über den Umweg eines *»antiimperialistischen Befreiungskampfs«* zu schaffen, geht an der Realität und an dem vorbei, wofür wir hoffen, dass eine radikale Linke in diesem Land immer noch einsteht: Für den Traum einer Gesellschaft ohne Rassismus, Antisemitismus, Ausgrenzung und Patriarchat. Beinahe reflexartig scheinen Teile der Linken – wie bei der Solidaritätsbewegung mit den Befreiungsbewegungen der 70er und 80er Jahre zum Beispiel der FSLN in Nicaragua, der FMLN in El Salvador oder auch mit den Zapatistas seit den 90ern – nach Anknüpfungspunkten und vermeintlichen Gemeinsamkeiten zu suchen. Für uns jedenfalls gibt es in diesem Fall nicht einmal den Hauch einer gemeinsamen Basis. Jede Bewegung diskreditiert sich, wenn sie einen schmutzigen Krieg gegen eine Zivilbevölkerung zu führen beginnt. Diese Linie haben die Anschläge in den USA direkt überschritten, zumal sie offenbar gegen das Bild einer offenen und multi-ethnischen Gesellschaft gerichtet waren – auch wenn diese in den USA selbst oft weniger Realität als Anspruch ist.

Antisemitismus

Extreme islamistische Gruppen und Bewegungen vertreten einen Antisemitismus, der sich von dem der extremen Rechten kaum unterscheidet. Wer sich beispielsweise die Website von ›Radio Islam‹ des in Schweden lebenden notorischen Antisemiten Ahmed Rami durchliest, kann feststellen, dass die Leugnung des Holocaust ebenso wie der Wunsch nach einer Fortführung des eliminatorischen Antisemitismus der Nationalsozialisten von Islamisten unverhüllt verbreitet werden. Von den »Protokollen der Weisen Zions« bis hin zu den »Turner Tagebüchern« des US-Neonazis William Pierce ist da alles im Angebot, was fanatische Antisemiten so lesen.

Für AntifaschistInnen bedeutet der nackte Antisemitismus, der nicht nur bei Radio Islam zum ideologischen Selbstverständnis gehört, festzustellen, dass extreme islamistische Gruppen ebenso wie die extreme Rechte auf der anderen Seite der Barrikade stehen. Keine oft und gerne angeführte Entschuldigung nach dem Motto *»aber die Unterdrückung der Palästinenser«* oder *»das ist doch nur eine Reaktion von Unterdrückten in einem anderen kulturellen Kontext«* sollte hier auch nur ansatzweise gelten. Vielmehr bleibt unverständlich, wie sich Teile der Linken – zumindestens abstrakt – mit derartigen Gruppierungen von Holocaustleugnern und offenen Antisemiten unter dem Vorwand des *»Antiimperialismus«* solidarisieren können.

Dies festzustellen, ist notwendig, um dann die derzeit in den Medien und unter PolitikerInnen aller Parteien grassierende Hochkonjunktur für das Feindbild »Islam« aus einer linksradikalen Perspektive zu kritisieren und gerade nicht in verallgemeinernde Konstruktionen von »dem Islam« und »den Muslimen« als einen monolithischen Block zu verfallen.

Antiislamismus und der »Krieg der Kulturen«

Eine schonungslose Kritik am Antisemitismus extremer Islamisten soll keineswegs dazu dienen, nun den »Krieg der Kulturen« auch von Links auszurufen. In diesem Zusammenhang scheint es uns sinnvoll, noch einmal auf die Entstehungsgeschichte dieses Begriffs und dessen aktuelle Bedeutung einzugehen und ein paar KritikerInnen der Theorie vom »Krieg der Kulturen« zu Wort kommen zu lassen. Schon nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Golfkrieg 1991 gewann das Feindbild »Islam« zunehmend an Bedeutung. Nach Ansicht von WissenschaftlerInnen wie Iman Attia weist der Antiislamismus trotz Unterschiedlichkeiten *»deutliche Parallelen zu anderen Rassismen auf«*. Iman Attia und andere haben hierfür den Begriff »antiislamischer Rassismus« geprägt. In ihrem Aufsatz *»Antiislamischer Rassismus. Stereotypen-Erfahrungen-Machtverhältnisse«*[1] setzt sich Attia dann auch mit dessen Entstehungsgeschichte und den Auswirkungen auseinander: Sie geht davon aus, dass es sich beim Antiislamismus um einen kulturellen Rassismus handelt, bei dem es um die Selbstvergewisserung der Richtigkeit der eigenen, d.h. westlichen, Kultur geht. Gefördert werde der Antiislamismus unter anderem mit Reaktionen auf unübersehbare Präsenz von Menschen aus islamisch-geprägten Kulturkreisen in Deutschland wie: *»Einst standen die Türken vor Wien«*, heute *»überfremden sie Deutschland.«*[2]

Weiter schreibt Attia: *»Während der ›Orient‹ für das Abendland sowohl Feindbild- als auch Vorbildfunktion hatte, wird der ›Islam‹ heute vom Westen eindeutig abgelehnt. Aus dem fernen ›Orient‹, der in seiner Fremdheit fasziniert, ist der ›Nahe Osten‹ geworden, der Islam als Synonym für ›Gegen-Moderne‹ und Gegen-Zivilisation«. In den »Islam« werden nun all jene Eigenschaften projiziert, die der Westen weit von sich weist. Sie sind damit keine westlichen Eigenschaften, sondern typisch orientalisch bzw. islamisch: »Despotie geriet zur orientalischen Despotie, Fanatismus zum arabischen Fanatismus, Schicksalsergebenheit zur islamischen Schicksalsgläubigkeit.*[3] *Entsprechend werden heute Demokratie, Emanzipation und Aufklärung aus dem Orient/Islam wegdefiniert, beziehungsweise – wo dies nicht möglich ist – als Ausnahme und Verwestlichung herausgestellt. Zuordnungen außerhalb der Dichotomie Westen-Islam werden damit ausgeschlossen. Diese Projektionen verhindern, in islamischen »Kulturkreisen« eigenständige Erfahrungen und Entwicklungen wahrzunehmen. Der Blick nach Außen hat nicht zum Ziel, das Andere kennenzulernen, sondern bleibt auf das Eigene, das Innen bezogen. Den abendländischen Bildern vom Islam ist gemeinsam, dass sie als ›Antithese‹ das Selbstbild des Abendlandes/ Westens bestimmen, stärken und legitimieren sollen.*[4]«

Einer, der diesen Antiislamismus als eine politische Strategie des »Westens« formulierte, ist der us-amerikanische Wissenschaftler Samuel P. Huntington: 1993 präsentierte er in dem Text »The Clash of Civilizations«[5] erstmals seine Theorie vom »Krieg der Zivilisationen«, die er einige Jahre später dann in dem Buch mit dem deutschen Titel »Der Kampf der Kulturen« weiter entwickelte.[6] Huntington war allerdings nicht der erste, der nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des Staatssozialismus der westlichen Welt ein neues *»Reich des Bösen«* präsentierte. 1995 hatte Bassam Tibi sein Buch »Krieg der Zivilisationen«veröffentlicht, das ähnlich wie Huntington gesellschaftliche und internationale politische Entwicklungen auf die Begriffe »Kultur« und »Zivilisationen« reduzierte. Beide Bücher lösten eine Welle der Empörung aus.

Hauptkritikpunkt war und ist, dass hier lediglich nach neuen Wegen gesucht wird, um die westliche Hegemonie mit Hilfe einer Zivilisationskonstruktion zu sichern. Oberflächlich gesehen schien es, als wenn vor allem Huntington sich danach aus der öffentlichen Debatte zurückgezogen hatte und die Konstruktion eines »Kriegs der Kulturen« in die Mottenkiste zurückgedrängt wurde. Doch die Anschläge am 11. September haben dazu geführt, dass Huntingtons Thesen erneut durch die Zeitungen geistern. Und, mehr noch als in den Jahren zuvor, zur ideologischen Basis für die Außenpolitik der USA und der meisten ihrer Verbündeten geworden sind. In dem gerade erschienen Buch »Der Mythos vom Krieg der Zivilisationen – Der Westen gegen den Rest der Welt.« geht Gazi Çaglar auf die wichtigsten Kritikpunkte an Huntington ausführlich ein.[7] Wir beschränken uns hier auf eine kurze Zusammenfassung.

Der religionsfixierte Zivilisationsbegriff bei Huntington hat vor allem eine politische Funktion. Ein *»bedrohter Westen«* hat demnach das Recht, sich mit allen Mitteln gegen die *»unzivilisierte islamische Welt«* zu wehren. Hier ein paar Kostproben aus den Werken von Huntington und Tibi: *»In der globalen Schlachtordnung ›der Rest gegen den Westen‹«*, bedingt vor allem durch die Differenzen *»in den Basiswerten und im Glauben«*, repräsentiere *»die konfuzianisch-islamische Connection«* die Speerspitze des Rests gegen den Westen. Der Westen sei zwar relativ stabil, aber vor allem wegen des *»Verfalls der westlichen Kultur«* im Westen selbst stark gefährdet. Sowohl Huntington als auch Tibi machen vor allem *»Multikulturalismus, Werterelativismus und Feminismus«* sowie eine falsche Toleranz und die *»Selbstlosigkeit der Europäer«* für den Verfall und die Schwäche *»des Zivilisationsbewußtseins«* des Westens verantwortlich. Dies würde zu einer Stärkung des *»unzivilisierten Rests«* der Welt führen. In dem Krieg *»Glaube gegen Glaube«*, der *»ein Konflikt zwischen Moderne und Vormoderne«* sei, rät Tibi dem Westen: *»Demut mag in der Kirche gut sein, ist es aber nicht in der internationalen Politik.«*[8] Und Huntington fordert, *»dass der Westen jene wirtschaftliche und militärische Macht bewahrt, die er benötigt, um seine Interessen gegenüber diesen Kulturen zu schützen.«*[9] Und weiter: *»In einer Welt, in der Kultur zählt, sind Stämme und ethnische Gruppen die Züge, Nationen die Regimenter, Zivilisationen die Heere.«*[10]

Kurzum, Huntington und seinen Anhängern geht es darum, die Vormachtststellung der USA und Westeuropas abzusichern und hierfür neue Legitimationen zu präsentieren.[11]

Deutschland im Krieg

Nachdem es der Bundesregierung, allen voran SPD-Verteidigungsminister Rudolf Scharping und Bundeskanzler Gerhard Schröder gelungen ist, den »NATO-Bündnisfall« als Automatismus durchzusetzen und dann dem widerstrebenden Bündnispartner USA gleich noch dazu die Bundeswehr aufzudrängen, wird eines mal wieder klar: Den politisch Verantwortlichen geht es nicht um eine Dankbarkeit gegenüber den Befreiern vom Nationalsozialismus, sondern darum, die Rolle der Weltmacht Deutschland auszuweiten. Moralische Argumente der Grünen zugunsten einer unbedingten Solidarität mit den USA dienen da lediglich dazu, den liberaleren Teil der Öffentlichkeit in die Pflicht zu nehmen. Es geht hier nicht darum, einem platten Antiamerikanismus das Wort zu reden, sondern daran zu erinnern, dass wir als AntifaschistInnen einerseits eine Reihe von positiven Bezugspunkten zu den USA haben; dazu gehören neben der Befreiung vom Nationalsozialismus auch die Vorreiterrolle insbesondere der afroamerikanischen Linken im Kampf gegen Rassismus und bei der Analyse von „triple oppression, das heisst den Zusammenhängen zwischen Rassismus, Kapitalismus und Sexismus. Und dass wir andererseits die unendliche Serie der schmutzigen usamerikanischen Kriege gegen Befreiungsbewegungen in aller Welt nicht als »Fußnote der Geschichte« oder Kollateralschaden abtun können und wollen. Sondern als das sehen, was sie waren und sind: Kriege zur Durchsetzung einer Hegemonie – nicht vermeintlich westlicher »Werte« wie Humanismus, Toleranz, Demokratie und Menschenrechte, sondern kapitalistischer Verwertung und Ausbeutung von Menschen und Umweltressourcen.

Auch nach Innen: Krieg

Wer Krieg führt, führt ihn auch nach Innen: Mit den Anti-Terror-Paketen und Zuwanderungsbegrenzungsgesetzen liegt die deutsche Regierung ganz vorne im Schützengraben gegen die Reste von Demokratie und Bürgerrechten. Die ersten, die es trifft, sind wieder einmal MigrantInnen und Flüchtlinge. Das alleine sollte Grund genug sein, mit Fantasie, Wut und Kreativität dagegen auf die Straße zu gehen. Dass sich die gleichen Gesetze in Zukunft auch gegen die Reste der radikalen Linken wenden werden, ist naheliegend und sollte die Motivation zur Opposition verstärken.

Wer Krieg führt, stärkt auch Einstellungen, die in ohnehin schon tief in der Mitte der deutschen Gesellschaft verankert sind. Nationalismus und Rassismus. Hinzu kommt, dass eine zunehmende Normalität der Militarisierung von politischen Konflikten dazu führt, dass ein martialisches Vorgehen zur Durchsetzung eigener Interessen auch andernorts – nämlich gegen Flüchtlinge und MigrantInnen – noch stärker legitimiert wird als ohnehin schon. Wir wollen damit nicht dem unpolitischen Sonnenblumepazifismus der frühen Grünen das Wort reden; schließlich halten wir militante Gegenwehr gegen rassistische Angriffe und Neonazis für genauso legitim wie die Versuche von linken, emanzpatorischen Bewegungen beispielsweise in Mexico, gegen strukturelle Unterdrückung und Ausbeutung notfalls auch bewaffnet vorzugehen.

Wieder einmal sitzen wir als unabhängige AntifaschistInnen zwischen allen Stühlen: Was derzeit bleibt, ist unsere Kritik an den herrschenden Zuständen differenziert, ohne in alte Schwarz-Weiß-Klischeess zu verfallen, aber konsequent und unüberhörbar vorzubringen. An der Idee einer offenen Gesellschaft und offener Grenzen festzuhalten und uns aktiv an die Seite derer zu stellen, die im Krieg um die vermeintliche „innere Sicherheit" zu den ersten Opfern gehören: MigrantInnen und Asylsuchende.

AIB-Redaktionskollektiv, Berlin

Anmerkungen

1 veröffentlicht in: Jäger u.a. : *»Antirassistische Praxen«*, Duisburg, 1994, S. 210 ff.
2 a.a.O.
3 Vgl. R. Schulze: *»Vom Antikommunismus zum Anti-Islamismus. Der Kuwait-Krieg als Fortschreibung des Ost-West-Konflikts«*, Peripherie 41, S. 5-12, 1991
4 vgl. T. Schulze: *»Vom Antikommunismus zum Anti-Islamismus: Der Kuwait-Krieg als Fortschreibung des Ost-West-Konflikts«*, Peripherie 41, S. 5 - 12, 1991
5 Samuel.P. Huntington, *The Clash of Civilizations?*, in: Foreign Affairs, Bd. 72 (1993), Nr. 3, S.22-49.
6 Samuel P. Huntington, *Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert,* München/Wien 1996
7 Gazi Çaglar, *Der Mythos vom Krieg der Zivilisationen – Der Westen gegen den Rest der Welt. Eine Replik auf Samuel P. Huntingtons ›Kampf der Kulturen‹*, UNRAST-Verlag, ISBN 3-89771-414-0, 192 S., 14 EUR
8 Bassam Tibi, *Krieg der Zivilisationen. Politik und Religion zwischen Vernunft und Fundamentalismus,* Hamburg 1995.
9 Huntington, *Kampf der Kulturen,* S.15
10 Huntington, *Kampf der Kulturen,* S.199
11 vgl. Gazi Çaglar, *Der Mythos vom Krieg der Zivilisationen – Der Westen gegen den Rest der Welt. Eine Replik auf Samuel P. Huntingtons ›Kampf der Kulturen‹*, UNRAST-Verlag, ISBN 3-89771-414-0, 192 S., 14 EUR

Fotos: fotografenagentur version

hate is in the air

11. September, Krieg und die antikapitalistische Bewegung

Es ist Krieg. Das ist eigentlich nichts Neues. Neu ist nur, dass mit den Anschlägen auf das Pentagon und das World Trade Center (WTC) am 11. September 2001 zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg durch Terroranschläge eine Weltmacht in massiver Form angegriffen wurde. Nicht neu ist dagegen, dass Terror-Anschläge gegen ZivilistInnen geführt werden. Das gab es auch nach dem Zweiten Weltkrieg ständig, und vielfach waren Militärs aus den westlichen Industrienationen die Bombenwerfer, so wie jetzt in Afghanistan.

Terror und Barbarei I

Die Flugzeugbomben in den USA kamen für die westliche Öffentlichkeit scheinbar aus heiterem Himmel. Überraschung und Verwirrung sind groß. Voraussehbar war allerdings die militärische Reaktion der US-Führung. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Golfkrieg 1991 ist die USA die dominierende Weltmacht. Aus dieser Position heraus führt sie nun einen *»lang anhaltenden Krieg gegen den Terrorismus«* (George W. Bush). Die letzten Reste der afghanischen Ökonomie und Infrastruktur werden in Schutt und Asche gelegt. Der Tod von ZivilistInnen und Massenvertreibungen sind die Folge. Angriffe auf andere Länder, wie Irak, werden diskutiert.

Unter dem Schirm der neu versammelten internationalen »Koalition gegen den Terror« kochen die jeweiligen Herrschaftseliten ihr eigenes Süppchen. Die deutschen Eliten freuen sich über die Möglichkeit, den Kurs auf eine Re-Militarisierung der Außenpolitik weiter voran treiben zu können und sich gleichzeitig auf politisch-diplomatischer Ebene mit einer eigenständigen Position zu profilieren. So profitiert Deutschland in der aktuellen Situation ganz maßgeblich von seinen intensiv gepflegten Beziehungen zu China und dem Iran, zwei Länder, zu denen die USA bisher Distanz hielt. Gerade was den Iran betrifft, möchte Deutschland die Nase weiter vorne, und das heißt: vor den USA, behalten. Dafür wurde das Mullah-Regime schon lange von seiner »menschenrechtlichen Verantwortung« entbunden und mutierte in der öffentlichen Darstellung zum reformfreudigen Partner. Die Interessen der mittlerweile über hundert finanzkräftigen, im Iran angesiedelten deutschen Konzerne haben ihren Teil zu diesem Gesinnungswandel beigetragen. Auch im Nahen Osten versucht sich Deutschland noch stärker ins diplomatische Spiel zu manövrieren. Auf militärischer Ebene drängt die Bundesregierung nachdrücklich auf eine Beteiligung an der »Anti-Terror-Koalition«, wie Schröder in seiner Regierungserklärung vom 11. Oktober klar machte.

Die Sicherheitsideologen aller Länder holen ihre lang vorbereiteten Tischvorlagen zur Einschränkung von BürgerInnenrechten aus den Schubladen. Vladimir Putin möchte die Tschetschenen-Guerilla ausräuchern. Das alles lässt sich nun angesichts der Rhetorik vom Kampf der »Zivilisation« gegen die »Barbarei« besser legitimieren als zuvor. Insofern stellt der 11. September auch ein Geschenk an die Propagandisten der »nationalen Einheit« aller Länder dar.

Terror und Barbarei II

Im Vergleich zum Jugoslawienkrieg 1999 und zum Irak-Krieg 1991 konnte die militärische Kriegsvorbereitung enorm beschleunigt werden. In nur drei Wochen mobilisierte die USA eine interventionsfähige Armee in Mittelasien. Beschleunigt werden konnte auch die Herstellung der ideologischen Kriegsfähigkeit der westlichen Gesellschaft. Der zweite Turm war noch nicht ganz in sich zusammengefallen, da war schon klar, wer die »Bösen« sind, dass Osama bin Laden der Hauptverantwortliche ist und dass Bomben fallen werden. Während gebetsmühlenartig von der »Besonnenheit der USA« die Rede war, wurde die Bombenkampagne vorbereitet. Kritisches Hinterfragen wird als »Terrorunterstützung« oder »Antiamerikanismus« gebrandmarkt.

Dabei ist immer noch nicht geklärt, wer genau die Angriffe vom 11. September durchgeführt hat. Selbst wenn wir unterstellen, dass Osama bin Laden tatsächlich Drahtzieher der Attentate ist, was heißt das? Wer ist Osama bin Laden? Wer ist Al-Quaida? Von wem werden sie unterstützt? Welche Interessen spielen eine Rolle? Wir wissen es nicht, und die zahllosen »IslamexpertInnen«, die gerade die deutsche Linke innerhalb weniger Wochen hervorgebracht hat, wissen es auch nicht. Wir wissen allerdings, dass das US-Verteidigungsministerium zu Beginn des Krieges gegen die Taliban die Werbeagentur Rendon Group angeheuert hat, um die Kriegsberichterstattung zu optimieren. Das Rendon-Firmenmotto lautet *»Information As An Element Of Power«*. Wir haben noch die Lügen des Jugoslawienkrieges in den Ohren. Von hunderttausenden Toten sprach Außenminister Fischer damals und verglich die Repressionspolitik der jugoslawischen Armee (JNA) mit »Auschwitz«. Mittlerweile hat die OSZE festgestellt, dass im Kosovo etwas über 10.000 Menschen – Militärs und Zivilisten – getötet wurden – von allen drei Seiten: JNA, UCK und Nato. Jede Information, die heute über den Krieg in Afghanistan verbreitet wird, muss im Kontext von Interessenspolitik bewertet werden.

Da die militärische Reaktion der USA absehbar war, kann nur festgestellt werden, dass sich in den Anschlägen vom 11. September die strategische Absicht auf eine Eskalation von Konflikten manifestiert. Die Anschläge zielen darauf, politische Handlungsräume zu zerstören und zu verschließen. Sie setzen auf eine militärische Zuspitzung. Damit reproduzieren sie eine Herrschaftslogik, die während der 90er Jahre gerade die Politik der USA auszeichnete.

Die Angriffe vom 11. September enthalten keinerlei emanzipatorisches Potenzial. Sie können auch nicht als *»unartikulierte Antwort der Unterdrückten auf die Globalisierung«* betrachtet werden, wie dies immer wieder – auch in der Linken – geschieht. Wer die Angriffe in einer Reihe mit den emanzipatorischen Befreiungsbewegungen gegen den US-Imperialismus oder europäische Kolonialpolitik in Lateinamerika, Afrika oder Asien nennt, delegitimiert diese im Nachhinein. Wer die Angriffe in den Zusammenhang der aktuellen Proteste gegen kapitalistische Globalisierung stellt, liefert dem repressiven Vorgehen gegen die Linke unter dem Mantel der »Terrorbekämpfung«, so wie dies Berlusconi in Italien und die USA in Kolumbien bereits betreiben, einen Vorwand.

Ideologischer Hintergrund der Befreiungskriege auf Kuba, in Vietnam, Guatemala oder El Salvador war die Durchsetzung eines sozialen und politischen Projektes, das den Metropolen-Interessen zuwiderlief. Im Verbund mit den lokalen Herrschaftseliten reagierten vor allem die USA, aber auch die ehemaligen Kolonialmächte England und Frankreich, mit einer Militarisierung der sozialen Konflikte. Obwohl US-Politiker und Militärs in den 60er und 70er Jahren die Ermordung von über einer Million ZivilistInnen in Vietnam durchführten, auf Kuba Schädlinge aus Flugzeugen abwarfen, um Ernten zu vernichten und damit die Zivilbevölkerung zu treffen oder in Guatemala während der 80er Jahre ein Regime unterstützten, das über 200.000 Menschen in der Aufstandsbekämpfung ermorden ließ, richtete sich der Widerstand der Befreiungsbewegungen doch niemals gegen die Zivilbevölkerung der USA.

Allerdings herrscht vor diesem Hintergrund in vielen Ländern des »globalen Südens« keine Betroffenheit über die Toten des WTC, und schon gar nicht über die des Pentagons. Dies hat nicht unbedingt mit der Befürwortung solcher Anschläge zu tun, aber damit, dass diese Menschen oft weitaus schrecklichere Angriffe erlebt haben, an denen die USA oft beteiligt gewesen sind. Prominente Beispiele dafür ließen sich auf unterschiedlichen Ebenen ausführen: Vom inszenierten Militärputsch am 11. September 1973 gegen Salvador Allende und den nachfolgenden Militärregimen in Südamerika bis hin zu

Kriegen, die mit logistischer und finanzieller Unterstützung der USA immer noch geführt werden. Stichwort: Kolumbien.

Terror und Barbarei III

Die Anschläge vom 11. September 2001 werden von den westlichen Mächten politisch ausgeschlachtet und funktionalisiert. Auf die Attentate wären unterschiedliche Reaktionen möglich gewesen. Sowohl auf Regierungs- als auch auf öffentlicher Ebene. So wie die US-Führung und die Nato-Staaten reagieren, kann nur eines konstatiert werden: Sie haben kein Interesse an politischen Lösungsmöglichkeiten. Der Krieg wird aus hegemonialen Machtinteressen geführt. Zunächst ging es den USA darum, den Bildern der kollabierenden Türme die Bilder geschlossener Handlungsfähigkeit nach innen und außen entgegenzusetzen. Eine Weltmacht kann einen Angriff auf ihr Territorium nicht unwidersprochen lassen. Damit untrennbar verknüpft geht es nun wirtschaftlich, strategisch und politisch um die Sicherung des zentralasiatischen Interessengebietes. Die zentralasiatischen Ölfelder bilden darin nur eine Komponente. Der zentralasiatische Raum wird in Strategiepapieren schon seit längerer Zeit als konflikthafter Austragungsort des Aufeinanderprallens diverser Großmachtinteressen ausgemacht. So bereitet dem amerikanischen Hegemonialanspruch vor allem das Erstarken Chinas große Sorge, und eine Achse Russland-China-Iran (unter tatkräftiger Mitwirkung Deutschlands) gilt als »worst case«.

Die deutschen Eliten versprechen »bedingungslose Solidarität«, und die Bundesregierung möchte an der militärischen Intervention beteiligt werden. Diese Solidarität ist allerdings nicht ganz so selbstlos, wie es scheint. Derzeit bietet die militärisch haushohe Überlegenheit der USA keine andere Möglichkeit, als sich ihnen anzuschließen, möchte man aus der Konfliktlage Vorteile schlagen. Doch hinter der scheinbaren Einmütigkeit der Anti-Terror-Koalition stehen auch widerstreitende Interessen, die an den diversen diplomatischen Initiativen der einzelnen Länder in der Krisenregion beobachtet werden können.

Deutschland setzt darauf, die Bundeswehr wieder weltweit einzusetzen und sich als Führungsmacht innerhalb der EU zu etablieren. Weitgehend unbeachtet ist, dass im Schatten des Krieges gegen Afghanistan Deutschland zum ersten Mal die Führung eines Nato-Einsatzes übernommen hat. In Mazedonien stellt die Bundeswehr das Hauptkontingent der Truppen der Operation Amber Fox, während die US- und britischen Truppen verlegt wurden. Damit zeigt sich auf dem Balkan bereits das neue Kräfteverhältnis, in dem Deutschland eine wichtigere internationale Rolle einnimmt. Es wird nicht mehr lange dauern, bis die deutsche Regierung auf der Grundlage der

Re-Militarisierung der Außenpolitik in den vergangenen Jahren einen Sitz im UN-Sicherheitsrat durchgesetzt hat und die politisch-militärische Potenz, die eine Großmacht ausmacht, mit dem schon existierenden ökonomischen Gewicht noch mehr in Einklang gebracht wird.

Terror und Barbarei IV

Dies wird ergänzt durch die Militarisierung nach innen. Zahlreiche sogenannte Sicherheitsmaßnahmen und Gesetzesänderungen, die sich unter anderen Umständen nicht so schnell und in dieser Form hätten durchsetzen lassen, liegen jetzt zur Abstimmung bereit. Vor dem Hintergrund, dass Rot-Grün einmal mit der Forderung nach der Abschaffung des § 129 a StGB angetreten ist, wird jetzt, von der Öffentlichkeit ohne weiter gehende Diskussionen kommentiert, der § 129 b StGB[1] eingeführt. Regelanfrage beim Verfassungsschutz; Fingerabdrucksystem und genetisch codierte Personalausweise; Privatisierung bisher hoheitlicher Aufgaben wie Überwachung, Gebäude- und Personenschutz, Personenkontrollen; Erweiterung von Datenzugriffen für die Verfolgungsbehörden; höhere Sicherheitskontrollen im Reinigungs- und Cateringgewerbe; massiver Kompetenz- und Mittelausbau für Europol sind nur in Stichpunkten eine Auswahl aus dem Schily Racist Law-Katalog.

Der Diskurs über die »Gefährdung der inneren Sicherheit« geht Hand in Hand mit einer stereotypen Hatz gegen den »Islam«, die versucht, alle AraberInnen und Muslime in einen Topf zu werfen. Auch in differenzierten Darstellungen geraten die Termini schon mal durcheinander und statt »islamistischer Extremismus« steht da nur noch »Islam« oder gar »Muslime«. Rassistische Ressentiments werden untermauert. Die verschärfte Überprüfung von MigrantInnen an ihrem Arbeitsplatz, in ihrem Alltag, praktisch in allen Lebenslagen gilt als »Terrorabwehr.«

Terror und Barbarei V

Die Hälfte der afghanischen Bevölkerung befindet sich gegenwärtig auf der Flucht. Was mit Flüchtlingen an den Grenzen der »zivilisierten Welt« passiert, wissen wir schon zu genüge. Dies hat sich insbesondere nach dem Angriffskrieg auf Jugoslawien gezeigt. »Humanitäre Hilfe«, Menschenrechte und Unterstützung von Flüchtlingen zuzusichern, hat die Funktion, die westliche Öffentlichkeit ruhig zu halten. Die Argumentation der gleichzeitigen »humanitären Hilfe« in den Kriegen ist eines der aktuellen Legitimationsmittel. Besonders zynisch stellen sich die Lebensmittelabwürfe über Afghanistan dar. Nicht nur, dass jedes Paket eine USA-Flagge enthält, die Päckchen sehen in Größe und Farbe den sogenannten Cluster- und Streubomben zum Verwechseln ähnlich. Hilfsorganisationen haben zudem kritisiert, dass die Pakete in Minenfeldern niedergehen und keine Alternative zu den Lieferungen auf dem Landweg darstellen.

Wie widersprüchlich das Konstrukt des »Terrors« ist, zeigt sich in der Aufforderung aus Washington nach einem »Anti-Terror-Pakt« in Afrika. Zahlreiche Regierungen, die bis vor kurzem teilweise selbst der Unterstützung des »Terrors« bezichtigt wurden, mussten diesem Pakt beitreten. Die gegenwärtige Anti-Terror-Koalition stärkt auch die autoritären Regime der ganzen Region, deren Menschenrechtsverletzungen nun einmal mehr als vernachlässigbar oder notwendig im »Kampf gegen den Terrorismus« erscheinen.

Ägypten, eines der repressiven Regime in der arabischen Welt, ist der drittwichtigste Bezieher von US-Militärhilfe. Staatspräsident Mubarak äußerte kürzlich in einem Interview, dass er die westliche Welt ja schon seit Jahren warne und zur Auslieferung von »fundamentalistischen Terroristen« in sein Land aufrufe. Begründet wurde die Ablehnung der Auslieferungen damals damit, dass ihnen dort die Todesstrafe droht. Bush hat diesen »Fehler« nun eingestanden.

Wie die Alternativen für Afghanistan aussehen, steht noch in den Sternen. Allerdings planen USA und EU-Außenminister, wen sie dort am besten installieren. Es wird nun eine Allianz gebildet, aus Exil-Afghanen, Ex-König und Nordallianz, die selbst hunderttausende von Menschen aus Afghanistan vertrieben hat. Ein König, der nun aus den Wolken eines bequemen Exils entstiegen ist, wird wieder eingesetzt. Letztendlich wird er genauso finanziell protegiert werden und installiert in Afghanistan regieren wie vorher die von der CIA unterstützten Taliban.

Terror und Barbarei VI

Auffällig ist, dass unter dem Vorwand der Hilfestellung für die »Rückkehr zur Normalität« der Westen nach der militärischen Beendigung eines Konfliktes völlig unverblümt seine Vorstellungen von Herrschaftspolitik in Form von Verwaltung und Regierungssystem vor Ort etabliert. So könnte in Afghanistan am Ende die Aufrichtung eines Protektoratsregimes wie in Bosnien-Herzegovina stehen. Mit großen Gesten feiert der Westen dort seine Hilfeleistung. Eine wirtschaftliche und politische Perspektive bietet das Protektoratsregime dagegen nicht. In Bosnien konnte die eingesetzte Regierung auch sechs Jahre nach dem Krieg ihre Versprechen vom wirtschaftlichen Aufschwung nicht einlösen. Im kapitalistischen Weltmarkt können Wastelands nur MigrantInnen produzieren. Im besten Falle gelingt die wirtschaftliche Integration über die Produktion von Waren, wie etwa Drogen, die zwar nachgefragt werden, aber nur unter spezifischen politischen Bedingungen massenhaft produziert werden können.

In einer Plumpheit, die kaum für möglich gehalten werden kann, legitimieren die herrschenden Eliten den Krieg mit Kategorien wie dem Kampf des »Guten« gegen die »Mächte des Bösen«. Eduardo Galeano schrieb dazu treffend: »*Gut und böse, böse und gut: Die Schauspieler wechseln die Maske, aus Helden werden Monster und die Monster zu Helden, in Einklang mit den Anweisungen der Autoren des Stücks.*« Gerade in Afghanistan wird die Absurdität deutlich, waren doch die Taliban Teil der von den USA finanzierten Mudjaheddin-Allianz, die in den 80er Jahren gegen die Rote Armee gekämpft hat.

Ähnlich absurd ist das Gerede vom Kampf der »Zivilisation« gegen die »Barbarei« oder der »Moderne« gegen die »Tradition«. Diese Propaganda zeigt nicht nur, wie von den Herrschenden rassistische Stereotypen produziert werden, sondern auch die bruchlose Kontinuität kolonialer Mentalität und ihrer Definitionsmacht. Der größte »Zivilisationsbruch« der Menschheitsgeschichte ging von Deutschland aus. Ohne die »Modernität« kapitalistischer Entwicklung wären Auschwitz und die industriell durchgeführte Vernichtung der europäischen JüdInnen unmöglich gewesen.

Was im gegenwärtigen Diskurs als »Tradition« verkauft wird, ist Teil der Modernisierung unter den Bedingungen des kapitalistischen Weltmarktes. Der Rückgriff auf nationale, ethnische oder religiöse Identitäten begleitet den Prozess der kapitalistischen Globalisierung schließlich nicht nur in Afghanistan, sondern auch in Kosovo, Bayern oder Brandenburg, jeweils auf spezifische Art. Es gibt im globalen Kapitalismus kein innen und außen. Die sozialen und politischen Verwerfungen,

welche durch die Durchsetzung der neoliberalen Globalisierung seit den 70er Jahren produziert werden, artikulieren sich heute überall auf der Welt hauptsächlich in nationalen, ethnischem oder religiösen Gewand.

Terror und Barbarei VII

Dies hat nicht zuletzt auch mit der Abwesenheit und Zerschlagung einer emanzipatorischen Linken zu tun. Im arabischen Raum stellte sich dies vielfach als physische Ausradierung dar. Um nur zwei Beispiele zu nennen: Mit westlicher Unterstützung ließ der Schah im Iran bis zu seinem Sturz 1979 die KommunistInnen der Tudeh-Partei foltern und vertreiben. Nach dem Sturz des Despoten konnte der islamische Klerus sein Regime etablieren. Im Irak, in dem einst die kommunistische Partei die wichtigste gesellschaftliche Kraft darstellte, wurde mit Hilfe der CIA die Baath-Partei unter Saddam Hussein als Gegenspieler etabliert. Sie schaltete zuerst die Kommunisten und dann die Gewerkschaften der Erdölarbeiter aus. Bevor Saddam 1990 zum Schurken Nr. 1 mutierte, arbeitete er ganz im Sinne der USA.

Der Krieg trifft die Linke in Deutschland in einer besonderen Situation. Nach der – trotz vieler Defizite – erfolgreichen Mobilisierungen der globalisierungskritischen Bewegung in Genua hat die Linke bisher versäumt, einen gesellschaftlich wahrgenommen Widerstand gegen den Krieg zu artikulieren. Statt dessen scheinen nun erkämpfte Handlungsspielräume wieder verschlossen. Zum ersten Mal seit der Wiedervereinigung war es im Sommer wieder möglich, mit antikapitalistischen Diskursen eine größere Öffentlichkeit zu erreichen. Marco Revelli sprach treffend davon, dass durch die Proteste die Vertikalität der sozialen Konflikte innerhalb der Gesellschaft sichtbar gemacht wurde, im Zuge des 11. Septembers jedoch wieder eine Rehorizontalisierung statt fand, die in der kulturalistischen Einteilung der Welt in »zivilisiert« und »unzivilisiert« gipfelt. Vor dem Attentat schien die gesellschaftliche Isolierung der Linken zumindest partiell durchbrochen. Nach dem 11. September hat sich die Linke wieder in eine defensive und reaktive Situation drängen lassen.

Für die Linke drängen sich nun Handlungsnotwendigkeiten auf verschiedenen Ebene auf. Zum einen gilt es, der innen- und außenpolitischen Militarisierung entgegenzutreten. Zum anderen kommt es darauf an, sich der rassistischen Formierung unter den Vorzeichen der gesellschaftlichen Debatte über den *»Kampf der Zivilisation gegen die Barbarei«*[2] entgegenzustellen. Dabei gilt es, die Fallstricke verkürzter Schwarz-Weiß-Erklärungsmodelle zu überwinden.

Hilfreicher scheint es, die sich weltweit abzeichnende Militarisierung von Konflikten, die Etablierung von Kriegsökonomien und die Stärkung ethnischer, religiöser oder nationaler Essentialismen als gegenwärtigen Ausdruck des sich herausbildenden globalen Kapitalismus unter neoliberalen Vorzeichen zu betrachten. An diesem Punkt kann die neu entstandene antikapitalistische Bewegung mit ihrer Kritik der Verhältnisse anknüpfen und den Widerstand gegen den Krieg mit dem Widerstand gegen kapitalistische Globalisierung verbinden.

Für eine linke Strömung (FelS)

Anmerkungen

1 §129b ermöglicht, MigrantInnen für als »terroristisch« definierte politische Aktivitäten im Ausland zu belangen.

2 Die »anti-deutschen« Phantasien von einem angeblich islam-immanenten eliminatorischen Antisemitismus und vom Koran als der aktualisierten Version von »Mein Kampf« reihen sich ein in die Hallunizationen der rassistischen Kulturkämpfer in westlichen Medien und Politik. Die »Anti-Deutschen« stellen sich mit ihrer freundlichen Unterstützung für die Bombardements in Afghanistan einmal mehr auf die Seite der Herrschenden.

Taliban Outing in Deutschland

Wie die Raster des Verdachts greifen und die Medien jegliche presserechtlichen Grundsätze fahren lassen, beweist ein Vorfall um den Greifswalder Studenten Baha S. Der Medizinstudent fuhr wie schon zuvor in den Semesterferien nach Hamburg, um dort zu jobben. Weil er Greifswald in den Tagen des Attentats also gen Hamburg verlassen hatte, sein Handy nicht erreichbar war, Baha aus Jordanien stammt und der Attentäter Ziad Samir Jarrah irgendwann mal in Greifswald gewohnt hatte – wohlgemerkt bevor auch Baha S. dort hinzog – sah er sich nur Tage später in diversen Zeitungen und im Rundfunk mit vollem Namen, Adresse, Foto und ausführlichen Angaben als fundamentalistischer Attentäter »geoutet«. Baha S. hat diverse Medien mittlerweile verklagt, vom NDR Schadensersatz erhalten und wartet bis heute auf eine Entschuldigung der BILD-Zeitung, die mit der Schlagzeile aufmachte: *»Gestern wurde bekannt: In Greifswald soll ein weiterer Entführer der Pittsburgh-Maschine als Student eingeschrieben sein.«*

Ebenso wahnwitzige Bekanntschaft mit der rassistischen Sicherheitshysterie machte Tariq Ali, pakistanischer Schriftsteller, Filmproduzent und ehemaliger Studentenführer. Er wollte nach Teilnahme an einer Konferenz des Goethe-Instituts über »Islam und die Krise« in München zurück nach London fliegen. Als die Münchner Polizei in seinem Handgepäck ein Bändchen »Über Selbstmord« von keinem weniger als Karl Marx fand, addierte sie diesen Umstand und seine pakistanische Herkunft zusammen und schon stand ein fundamentalistischer Attentäter vor ihnen. Dem späteren Hinweis der Polizei, mit solchen Büchern nach dem 11. September in seinem Interesse doch nicht mehr zu verreisen, begegnete Ali: *»Vielleicht sollten Sie solche Bücher dann nicht mehr drucken in Deutschland oder noch besser: sie in aller Öffentlichkeit verbrennen.«*

Die Idee

von einer gleichberechtigten Gesellschaft

Seit den Terroranschlägen in der USA am 11. September 2001 wird eine Feststellung ununterbrochen wiederholt: Durch dieses Ereignis hat sich die Welt verändert. Diese Feststellung wird überall fast kommentarlos hingenommen. Fast alle scheinen damit einverstanden zu sein. Hat sich die Welt tatsächlich durch diese Anschläge verändert? Falls dies so ist, dann ist die Frage: Für wen und in welcher Form?

Hat sich die Welt auch für MigrantInnen in Deutschland verändert?

Diese Frage kann höchstens mit einem »Jein« beantwortet werden.

In den ersten Tagen nach den Anschlägen fürchteten MigrantInnen eine Zunahme rassistischer Übergriffe und dass Rechtsextremisten in dieser Stimmung die Gunst der Stunde ausnützen würden, um ihren Feldzug gegen alles Fremde fortzusetzen.

Einige Meldungen der ersten Stunde schienen diese Befürchtungen zu bestätigen. Bei einigen islamischen Organisationen gingen per Post oder per e-Mail Drohbriefe ein. Es wurden Belästigungen gegen Kopftuch tragende Frauen auf offener Straße gemeldet. Viele MigrantInnenorganisationen haben sich aufgeregt. Deutsche Politiker riefen zur Besonnenheit auf, türkische MigrantInnenvertreter riefen eine Pressekonferenz nach der anderen ein.

Nur wer bei den Moslems, also in den Moscheen nachfragte, bekam eine ganz andere Antwort: »*Wir fühlen uns nicht bedroht, obwohl wir in der Presse gelesen haben, dass es Übergriffe gab. Das was gemeldet wird, haben wir auch vor den Anschlägen oft gehabt. Wir glauben nicht, dass die Deutschen sich uns gegenüber jetzt anders verhalten werden.*«

Tatsächlich wurde nach den Anschlägen deutlich, dass in der Bundesrepublik rassistische Tendenzen sowohl von Rechtsextremisten und Rassisten zum Ausdruck gebracht werden, dass diese aber auch durch staatliche Organe geschürt werden.

Die Diskriminierung der MigrantInnen durch die amtlichen Maßnahmen hat nach den beispiellosen Terroranschlägen in New York und Washington aufs Neue an Härte gewonnen. In den letzten zwei Monaten haben Behörden ihre rassistischen Praktiken verstärkt. Der einzige Unterschied: Der Widerstand dagegen verstärkt sich nicht.

Die erste Front gegen MigrantInnen wurde durch die Sicherheitsbehörden auf der Straße eröffnet. Mittlerweile gehören sogenannte »verdachtsunabhängige Kontrollen« wie das Anhalten in der Öffentlichkeit, die Überprüfung der Personalien und manchmal sogar die vorübergehende Festnahme durch die Polizei zum normalen Alltag der dunkelhaarigen, dunkelhäutigen und »fremdländisch« beziehungsweise »irgendwie islamisch« aussehenden Menschen.

Diese Praktiken der Polizei werden von vielen MigrantInnen im Lande bisher ohne Kritik ausgehalten. Denn auch die MigrantInnen fühlen sich bedroht und verunsichert. Merkwürdigerweise zeigen sie für die gegen sie gerichteten argwöhnischen Blicken jedoch Verständnis.Gleichzeitig wissen sie aber, was eigentlich alle wissen könnten: Dass niemand ihnen die Verantwortung für die Anschläge in den USA zuschreiben kann. Trotzdem werden sie langsam aber sicher in Deutschland zu den ersten Opfern dieser Gewalttaten.

Restriktionen und Rasterfahndung

Die Antwort auf die Anschläge in den USA der verschiedenen politischen Gruppen und Parteien in Deutschland hatte einen gemeinsamen Nenner. Sie haben das gesamte Repertoire ihrer alten Konzepte aus den Schubladen herausgeholt.

CDU/CSU haben das Thema »innere Sicherheit und Ausländer« sofort aufgetischt. Ihre Vorschläge und Forderungen sind längst bekannt: Rasterfahndung, Zusammenlegung der Polizei und Geheimdienste, Überwachung öffentlicher Plätze, Regelanfrage beim Verfassungsschutz und der BND bei Visaanträgen, Ausweisung von AusländerInnen beim kleinsten Verdachtsmoment etc. Kurzum, eine äußerst restriktive Migrationspolitik verbunden mit einer drohenden und drangsalierenden Integrationspolitik einerseits und dem Wandel hin zu einem autoritären Polizeistaat.

Die Sozialdemokraten zeigen wie seit Jahren kaum Unterschiede zur CDU/CSU in diesen Fragen, und übernehmen es automatisch, diese Politik dann in die Praxis umzusetzen. Besonders eifrig tritt dabei der Innenminister Otto Schily auf. Hatte er schon in der Opposition die Vorschläge seines CDU-Amtsvorgängers Kanther beispielsweise zum »großen Lauschangriff« kaum kritisiert, so hat er heute keine Bedenken, die Verunsicherung in der Bevölkerung zum Durchsetzen fragwürdigster Maßnahmen auszunutzen.

Vor allem bei den Maßnahmen im Migrations- und Integrationsbereich geben die Sozialdemokraten ihren schon immer da gewesenen reaktionären und restriktiven Neigungen freien Lauf.

Der Versuch einiger Sozialdemokraten, parallel zu den restriktiven Sicherheitspaketen auch Entwicklungsprogramme zu entwerfen wirkt dagegen lächerlich. Bisher wurde nie ernsthaft versucht, eine vernünftige »Entwicklungspolitik« durchzusetzen. Die Grünen, die als Koalitionspartner in den Fängen der Sozialdemokraten fungieren, präsentieren sich in diesen Tagen wieder einmal wie

naive Schulkinder. Sie können sich weder für die MigrantInnen noch für Einheimische, weder für den Krieg noch für den Frieden, weder für eine offene Gesellschaft noch für einen autoritären Staat entscheiden. Sie sind jetzt damit konfrontiert, dass sie in den letzten drei Jahren der rot-grünen Koalition vor allem in der Migrations- und Integrationspolitik ihre eigenen Positionen aufgegeben und sich selbst auf das Level einer unglaubwürdigen »Ökopartei« reduziert haben.

Die PDS scheint unter diesen Umständen die Friedensfahne hochzuhalten. Jedoch nutzt die PDS den Umstand aus, dass sie an der Macht nicht beteiligt ist und deshalb keinen Handlungsbedarf hat. Anti-us-amerikanische Reflexe, die in der PDS und bei linken Gruppen durchaus vorhanden sind, sind durch diese Friedenspolitik auch einfach zu bedienen.

Doch wenn genauer hingeschaut wird, ist es leicht zu erkennen, dass auch aus der deutschen Linken keine neue Ideen kommen, sondern weiterhin zwar schöne aber alte Formeln ohne genaue Analyse präsentiert werden: »Um den Terror zu bekämpfen, muss Ausbeutung, Armut und Ungerechtigkeit aus der Welt geschaffen werden!«

Reaktionen von Exil-Linken und Moslems

Gleichzeitig werden Unterschiede zwischen deutschen und türkischen/kurdischen Linken deutlich. Viele der letzteren sehen in den Entwicklungen nach dem 11. September 2001 durchaus Positives und machen durch ihre Aussagen deutlich, wie realitätsfremd sie in den Jahren im Exil geworden sind. Von einer Friedensbewegung ist bei diesen Gruppen nicht die Rede. Die Zeitung der TKP-ML[1] »Isci-Köylü« sieht beispielsweise in den Anschlägen *»einen Schlag ins Gehirn des Imperialismus«* und ruft zum *»Ausweiten des Volkskrieges gegen der imperialistischen Aggression«* auf. »Die Bewegung der Unterdrückten«, eine neu entstandene linke türkisch-kurdische Exilgruppe, betont, dass *»sie sich nicht über die Toten durch die Detonationen in den Vereinigten Staaten freuen würden«*. Sie ruft aber »die Unterdrückten« dazu auf, sich *»zu erheben, um die imperialistischen Angriffe zurückzuschlagen.«*

Islamistische Gruppen in Deutschland scheinen realistischer zu sein. Sie sehen durchaus die Möglichkeit, aus dem andauernden Krieg Kapital zu schlagen. Fast alle versuchen die Unsicherheit von gläubigen, aber nicht organisierten Moslems auszunutzen, um sie in ihren Reihen aufzufangen. Radikalere unter ihnen wie die internationale islamische Bewegung »Hizb-ut Tahrir«[2] nehmen die Argumentation mancher westlicher Politiker gerne auf und interpretieren den Krieg als einen *»Krieg zwischen dem Islam und dem Rest der Welt«*, indem sie behaupten, der Islam sei angegriffen worden. In einem Flugblatt dieser Organisation, das in Deutschland verteilt wird, werden Moslems dazu aufgerufen, keine Freundschaften mit Christen oder Juden zu schließen. Wer mit ihnen Freundschaft schließe, sei ein Feind des Islam.

Gemäßigtere islamistische Organisationen dagegen, haben sich lange zurückgehalten und offenbar gehofft, dass der Sturm schnell vorübergehen würde. Nachdem sie merkten, dass dies nicht der Fall ist und sie nun von den deutschen Behörden beobachtet und verfolgt werden, versuchen sie nun auf Distanz zu den Radikalen zu gehen.

Betroffen sind alle

Derartige Aussagen wie die oben zitierten dienen Innenminister Otto Schily und anderen Hardlinern in der deutschen politische Elite bei der Argumentation für eine restriktive Migrations- und Integrationspolitik. Sie führen dazu, dass der islamische Glaube oder die arabische Herkunft eines Menschen zu einem Kriterium der Rasterfahndung gemacht werden. So kommen sowohl TürkInnen als auch AraberInnen, die keine Moslems sind, aber auch die Mehrheit der in Deutschland lebenden Moslems auf die Liste der Verdächtigen.

Wenn sich diese Entwicklung durchsetzt, würden von den Folgen insgesamt alle in Deutschland lebenden Menschen betroffen sein. Und falls nun – im Eifer des Gefechtes – ein insgesamt autoritäres System eingerichtet wird, wird es in der Zukunft schwer werden, eine solche Entwicklung wieder rückgängig zu machen.

Statt Sicherheitspaketen und rassistischer Ausgrenzung sind heute klare politische und gesellschaftliche Signale notwendiger denn je, dass MigrantInnen ein gleichberechtigter Teil dieser Gesellschaft sind. Heute müssen mehr Offenheit und Demokratie, mehr Beteiligungsmöglichkeiten für MigrantInnen – aber auch für die ganze Bevölkerung – geschaffen werden.

Denn der Anschlag vom 11. September zielte unter anderen auf die Idee von einer offenen und gleichberechtigten Gesellschaft. Wenn nun genau diese Vorstellungen von Offenheit und Toleranz durch Konservative, Sozialdemokraten und Grüne beschnitten werden, dann haben die Anschläge letztendlich ihr Ziel erreicht.

Gastbeitrag von Ercan und Rifat, türkischen Antifaschisten

Anmerkungen

1 Türkische Kommunistische Partei-Marxist-Leninist
2 »Die Partei des Weges«

Fotos: fotografenagentur version

Zwischen Antisemitismus und Antiamerikanismus

Die Reaktionen der extremen Rechten: Ein internationaler Überblick

Die Reaktionen auf die Anschläge in den USA unterscheiden sich von Land zu Land. In manchen Ländern wurden die Angriffe von Rechtsextremisten begrüßt und unterstützt, in anderen kritisiert. Das hing stark davon ab, ob rechtsextreme Gruppen ihren Antisemitismus betonen wollten oder vom zunehmenden Rassismus gegen Muslime profitieren wollen.

Polen

Polen wurde von einer Welle der Islamphobie überrollt, die sogar den traditionellen Antisemitismus in den Schatten stellte. Führende Mitglieder der Liga Rodzin Polskich (Liga der polnischen Familien) waren unter den ersten Kondolierenden in der us-amerikanischen Botschaft in Warschau. In Radiosendungen der nationalistisch-katholischen Radiostation *Radio Maria* wurden Verbindungen zwischen der Linken und nahöstlichen Terroristen behauptet. Dem folgten physische Angriffen auf tatsächlich oder vermeintlich muslimische Ziele. In Lodz gab es mehrere Angriffe, unter anderem einen von jungen Faschisten auf ein Hostel, in dem palästinensische Studenten leben.

In Warschau wurde ein palästinensischer Restaurantbesitzer von Skinheads angegriffen und in Danzig wurden eine Moschee attackiert und Mitglieder der muslimischen Community eingeschüchtert. Am Tag der Angriffe wurde Tomasz Mazur, Herausgeber der rechtsextremen Studentenzeitschrift Reakcja, im Radio interviewt, wo er Parallelen zwischen den Angriffen und dem nazistischen »The Turner Diaries«-Szenarium zog. Interessanterweise ist Mazur einer der Hauptförderer dieses Buches in Polen and wollte vermutlich seine Verkaufszahlen erhöhen.[1]

Dänemark

Die dänische Neonaziorganisation DNSB nannte den Angriff am 11. September »den ultimativen Terrorangriff« und schob die Schuld auf Washingtons *»laxe Immigrationspolitik, die auf der naiven Vorstellung basieren, alle Religionen, Rassen und Kulturen könnten friedlich zusammen leben«*. Der DNSB warnte außerdem davor, nach der US-Pfeife zu tanzen und repressive Maßnahmen gegen radikale Moslemorganisationen zu treffen.

Die rassistische dänische Volkspartei zeigte sich deutlich pro-amerikanischer, indem ihr Anführer Pia Kjaersgaard der US-Regierung *»volle Sympathie, vollen Respekt und volle Unterstützung«* anbot. Parteimitglied Mogens Camre war etwas taktloser mit der Behauptung, der muslimische *»Feind ist unter uns und überall«* und der Argumentation, die Dänen seien inmitten *»eines Kampfes um das Überleben unserer Kultur«*. Er führte weiter aus, dass es *»keine Verteidigung gibt, wenn wir nicht den Feind in unserer Mitte finden und eliminieren«*. Er fügte hinzu, dass junge dänische Männer palästinensischer Herkunft, die die Angriffe gefeiert hatten, aus Dänemark ausgewiesen werden sollten.[2]

Ungarn

Der Führer der extremen Rechten, Istvan Csurka, pries die Angriffe als *»nicht unerwartete [...] Reaktion der Unterdrückten der Welt auf die Globalisierung, die Ausbeutung und den bewussten Genozid in Palästina«*. Er behauptete, Ausmaß und simultaner Charakter der Angriffe zeigten, dass eine *»große Macht«* dahinter stünde und die *»USA nicht unverwundbar sind«*. Fidesz, die ungarische Regierungspartei, hat sich in keiner Weise von Csurkas Ausbruch distanziert, während László Kovács, der Vorsitzende der Ungarischen Sozialistischen Partei, ihn mit Saddam Hussein verglich und seine Aussage verurteilte.[3]

Österreich

Der FPÖ-Vorsitzende Jörg Haider äußerte die bizarre Vermutung, *»bei den Tätern könnte es sich genau so gut um die organisierte Gewaltszene der Globalisierungsgegner handeln«*.

Währenddessen haben rechte Websites in Österreich und in Deutschland eifrig die Anzahl der Opfer in den USA geringschätzig mit den Millionen deutscher Toter während des letzten Weltkrieges verglichen. Die deutsche Website des Versandhandels »Wikingerversand« richtete ein Schwarzes Brett mit dem Titel »Amerika brennt« ein, das eine gewisse Meinungsverschiedenheit zwischen den Fußsoldaten der Neonazis in Österreich registrierte. Eine ins Netz gestellte Nachricht fragte: *»Was macht mehr Sinn? Gemeinsam mit den radikalislamischen Organisationen anzutreten oder Solidarität mit den Amerikanern zu zeigen?«*, gab jedoch keine Antwort darauf. Andere Meinungsäußerungen drangen darauf, sich nicht zu positionieren, während weitere »die Araber« verteidigten. Wieder andere sagten, sie trauerten nicht *»um Deutsche, die für die Juden im World Trade Center gearbeitet haben«*.[4]

Frankreich

Der Generalsekretär der Front National, Carl Lang, verhielt sich relativ vorsichtig, benutzte jedoch die Ereignisse in den USA zur Betonung der Forderung der Rechtsextremisten nach *»systematischen Grenzkontrollen, einem vollständigen Immigrationstopp und der Ausweisung illegaler Migranten«*. Zur Zeit der Drucklegung hatte FN-Führer Jean-Marie Le Pen noch keinen persönlichen Kommentar abgegeben.

Der Rivale der FN, das Mouvement National Républicain, war mitteilsamer, drückte seine Sympathie und Unterstützung Amerikas aus und erklärte: »*Eine kosmopolitane Gesellschaft führt zu Bürgerkrieg, zu Barbarei*«. Ihr Führer Bruno Mégret schlug einen »*Plan zur Bekämpfung des islamischen Terrorismus*« vor, der »*einen vollständigen Immigrationsstopp, die Ausweisung aller islamischer Aktivisten und die Zerschlagung ethnischer Vorort-Gangs*« beinhaltete.

Als besonderer Hardliner erwies sich Christian Bouchet, Führer der Unité radicale, der sagte, er sei »*bewegt*«, so wie er es »*gewesen wäre, hätte ich Geschichten von der Bombardierung deutscher Städte in den 40ern gehört*«. Er lehnte zwar den Kampf gegen islamischen Terror nicht ab, sagte jedoch, der sich ankündigende Krieg sei »*nicht unser Krieg*«. Statt dessen rief er zu einer französischen militärischen Intervention »*in den Straßen Frankreichs*« auf. Aktivisten derselben Organisation freuten sich über die Angriffe und priesen das Ende der us-amerikanischen Macht, während andere behaupteten, der CIA oder die Israelis steckten hinter den Anschlägen, von denen Israel profitieren sollte.[5]

Schweden

Die schwedische extreme Rechte, die in Naziorganisationen und Salonfaschisten unterteilt ist, hat unterschiedlich auf die terroristischen Angriffe auf das World Trade Center reagiert.

Die offen antisemitische National Socialist Front (NSF) hat eine Erklärung ihres Chefideologen Björn Björkqvist mit dem Titel »Mit selber Münze« veröffentlicht, laut der »*es eine Rache für all die Leben, die die Demokratie gefordert hat*« sei, wenn – wie von den offiziellen Stellen behauptet – der Angriff auf dass WTC ein Angriff auf die Demokratie sei. Die Zahl der Todesopfer in verschiedenen Ländern aufgrund amerikanischer Aktivitäten – Libanon, Irak, Serbien etc. – und in Ereignissen wie Waco, der Belagerung von Ruby Ridge etc. in den USA wird aufgelistet. Seine Schlussfolgerung ist die, dass »*Demokratie tötet*«, und keiner müsse überrascht sein, wenn die Opfer zurückschlagen.

An anderer Stelle beschreibt die Homepage der NSF die terroristischen Gräueltaten als »*einen Angriff auf die neue Weltordnung*«, hinter der »*die Juden stehen*«.

Die pseudo-seriösen Sweden Democrats (SD) haben ihre Unterstützung Israels verlauten lassen, da diese antiarabische und antimuslimische Gefühle in Schweden nährte. In einem Artikel vom Hauptherausgeber des Parteiorgans SD-Kurier, Richard Jomshof, wird erklärt, die terroristischen Angriffe zeigten deutlich, wie gefährlich der Islam als Religion sei. Ein weiterer SD-Artikel behauptet, die schwedische Regierung habe die Flugzeugattacken durch die Förderung von Immigrantenprojekten und -organisationen in Schweden mitfinanziert.[6]

Russland

Die heftigen Angriffe auf das WTC und das Pentagon haben die russische extreme Rechte vor das Rätsel gestellt, zwischen welchen beiden aktuellen Feinden sie wählen soll: der islamischen Welt oder den USA. Vladimir Zhirinovsky, Chef der russischen Liberaldemokratischen Partei und Vizepräsident der Nationalversammlung reagierte als Dr. Strangelove und forderte, dass taktische Nuklearwaffen gegen »*islamische Terrorcamps von Pakistan bis nach Algerien*« eingesetzt werden sollten. Ein anderer bekannter Rassist, Alexander Dugin, argumentierte, nach den Angriffen auf die USA müsse der russische Präsident Putin jetzt »*freie Hand haben, um Tschetschenien von der Erde zu tilgen*«. Die faschistische Zeitung Zavtra produzierte lediglich einen Comic, auf dem zwei böse Genies das WTC zerstören. Der Vorsitzende der russischen Kommunistischen Partei, Gennady Zhuganov, rief währenddessen »*alle intelligenten Völker auf, gegen die kontemporäre Plage*« des Terrorismus zu kämpfen, warnte jedoch vor der Gefahr, »*Paria-Staaten*« zu bombardieren, was, wie er sagte, »*einen Affront gegenüber der Islamischen Welt und eine Gefahr für uns alle*« darstellen würde.[7]

Der Artikel wurde dem AIB von der internationalen Antifa-Zeitung »Searchlight« zur Verfügung gestellt. Da die Zitate aus dem Englischen rückübersetzt wurden, sind sie nicht in allen Fällen identisch mit den Originalzitaten.

Anmerkungen

1. Zusammenfassung der polnischen Antifazeitung »Nigdy Wiecej« (Nie Wieder)
2. Zusammenfassung vom dänischen Korrespondenten der internationalen Antifazeitung »Searchlight«
3. Zusammenfassung vom österreichischen »Searchlight«-Korrespondenten
4. Zusammenfassung vom österreichischen AIB-Korrespondenten
5. Zusammenfassung der französischen Antifazeitung »Réflexes«
6. Zusammenfassung der schwedischen Antifazeitung »Expo«
7. Zusammenfassung vom russischen »Searchlight«-Korrespondenten

Fotos: fotografenagentur version

Wer ist nun eigentlich das Opfer?

Kurz nach den Anschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon begannen in der extrem rechten Szene die publizistischen Mühlen zu mahlen. Fast immer wurden die Anschläge verurteilt, ohne jedoch das heimliche Frohlocken verbergen zu können. Einmal mehr wurde im Sog des 11. September deutlich, dass der Antiamerikanismus der extremen Rechten ein brauchbares Vehikel ist, um Rassismus, Geschichtsrevisionismus und Verfolgungswahn ausleben zu können.

Hellauf begeistert waren die deutschen Neonazis. Bereits einen Tag nach dem Anschlag merkte das Aktionsbüro Norddeutschland an, dass »*die USA eines sicher nicht verdient haben... Euer Mitleid!*« Alle, die zur USA stehen, seien »*auf der Seite des internationalen Kapitals, der Multikultur und der Globalisierung – gegen die Freiheit der Völker!*«. Der Jubel der Neonazis über die Zerstörung des »*Symbol[s] der weltweiten Ausbeutung und Globalisierung*« begründet sich darin, dass das Land »*nun erstmals einen Schluck von der eigenen Medizin verabreicht*« bekommen hätte. Gemeint sind alle Kriege, welche die USA in den vergangenen Jahren führten – gegen den Irak ebenso, wie gegen das nationalsozialistische Deutschland 1945.[1]

Einen ähnlichen Argumentationsstrang liefert Dieter Kern im Namen des Bündnis Rechts. Doppelzüngig werden die Anschläge zwar verurteilt, Kerns »sachliche Betrachtung« begnügt sich aber nicht mit der Aufrechnung anderer Kriege. Vielmehr läßt der Lübecker Neonazi durchblicken, dass der 11. September ein »*Befreiungsschlag*« gegen die »*zionistische Oligarchie*« gewesen sei. Diese würde mit ihrer »›*One World-Idiotie*‹« ihre Interessen weltweit durchsetzen. Kern offenbart damit eine enge Kopplung von Antiamerikanismus mit antisemitischen Stereotypen. Nicht umsonst findet sich ein Begriff wie »*Ostküsten-One-World-Strategen*« in der Pressemitteilung wieder.[2]

Etwas differenzierter äußert sich Steffen Hupka von der Revolutionären Plattform. Für ihn ist das Töten von Zivilisten »*völkerrechtlich gesehen Unrecht. Der Angriff auf das Pentagon ist anders zu bewerten, da es sich hier um eine militärische Einrichtung handelte*«.[3]

Ein Problem hat die NPD. Zwar hetzt sie seit Jahren gegen die USA, doch aufgrund des laufenden Verbotsverfahrens muß sie sich zurückhalten. Diese Gratwanderung zeigt sich in der fast moderaten Pressemitteilung. Man verurteile den Anschlag, »*[a]llerdings befindet sich Amerika seit Jahrzehnten im Krieg und muß immer mit entsprechenden Gegenreaktionen rechnen*«.[4] Ihre Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) sprach auf ihrem Bundeskongress deutlichere Worte. Pressesprecher Tobias Bär machte in der Abschlußerklärung deutlich, dass für den »*militante Formen annehmenden Kulturkampf*« die »*völkerverachtende Kriegstreiberei und die imperialistische Hegemonialpolitik*« der USA mit herangezogen werden müßten. Überhaupt hält es die JN »*nicht einmal für gänzlich ausgeschlossen, daß es sich bei den Anschlägen in den USA um eine strategische Operation westlicher und israelitischer Geheimdienste handeln könnte*«.[5]

Im Zuge der Anschläge versuchte sich die NPD als »nationale Friedenspartei« zu etablieren. Deutschland solle nicht länger ein »*Vasallenstaat*« der USA sein, die Bundeswehr sich nicht zu einer »Söldnertruppe fremder Machtinteressen« entwickeln und überhaupt solle Deutschland raus aus der NATO. Frieden heißt, dass man am 3. Oktober gemeinsam mit dem Lübecker Bündnis Rechts eine »Antikriegsdemonstration« in Berlin veranstaltete. Bei dieser Demonstration sprachen u.a. die Neonazis Frank Schwerdt und Steffen Hupka.

Wie erwähnt, kann sich die NPD derzeit eindeutige Ansagen nicht erlauben. So ist erklärbar, dass NPD-Anwalt Horst Mahler seine Ausführungen zu den Anschlägen über eine Vorfeldorganisation der Partei, das Deutsche Kolleg, publizierte. Der 11. September würde »*das Ende des globalen Kapitalismus und damit das Ende des weltlichen Jahwe-Kultes, des Mammonismus*« markieren.[6] Konkreter wurde er in einem Interview mit der ZDF-Sendung Report acht Tage nach den Anschlägen. Es seien die »*wabernden Finanzmassen, die überall die Volkswirtschaften ruinieren*«. *Deswegen solle die* »*jüdische [Geld-]Macht*« gebrochen werden.[7] Von daher seien die »*militärischen Angriffe... eminent wirksam und deshalb rechtens.*«[8] Als NPD-Mitglied steht Mahler mit dieser Bejahung der Anschläge im Widerspruch zum NPD-Parteiprogramm. Zumindest mache dies jeder, der »*solche Taten für gutheißt*«.[9]

Reinhold Oberlercher vom Deutschen Kolleg steht Mahlers Vernichtungsphantasien kaum nach. In einem von ihm verantworteten Text werden die Anschläge allgemein als »*überfällige[r] Generalangriff des islamischen Mittelalters auf die judäo-amerikanische Zivilisation*« eingeordnet. Danach findet sich eine Abhandlung über das Verhältnis von Judentum und Islam. »*Mit Allah ist Staat zu machen, mit Jahwe nicht. Der Islamismus ist dem Jahwismus geistig und geschichtlich überlegen*«. Die USA sei »*ein geschichtsloses Gebilde, ihr Kern besteht aus den Entwurzelten (Asozialen) Westeuropas... Die Insassen der USA sind kein Volk und leben daher in Sittenlosigkeit*«. Als Konsequenz aus dieser ›Analyse‹ wird »*die Beendigung Israels durch Unterwerfung aller Juden unter die islamische Herrschaft*« gefor-

dert. Außerdem solle die USA aufgelöst und *»in exklusive Siedlungskolonien der verschiedenen Völkerschaften,...zu Siedlungserweiterungsräumen ihrer Muttervölker und Vaterländer gemacht werden«.*[10]

Rassismus

Basierend auf einer der Grundlagen extrem rechten Denkens – dem Rassismus – wird zwischen den Anschlägen und der Einwanderung von Ausländern nach Deutschland eine Verbindung hergestellt. So konstatierte Opposition heute, der e-Mail-Rundbrief der Zeitschrift Opposition, dass die *»beste Terrorabwehr [nicht] funktioniert, wenn man sich die ethnisch, kulturellen und religiösen Konflikte per Einwanderungsgesetz massenhaft ins Land holt«.*[11] Man geht sogar so weit, dass die us-dominierte NATO zuerst Länder bombardiere und als Konsequenz daraus würden *»die Wirtschaftsflüchtlinge die westlichen Gesellschaften«* belasten.[12]

Jürgen Gerg, Vertreter des offen neonazistischen Flügels der NPD, publizierte auf den Internetseiten des NPD-Landesverbandes Schleswig-Holstein ein *»Konkretes Aktionsprogramm zur Bekämpfung der akuten islamischen Bedrohung in unserem Land«.* Dazu gehöre ein Verbot aller islamischen Gruppen, die in Deutschland politische Ziele verfolgen. Hinzu solle eine *»konsequente Rückführung aller auf deutschen Boden lebenden Bürger außereuropäischer Herkunft...innerhalb der nächsten 100 Tage«* kommen.[13]

Bei Alfred Mechtersheimers Deutscher Aufbau-Organisation mutieren neonazistische Schlägerbanden zu einer *»unwirklichen Bedrohung«.* Die potentiellen Opfer rassistischer Gewalt seien die wahren Täter. *»Die Fixierung auf die ›Gefahr von rechts‹ hat von der Bekämpfung der wirklichen Bedrohung durch Extremismus und Gewalt in Deutschland abgehalten. Hunderte von Millionen Mark werden für eine fiktive Bedrohung ausgegeben, die den Sicherheitskräften fehlen«.*[14]

Das nach dem 11. September viel bemühte Schlagwort vom »clash of civilizations« ist die wissenschaftliche Variante eines kulturell hergeleiteten Rassismuses. Er wird etwa von Werner Olles in der Jungen Freiheit propagiert.[15] Die vom Rechtsintellektuellen Samuel P. Huntington entwickelte Theorie geht davon aus, daß das 21.Jahrhundert durch kulturelle Konflikte geprägt sein würde. Der Westen sei der Gefahr ausgesetzt, zuerst *»islamisiert«* und später *»afrikanisiert«* zu werden. Huntingtons Dualismus – der Westen im Kampf gegen den Rest der Welt – gilt bei Kritikern als *»die postmoderne, geokulturelle Variante des alten kolonialen Diskurses«.*[16] Rolf Schlierer zufolge wäre eine Konsequenz aus dieser Weltsicht die Vermeidung einer Vermischung von Kulturen. *»Wer erkannt hat, daß wir in einem ›Kampf der Kulturen‹ zwischen einer ›zivilisierten‹ und einer ›unzivilisierten‹ Welt stehen, darf nicht länger das unterschiedslose multikulturelle Zusammenleben von Menschen aller Kulturen predigen«.*[17]

Rechtsextreme Parteien gingen nach den Anschlägen denn auch mit rassistischen Positionen auf Wählerfang. Der Spitzenkandidat der DVU im Hamburger Wahlkampf verurteilte *»die furchtbaren Anschläge in den USA«.* Im gleichen Atemzug hetzte er gegen *»Gefahrenherde«* der multikulturellen Gesellschaft, *»die auch unser Volk in eine entsetzliche Lage bringen können. Die DVU hat rechtzeitig davor gewarnt, den Bazillus fremder Konflikte durch unkontrollierten Ausländerzustrom nach Deutschland zu importieren.«*[18] Geholfen hat der Rassismus nicht. Magere 0,7 Prozent der Stimmen kamen in Hamburg zusammen.

Die Berliner Republikaner druckten indes in aller Schnelle neue Plakate. Standen vor den Anschlägen die verfehlte Wirtschaftspolitik und die Homosexualität des SPD-Kandidaten im Mittelpunkt des Wahlkampfes, kam nun das Thema Einwanderung hinzu. *»Islamische Fanatiker raus«* lautete die Parole der Rechtsextremen und unterstrich die taktische Nutzung der Anschläge für den Wahlkampf. Auch für die REPs stellte Rassismus keinen Trumpf dar. Ihr Stimmenanteil halbierte sich.

Geschichtsrevisionismus

Die deutsche Rechte verhehlt nicht, dass der Kampf gegen die USA eigenes Großmachtstreben enthält. Statt der Weltmacht USA solle ein »Bollwerk Europa« entstehen. In diesem Europa leben ethnisch und kulturell homogene Völker, eine Position, die sich heute in allen relevanten Strömungen der deutsche Rechten durchgesetzt hat. So tönt etwa Jürgen Gerg über *»eine neue europäischen Hochkultur unter deutscher Führung«.*[19] Einher mit diesen Thesen geht die Umdeutung des Zweiten Weltkrieges zu einem »Bruderkrieg«. *»Durch die Interpretation als europäischer Einigungskrieg... soll der II. Weltkrieg in einen übergeordneten Sinnzusammenhang eingefügt werden. Vor diesem Hintergrund erscheinen die damaligen Kriegsziele (und auch Kriegsverbrechen) als berechtigt.«*[20] Ein Beispiel für diesen Geschichtsrevisionismus lieferte Opposition heute am 9. November: *»Vor 60 Jahren, da marschierten die Wehrmachtssoldaten, die noch heute geschmäht werden, für deutsche und für europäische Interessen. Der Bolschewismus war wirklich eine Bedrohung für die Welt... Die Soldaten der Wehrmacht schützten in einem Präventivkrieg deutsche Interessen«.*[21]

Warum Antiamerikanismus

Die USA ist (nicht nur) in der extrem rechten Lesweise das ultimative Böse schlechthin. War die Nachkriegsgeschichte in Deutschland von der Blockkonfrontation geprägt, änderte sich dies für die extreme Rechte spätestens 1989. In der ersten Ausgabe der Zeitschrift Opposition ist zu lesen, dass nach 1989 *»der noch überlebende Amerikanismus als gravierende Gefahr für alle noch um ihr elementares Lebensrecht besorgten nationalen Kulturen immer mehr ins Schußfeld des allgemeinen Interesses«* gerate.[22]

Im »Schußfeld« sind nicht die weltweiten sozialen und wirtschaftlichen Unterdrückungs- bzw. Ausbeutungsmechanismen. Vielmehr bringt es Rolf Schlierer auf den Punkt. Der Bundesvorsitzende der Republikaner führte die grundlegende Kritik der extremen Recht aus. *»Die multikulturelle Illusion ist mit dem World Trade Center untergegangen«.*[23] Im Zentrum stehen also die Grundpfeiler des universalistischen Selbstverständnises der USA. Die 1776 in der Bill of Rights in Virginia festgelegten unveräußerlichen Menschenrechte und die völkischen Vorstellungen der deutschen Rechten markieren zwei Pole, die gegensätzlicher kaum sein können. Reinhold Oberlercher merkte in der Deutschen Stimme an, dass *»nur ein Einwanderungsland die formelle Staatsnation erfinden [konnte], also die abstruse Vorstellung entwickeln, man werde durch einen behördlichen Akt... zu einem Volksgenossen«.* Das *»Einwanderungsland USA«* sei *»der Todfeind aller gewachsenen Völker«.*[24] Oberlerchers Thesen gipfeln in einem, von ihm verantworteten Text des Deutschen Kollegs mit der *»Verurteilung der Menschenrechte«.*[25]

Die USA ist das Sinnbild eines Schmelztiegels verschiedenster Kulturen, das praktizierte Anti-Beispiel zur völkischen Auffassung von Blut und Boden. Für die Unmöglichkeit dieses melting-pots werden immer wieder Auseinandersetzungen, sogenannte ›Rassenkrawalle‹, herangezogen. *»Stammes-, Gruppen-, Rasseninteressen«* würden immer stärker, schrieb etwa Anton Vergeiner.[26] Die von ihm konstruierten *»ethnischen Bruchlinien«* vernachlässi-

gen die massiven sozialen Benachteiligungen von Einwanderern und Afroamerikanern vollständig.

Im Antiamerikanismus kultiviert die deutsche Rechte den ihr immanenten Verschwörungs- und Verfolgungswahn. In all ihren Publikationen ist festzustellen, dass entweder etwas weggenommen wurde, man eingekreist ist und bedroht wird, oder überhaupt irgendwer irgendwo irgend etwas Finsteres plant. Deswegen ist Antiamerikanismus fast immer mit Antisemitismus gekoppelt.

Beschwerte sich Rolf-Josef Eibicht nach den Anschlägen über ein »*Gebräu der Verschwörungstheoretiker*«[27], bezeichnete er fast zeitgleich »*Deutschland als Opfer der Geschichte und fremder Mächte im 20. Jahrhundert!*«.[28] Laut Deutschem Kolleg befände sich das »*Deutsche Reich … im Krieg seit 1914. Seine Feinde sind entschlossen, das Reich zu vernichten und das Deutsche Volk auszulöschen*«.[29] Manfred Aengenvoort, graue Eminenz der NPD, schreibt, dass die USA als »*raumfremde Macht*« den europäischen Mächten »*zu Hilfe kommen [mußte]*«, da diese im ersten und zweiten Weltkrieg nicht »*in der Lage waren … Deutschland zu vernichten*«.[30] Quasi als Weiterführung dieses ›Krieges‹ wird die ›Umerziehung‹ der Deutschen nach 1945 gesehen. Mit dieser »Re-Education« wurden »*die Deutschen von ihren ›Befreiern‹ umgepolt*«.[31] Gemeint ist damit die systematische Bekämpfung der nationalsozialistischen Ideen nach Kriegsende.

Für deutsche Rechtsextremisten ist klar, dass die USA die Anschläge vom 11. September irgendwie verdient haben. Deren eurozentristischer Blick erleichtert es darauf hinzuweisen, dass im Kern doch Deutschland das eigentliche Opfer sei. Gehören Rassismus und Geschichtsrevisionismus schon zum Standardrepertoire der (deutschen) Rechtsextremisten, entlarvt sich gerade die antiimperialistische / antikapitalistische Variante des Antiamerikanismus – der Befreiungsnationalismus – als irreführende Worthülse. Geht es doch um nichts anderes als die Dominanz Deutschlands in Europa und die europäische Dominanz in der Welt.

Anmerkungen

1 Aktionsbüro Norddeutschland, 12.09.2001: *Weltpolizei USA traf der »Tod von Oben«.*

2 Pressemitteilung Bündnis Rechts, 12.09.2001: Terror gegen Amerika. Die »Ostküste« ist gängiges Synonym für die, vermeintlich jüdisch dominierten, Machtzentren in Washington, New York etc. an der Atlantikküste.

3 Unabhängiger Rundbrief-Rundbrief kritischer Nationalisten, Nr.4, 2001, S.5: Meinung, von Steffen Hupka.

4 Pressemitteilung, 13.09.2001: *Erklärung des Parteivorstandes zum Terroranschlag in den USA. Rot-Grün führt Deutschland in den Krieg!*

5 Pressemitteilung, 25.09.2001: *Diesjähriger Bundeskongreß erfolgreich verlaufen.*

6 Deutsche Kolleg, 12.09.2001: *Independence day live.*

7 zitiert nach: Bundestags-Drucksache 14/6994: *Reaktionen von Rechtsextremisten auf die Terroranschläge in den USA.*

8 FN 7

9 FN 6

10 Deutsches Kolleg, 01.11.2001: *Der Untergang des judäoamerikanischen Imperiums.*

11 Opposition heute, Nr.25 (21.09.2001): *An die Arbeit.*

12 Opposition heute, Nr.28 (02.10.2001): *Wo liegen die Ursachen der Migration?*

13 FN 8

14 Nation&Europa, Nr.10, 2001, o.S.: *Globalisierung der Gefahren.* Erklärung der Deutschen Aufbau-Organisation zum Terror-Angriff auf die USA und die Folgen.

15 Junge Freiheit, Nr.39, 2001: *Allah gegen Mickymaus. Vom Ende der Spaßgesellschaft: Die These vom Kampf der Kulturen droht sich zu bewahrheiten,* von Werner Olles.

16 Gazi Caglar, *Der Mythos vom Krieg der Zivilisationen,* München 1997, S.14.

17 Pressemitteilung, 12.09.2001: *Republikaner bekunden Mitgefühl mit den Opfern.*

18 Aktuelle Informationen der DVU, 13.09.2001: *Anschläge in USA.*

19 Unabhängiger Rundbrief-Rundbrief kritischer Nationalisten, Nr.4, 2001, S.1: Kommentar, von Jürgen Gerg.

20 Gideon Botsch, *Zur Kontinuität nationalsozialistischer Europa-Konzeptionen nach 1945: Studien zum Europabild des frühen Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland,* Diplomarbeit, 1997, S.73.

21 Opposition heute, Nr.38 (09.11.2001): *Siehst Du im Osten das Morgenrot?*

22 Opposition, Nr.1, 1998, S.3: *Was die Welt Amerika verdankt,* von Gustav Sichelschmidt.

23 Pressemitteilung, 12.09.2001: *Republikaner bekunden Mitgefühl mit den Opfern.*

24 DS, Nr.2, 2000, S.1: *Entwurzelung,* von Reinhold Oberlercher.

25 Deutsches Kolleg, 20.07.2001: *Verurteilung der Menschenrechte.*

26 Opposition, Nr.1, 1998, S.63: *Der Melting Pot hat Risse,* von Anton Vergeiner.

27 Rolf-Josef Eibicht: 01.11.2001: *Militäraktionen gegen den Terrorismus entsprechen auch zutiefst deutschem Sicherheitsinteresse – Brachialer ideologischer Antiamerikanismus führt die deutsche Rechte nur noch tiefer in den Sumpf!*

28 Rolf-Josef Eibicht, o.J.: *Was ist ›rechts‹ und wozu? Das Nationale ist das eigentlich Humane!*

29 Deutsches Kolleg, 03.10.2001: *Den Völkern Freiheit. Den Globalisten ihr globales Vietnam.*

30 Holger Apfel (Hg.): *Alles Große steht im Sturm,* Stuttgart 1999, S.60.

31 Opposition, Nr.1, 1998, S.21: *Am Anfang war die Umerziehung,* von Franz Georg-Willing.

Die Rückseite von »Nation & Europa« 10/2000 zeigt die rechtsextremistische Gleichsetzung der alliierten Bombardements auf das nationalsozialistische Deutschland mit den Anschlägen vom 11. September.

Thesen

zum Regierungsentwurf für ein Zuwanderungsgesetz

Die im Regierungsentwurf vom 07. November 2001 vorgesehenen Möglichkeiten der Arbeitskräftezuwanderung sollen offenbar zur Begründung massiver Einschränkungen des Asyl- und Flüchtlingsrechts sowie des Ausländerrechts dienen. Das Ausmaß der Verschärfungen ist – zusammengenommen mit den inzwischen auch in den Zuwanderungsgesetzentwurf eingearbeiteten Einschränkungen des Ausländer- und Asylrechts durch das Anti-Terror-II Paket – vergleichbar mit den Einschränkungen durch den *»Asylkompromiss 1993«*.

Der Zuwanderungsgesetzentwurf besteht aus folgenden Teilen: Dem das bisherige Ausländergesetz ersetzenden »Aufenthaltsgesetz«, dem ebenfalls völlig neu gefassten Freizügigkeitsgesetz, umfangreichen Änderungen des Asylverfahrensgesetzes und des Ausländerzentralregistergesetzes, Änderungen sozial- und leistungsrechtlicher Gesetze sowie weiteren Änderungen.

1. Neue Möglichkeiten der Arbeitskräftezuwanderung für Nicht-EU-AusländerInnen

Nur vier von 105 Paragrafen des Aufenthaltsgesetzentwurfs regeln die Zuwanderung von Arbeitskräften. Die neuen Möglichkeiten beinhalten jedoch – auch für ausländische AbsolventInnen deutscher Hochschulen – keinerlei Rechtsansprüche. Ihre Umsetzung liegt im politischen Ermessen der Bundesministerien des Inneren und für Arbeit, der Arbeitsämter, des (neuen) Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge sowie des Bundesrates.

Angesichts hoher Arbeitslosigkeit ist mit einer eher vorsichtigen, restriktiven und ängstlichen Handhabung zu rechnen. Innenminister Otto Schily hat erklärt, mit den ersten Zuwanderern nach dem Punktesystem sei erst im Jahr 2010 zu rechnen.

Somit kann theoretisch zwar mehr Arbeitskräftezuwanderung als nach den geltenden Rechtsverordnungen stattfinden. Derzeit gibt es ca. 350.000 Arbeitsaufenthaltserlaubnisse pro Jahr, davon ca 230.000 für Saisonarbeitskräfte. Viel wahrscheinlicher wird es aber weniger Arbeitskräftezuwanderung als bisher geben.

Als **Rechtsverordnung des Bundesinnenministeriums gemäß § 10 AuslG mit Zustimmung des Bundesrates** könnte eine Änderung der Ausweitung des Berechtigtenkreises z.B. auf Hochschulabsolventen, auf qualifizierte Fachkräfte aller Branchen, Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen statt -bewilligungen – entsprechend der bisherigen Regelung für IT-Fachkräfte – **kurzfristig** neue Zuwanderungsmöglichkeiten eröffnen. Und zwar ohne Gesetzgebungsverfahren und wesentlich schneller als mit Hilfe eines komplett neuen Ausländer- und Asylrechts.

Für gesetzgeberische Hektik und künstlichen Zeitdruck besteht keinerlei Anlass.

2. Massive Restriktionen für hier lebende MigrantInnen

Das Recht wird durch die Vielzahl vorgesehener zweckgebundener befristeter Aufenthaltstitel nicht einfacher, sondern komplizierter als bisher.

Der Zugang zu einem **dauerhaften Aufenthaltsrecht** wird durch die Abschaffung der unbefristeten Aufenthaltserlaubnis und die erheblich verschärften Anforderungen an die an Stelle der Aufenthaltsberechtigung tretende (unbefristete) Niederlassungserlaubnis wesentlich erschwert. Gefordert wird nun u.a. der Nachweis von 60 Rentenversicherungsbeiträgen, ausreichender schriftlicher statt einfacher mündlicher Sprachkenntnisse und die Einführung einer Staatsbürgerkundeprüfung.

Der **Kindernachzug** wird in ausländerpolitisch, verfassungs- und europarechtlich fragwürdiger Weise beschränkt, z.B. durch Nachzug der Kinder grundsätzlich nur bis 13 Jahre, und Sprachprüfungen ab 14 Jahren.

Das Gesetz ist auf Intellektuelle zugeschnitten, nicht aber auf die Mehrzahl der real in Deutschland lebenden, meist als Gastarbeiter eingewanderten ArbeitsmigrantInnen.

3. Einschränkungen des Asylrechts

Die von Zuwanderungskommission und Menschenrechtsorganisationen bemängelten Schutzlücken werden durch die vorgesehene Anerkennung **nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung** zum Teil geschlossen.

Andere Schutzlücken bleiben bestehen, insbesondere

- keine Anerkennung der **UN-Kinderrechtskonvention**
- bei drohender **Gefahr für Leib und Leben oder die Freiheit** ganzer Bevölkerungsgruppen darf dem davon betroffenen Ausländer - wie etwa Roma aus dem Kosovo - Schutz nur gewährt werden, wenn das Innenministerium für diese Gruppe einen formellen Abschiebestopp erlassen hat. Solche Abschiebstopps wurden in den vergangenen Jahren jedoch in keinem einzigen Fall mehr erlassen.

Hinzu kommen *neue Schutzlücken* durch die Erweiterung rein formal begründeter Ablehnungsmöglichkeiten:

- die generelle Nichtanerkennung von **Nachfluchtgründen**, d.h. rein formal begründete Ablehnung politischer Verfolgter, wenn die Verfolgung auf exilpolitischen Aktivitäten beruht. Flüchtlinge, die sich erst in Deutschland gegen die Taliban engagiert haben, könnten demzufolge nach Afghanistan abgeschoben werden,
- der **Verweis von Erstantragstellern auf das Folgeverfahren** und damit verbunden die Ausweitung rein formal begründeter Ablehnungsmöglichkeiten **ohne jede inhaltliche Prüfung der Schutzbedürftigkeit** des Asylantragstellers, wenn der Asylbewerber verspätet seiner Verteilung zur zugewiesenen Aufnahmeeinrichtung nachkommt,
- die neue gesetzliche Möglichkeit des Bundesamtes, über Asylanträge von Antragstellern

bestimmter Herkunftsländer auf unbestimmte Zeit **überhaupt nicht mehr zu entscheiden**,

- sowie durch die Einschränkungen des ausländerrechtlichen Flüchtlingsschutzes (s.u.).

4. Einschränkungen des ausländerrechtlichen Flüchtlingsschutzes

Kriegsflüchtlinge können bereits bisher im Regelfall kein Asylrecht erhalten. Wegen **Krankheit oder Behinderung Schutzbedürftige**, aus rein formalen Gründen abgelehnte Asylsuchende sowie weitere Gruppen sind ebenfalls auf ausländerrechtlichen Abschiebeschutz angewiesen. Infolge der geplanten Verschärfungen des Asylrechts wird die Zahl der auf ausländerrechtlichen Schutz angewiesenen Flüchtlinge größer als bisher.

Die angebliche **Abschaffung der Duldung** ist nur teilweise zutreffend. Tatsächlich soll die Duldung durch eine »Bescheinigung« ersetzt und dadurch vor allem die Abschiebung der Betroffenen wesentlich erleichtert werden. So entfällt die bisherige Pflicht zur Ankündigung einer Abschiebung bei mehr als 12-monatigem Besitz einer Duldung. Hinzu kommen künftig ein absolutes Arbeitsverbot sowie der Entzug auch bereits erteilter Arbeits- und Ausbildungserlaubnisse. Diese »Bescheinigung« ist noch weniger wert als eine Duldung, sie bedeutet einen Schritt in Richtung Illegalisierung der 250.000 bisher Geduldeten.

Der anstelle der Duldung angeblich vorgesehene **Aufenthaltstitel nach §25 Abs. 4-5 Aufenthaltsgesetz** wird – ebenso wie bisherige Aufenthaltsbefugnis – im Regelfall an den Hindernissen Sozialhilfebedürftigkeit oder »illegale Einreise« scheitern. Flüchtlinge haben in der Regel jedoch keine Möglichkeit einer legalen Einreise, sie sind wegen des faktischen oder tatsächlichen Arbeitsverbots meist auch auf Sozialhilfe angewiesen. Da Inhaber einer Bescheinigung künftig generell nicht mehr arbeiten dürfen, können sie schon deshalb keinen humanitären Aufenthaltstitel mehr erhalten.

Bisherige Duldungsinhaber können einen **Aufenthaltstitel nur in wenigen Ausnahmefällen** erhalten, nämlich bei Vorliegen eines gesetzlichen Abschiebungsverbots im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention, der Europäischen Menschenrechtskonvention oder Artikel 1 und 2 Grundgesetz. Nur in diesen Fällen – nach Einschätzung von PRO ASYL sind das **etwa 6 Prozent aller 250.000 Inhaber einer Duldung** – kann ein Aufenthaltstitel trotz Sozialhilfebedürftigkeit oder »illegaler Einreise« erteilt werden. Der Aufenthaltstitel darf aber auch in diesen Fällen nicht erteilt werden, wenn nach Auffassung der Behörde die fiktive Ausreisemöglichkeit in einen beliebigen Drittstaat besteht. Es ist davon auszugehen, dass die Ausländerbehörden in der Praxis immer neue Ausreisemöglichkeiten »erfinden« werden, um die Erteilung eines Aufenthaltstitels zu verhindern, und dass der Betroffene jedesmal aufs neue den Nachweis führen muss, dass ihn der betreffende Drittstaat nicht einreisen lässt.

Legalisierungsregelungen für in Deutschland lebende oder arbeitende AusländerInnen ohne Status sind weder vorgesehen noch überhaupt in der Diskussion.

5. Mehr Asylbewerberleistungsgesetz für alle

Das Asylbewerberleistungsgesetz, d.h. die Kürzung der Sozialhilfe und Sachleistungen für die ersten drei Jahre in Form von Lebensmittelpaketen, Sammellager und eingeschränkter medizinischer Versorgung, soll auf bisherige Inhaber einer **Aufenthaltsbefugnis** ausgeweitet werden. Unter das Asylbewerberleistungsgesetz sollen auch alle Ausländer mit **humanitären Aufenthaltstitel** fallen. Das betrifft Kriegsflüchtlinge, Kranke und Behinderte, Flüchtlinge mit Bleiberecht aufgrund der Altfallregelung etc.. Ausnahmen sollen lediglich bei Asylberechtigten, Konventionsflüchtlingen und Flüchtlingen mit Aufenthaltstitel aufgrund der Europäischen Menschenrechtskonvetion, drohender Folter oder Todesstrafe gemacht werden.

6. Kaum noch Arbeitsmöglichkeiten für Asylsuchende und Flüchtlinge

Im Unterschied zu geduldeten Flüchtlingen dürfen Flüchtlinge mit »**Bescheinigung**« künftig generell nicht mehr arbeiten, bereits erteilte Arbeitserlaubnisse werden entzogen. Die Arbeitserlaubnis für Flüchtlinge mit **humanitären Aufenthaltstitel** liegt – mit Ausnahme Asylberechtigter und Konventionsflüchtlinge – lediglich im Ermessen der Behörden.

Für **Asylsuchende** wird ein 12-monatiges Arbeitsverbot gesetzlich festgeschrieben, anschließend liegt die Arbeitserlaubnis im Ermessen der Behörden. Globale Arbeitsverbote - wie etwa die Berufsverbotelisten in Nordrhein Westfalen - sollen erleichtert werden. Die individuelle Arbeitsmarktprüfung kann durch arbeitsmarktpolitische Erwägungen der Behörden ersetzt werden.

Die Behauptung im Schily-Eckpunktepapier vom 05. November, »*Inhaber des ›kleinen Asyls‹ erhielten – wie bislang nur die Asylberechtigten – ungehinderten Arbeitsmarktzugang*« ist **unwahr**. Inhaber des ›kleinen Asyls‹ erhalten schon bisher aufgrund der Genfer Flüchtlingskonvention wie auch aufgrund des deutschen Arbeitsgenehmigungsrechts ungehinderten Arbeitsmarktzugang .

7. Erweiterte ausländerpolizeiliche Restriktionen

Die **Residenzpflicht** wird nicht etwa abgeschafft, sondern ausgeweitet: Neben Asylbewerbern sind davon künftig auch Flüchtlinge mit »Bescheinigung«, ausreisepflichtige »illegalisierte« Flüchtlinge und ein Teil der Flüchtlinge mit humanitärem Aufenthaltstitel betroffen.

An den Strafbestimmungen des besonderen »Ausländerstrafrecht« bzw. »Schlepperparagrafen« – wegen illegaler Einreise oder illegalem Aufenthalt oder der Unterstützung von AusländerInnen bei diesen »Taten« – sowie der Kriminalisierung von Kirchenasyl und Sozialarbeit mit Illegalen wird festgehalten.

- Ein **neuer Ausweisungsgrund** wegen Einschleusens von AusländerInnen einschließlich der Beihilfe zum illegalen Aufenthalt wird eingeführt.

Die Regelungen zur Ausweisung von »Straftätern« nach der Strafhaft – die sogenannte »Doppeltbestrafung« – werden übernommen. Ein **neuer Straftatbestand** der Verweigerung oder durch falsche Angaben zu Identität und Staatsangehörigkeit wird geschaffen.

Durch den erschwerten Zugang zur Niederlassungserlaubnis wird die Ausweisung im Ergebnis weiter erleichtert. In Deutschland geborene Jugendliche mit ausländischem Pass sollen wie bisher in ein Land abgeschoben werden können, in dem sie nie gelebt haben, wenn sie zu einer Haftstrafe von drei Jahren verurteilt wurden. Der Fall »Mehmet« ist auch künftig möglich.

- Zahlreiche **neue Ausweisungsmöglichkeiten** werden mit dem ausländerrechtlichen Teil des Anti Terror-Pakets ins Aufenthaltsgesetz übernommen, darunter die Ausweisung wegen »Gefährdung der freiheitlich demokratischen Grundordnung«, oder wegen falscher oder unvollständiger Angaben über »frühere Aufenthalte in Deutschland oder

anderen Staaten« oder über Verbindungen zu Personen oder Organisationen, die der Unterstützung des internationalen Terrors verdächtigt werden.

• Zudem ist der »**Sofortvollzug**« **aller** »**Ist-**« **und** »**Regel-**« **Ausweisungen** vorgesehen. Das heisst, es gibt keine aufschiebende Wirkung des Widerspruchs und der Klage mehr, nur noch eingeschränkter Rechtsschutz im Eilverfahren ist möglich.

Die Datenerfassung und -übermittlung nach dem Aufenthaltsgesetz und Ausländerzentralregistergesetz wird umfassend ausgeweitet, u.a. durch

• die **biometrische Erfassung** aller hier lebenden Ausländer und Visaantragsteller und den **maschinenlesbaren** Eintrag der Daten in deren Pässe, Visa bzw. Ausweisersatzpapiere. Grundlage ist eine Rechtsverordnung des Bundesinnenministeriums. Außerdem geplant ist die Erfassung einer Sprechprobe von Ausländern,

• die **Überprüfung und Erfassung der Daten von Einladern und Visaantragstellern** beim Verfassungsschutz, Bundeskriminalamt, den Landeskriminalämtern, dem Bundesnachrichtendienst, Militärischen Abschirmdienst, BGS, Zoll und Polizei,

• an der sogenannten »**Denunziationspflicht**« – etwa bei der Inanspruchnahme medizinischer Versorgung oder beim Schulbesuch von Kindern ohne aufenthaltsrechtlichen Status – wird festgehalten.

Die Einweisung von Flüchtlingen in Sammellager soll ausgeweitet werden. An den asylverfahrens- und asylbewerberleistungsrechtlichen Bestimmungen zur Einweisung in Gemeinschaftsunterkünfte und Versorgung mit Vollverpflegung bzw. Lebensmittelpaketen wird festgehalten. **Residenzpflicht** und wohl auch Verteilung treffen künftig auch Kriegsflüchtlinge und Flüchtlinge mit Bescheinigung.

Illegalisierte sowie ausreisepflichtige Ausländer und Flüchtlinge sollen unter dem Vorwurf des Missbrauchs in zentrale »Ausreiseeinrichtungen« eingewiesen werden. Derartige – mit einem Missbrauchsvorwurf verbundene – Sonderlager können als Beitrag zur geistigen Brandstiftung wirken, wie die Ereignisse 1992 in Rostock gezeigt haben.

Die Regelungen zur Abschiebungshaft bleiben entgegen der Rot-Grünen Koalitionsvereinbarung unverändert. Es ist davon auszugehen, dass infolge der Illegalisierung durch die Verschärfungen des Asyl- und Flüchtlingsrechts sowie durch die zu erwartende Weigerung vieler Ausländer, in einer Ausreiseeinrichtung zu leben, vermehrt Tatbestände geschaffen werden, die dann eine Abschiebehaft begründen würden.

Georg Classen, Flüchtlingsrat Berlin

Entwürfe Zuwanderungsgesetz und Anti-Terror II und Stellungnahmen dazu:
http://www.proasyl.de/presse01/aktuell.htm
und http://www.dbein.bndlg.de/action

Fotos: fotografenagentur version

Wer sich umdreht oder lacht ..

Innere und äußere Sicherheit – die Zweite.

Anfang November wurde das neue Anti-Terror-Paket nach Schilys Vorlage beschlossen. Der Widerstand aus der Bevölkerung war marginal, obwohl ein Ohnmachtsanfall den nächsten jagt, schaut man sich die einzelnen Maßnahmen an.

Der Chaos Computer Club hat am 22. Oktober eine Stellungnahme zu der Schilyvorlage auf seiner Website gepostet. Darin beziehen die SchreiberInnen kritisch Stellung zu verschiedenen Teilen des geplanten Paketes. An einigen Stellen ist die Kritik durch die Neuerungen in der beschlussfähigen Vorlage überholt, in vielen Punkten erscheint sie uns der Auseinandersetzung wert.

Dem revisionistischen Auswuchs moralischer Argumentation, das Tragen eines gelben Sterns zum Kennzeichen der Religionszugehörigkeit innerhalb möglicher Rasterfahndungskriterien zu imaginieren, stehen wir allerdings verständnislos gegenüber. Im Folgenden sollen noch einmal die Highlights des zweiten Anti-Terror-Paketes skizziert werden. Im Anschluss findet sich die besagte Stellungnahme.

Facts about Sicherheitspaket

Dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) wird mit dem Gesetzesentwurf des zweiten Sicherheitspaketes eine Reihe von Kompetenzen eingeräumt. In Zukunft wird es zu seinen Aufgaben gehören, »*Informationen über Bestrebungen zu sammeln, die sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung und gegen das friedliche Zusammenleben der Völker richten*« und diese auszuwerten. Dazu wird das BfV auch bemächtigt, u.U. bei Kreditinstituten, Finanzdienstleistungsinstituten und Finanzunternehmungen, Luftfahrtunternehmen und Unternehmen, die Telekommunikationsdienste und Teledienste erbringen, Auskünfte einzuholen. Es darf technische Mittel einsetzen, die der Lokalisierung eingeschalteter Mobiltelefone und der Ermittlung von Geräte- und Kartennummer dienlich sind.

Der Militärische Abschirmdienst (MAD) wird mit ähnlichen Kompetenzen ausgestattet, darf allerdings keine Auskünfte bei den genannten Instituten und Unternehmen einholen.

Anders der Bundesnachrichtendienst (BND). Er ist berechtigt, Auskünfte bei Kreditinstituten, Finanzdienstleistungsinstituten und Finanzunternehmen einzuholen bezüglich Konten, KonteninhaberInnen oder sonstigen Berechtigten, außerdem zu Zahlungsverkehr, Geldbewegungen und -anlagen.

Die so genannte Initiativermittlungskompetenz des BKA, die beinhaltet, Ermittlungen ohne Verdacht und ohne Anweisung von Anklagebehörden zu führen, ist nicht im Paket enthalten.

Dafür soll die Zentralstellenkompetenz des BKA gestärkt werden. Die Informationsbeschaffung zur Ergänzung vorhandener Sachverhalte und zur Durchführung von Auswerteprojekten wurde ihm erleichtert. Wenn das BKA als Zentralstelle Anhaltspunkte für Straftaten hat, kann es selbst ergänzende Informationen erheben, ohne, wie bisher, erst mit Bundes- oder Länderpolizeien abklären zu müssen, wer über solche Informationen verfügt.

Weiterhin wird dem BKA die originäre Ermittlungskompetenz für bestimmte, schwere Formen von Netzkriminalität erteilt. Als »schwer« werden die Taten eingestuft, die zu erheblichen Auswirkungen auf die innere und äußere Sicherheit der BRD führen oder gegen Stellen gerichtet sind, deren Störung oder Ausfall für große Bevölkerungsgruppen nachhaltige Versorgungsengpässe bedeutete oder sonstige kritische Folgen hätte. Näher beschrieben ist diese Kategorie nicht.

Zu den Aufgaben des BGS gehört es demnächst, bewaffnetes Flugbegleitpersonal in Flugzeugen deutscher Luftfahrtunternehmen zu stellen. Des Weiteren ist es ihm künftig gestattet, Ausweiskontrollen bei befragungs- und auskunftspflichtigen Personen durchzuführen. Bislang war es ihm »nur« möglich, Personen anzuhalten und zu befragen, die sachdienliche Auskünfte im Rahmen der Erfüllung von Aufgaben, die dem BGS übertragen sind, machen können. So soll es gelingen, die gewonnenen Informationen zu einem späteren Zeitpunkt noch verifizieren und stichhaltig nutzen zu können.

In den Pass oder Personalausweis können neben Lichtbild und Unterschrift weitere biometrische Merkmale von Gesicht, Händen oder Fingern aufgenommen werden. Weiterhin besteht die Möglichkeit, die Merkmale in mit Hilfe von Sicherheitsverfahren verschlüsselter Form in das Ausweisdokument zu integrieren. In einem computergestützten Verfahren wird es möglich sein, die Identität der DokumentinhaberInnen mit der der kontrollierten Personen abzugleichen. Die zentrale Speicherung aller Datensätze wird es (noch?) nicht geben.

Der Informationsfluss zwischen dem Bundesamt für die Anerkennung Ausländischer Flüchtlinge (BAFI) und den Ausländerbehörden als auch den Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder soll angekurbelt werden. BAFI und Ausländerbehörden sollen gegebenenfalls ihnen bekannte Details aus Vorhaben und Tätigkeiten weitergeben, zu denen die Verfassungsschutzbehörden Informationen sammeln und auswerten.

Im Asylverfahren können Sprachaufzeichnungen, »*anhand derer eine identitätssichernde Sprachanalyse zur Bestimmung der Herkunftsregion erfolgen kann*«, gemacht werden. Die AsylbewerberInnen müssen davon in Kenntnis gesetzt werden, von der Möglichkeit zur Weigerung ist aber nicht die Rede.

Um den Zugriff der Sicherheitsbehörden langfristig zu ermöglichen, werden Fingerabdrücke und andere identitätssichernde Merkmale, die während des Asylverfahrens aufgenommen werden, für zehn Jahre ab dem Zeitpunkt der Unanfechtbarkeit der Asylentscheidung aufbewahrt. Außerdem können die Fingerabdrücke von AsylbewerberInnen in Abgleich mit dem polizeilichen Tatortspurenbestand des BKA überprüft werden.

Die Visadatei des Ausländerzentralregisters enthielt bislang Daten über Visaanträge. Künftig wird sie zu einer Visaentscheidungsdatei umgebaut. Die Einreisenden sollen so noch besser kontrolliert werden. Polizeibehörden können sofort feststellen, ob sich AusländerInnen legal in der BRD aufhalten.

Des Weiteren gab es Änderungen im Ausländergesetz. Sie »*sehen vor, dass Personen, die terroristische oder gewaltbereite Aktivitäten begehen oder unterstützen, keine Visa oder Aufenthaltsgenehmigungen erhalten und einem Einreise- und Aufenthaltsverbot in Deutschland unterliegen. Zur Versagung der Einreise genügt bereits die Feststellung einer Gefährdung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland.*«

Damit in Zusammenhang steht die Ausweitung der so genannten Regelausweisungstatbestände. Ausgewiesen werden darf von nun an, wer nach den neuen Einreiseregeln nicht drin sein dürfte.

Im selben Zug wird der Abschiebungsschutz für politische Flüchtlinge eingeschränkt. Was das konkret bedeutet, war in dem Gesetzeskatalog nicht näher ausgeführt.

Bereits im ersten Sicherheitspaket wurde das Vereinsgesetz verschärft. Extremistische Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen sowie auch alle übrigen Vereine können verboten werden, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür vorliegen. Welche das sein könnten, ließ sich per Recherche ebenfalls nicht herausfinden. In Schilys Vorlage richten sich die gewünschten staatlichen Handlungsoptionen jedoch vor allem gegen »*extremistische Ausländervereine und ausländische Vereine*« (...) »*insbesondere dann, wenn diese Vereine durch ihre Tätigkeit einen Nährboden für Terrorismus und Intoleranz bereiten und zur Unterstützung entsprechend ausländischer Organisationen aufrufen, Spenden sammeln oder ›Kämpfer‹ rekrutieren.*« Einer solchen kollektiven Betätigung von Ausländern kann nun also entschieden entgegengetreten werden, um rechtzeitig »mögliche Gefahren« abzuwehren.

FelS

Stellungnahme des Chaos Computer Club e.V. zu den Vorstellungen des Bundesministeriums des Innern zur Terrorismusbekämpfung

Bislang hat das Bundesinnenministerium die nach den Terroranschlägen des September 2001 ausgearbeiteten Vorschläge für Maßnahmen bzw. Gesetzesänderungen und -ergänzungen nicht offiziell zur öffentlichen Diskussion gestellt. Trotzdem sind die entsprechenden Dokumente teilweise im freien Umlauf verfügbar.[1]

In einem demokratischen Rechtsstaat muss jedoch auch das Gebot der Transparenz der für die Sicherheit zuständigen Behörden, der Gesetzgebers und letztlich der Regierung herrschen, damit der Bürger sich frei informieren und an der Diskussion beteiligen kann. Das Internet schafft hier eine Grundlage, die Kommunikation zwischen Staat und Bürger zu verbessern.

Die derzeitige Handlungsweise des Innenministers und seiner Behörde, im Verborgenen Vorschläge und Gesetzesentwürfe auszuarbeiten, die weit reichende Einschränkungen bisheriger Grundrechte und eine starke Ausdehnung staatlicher Überwachungsmaßnahmen beinhalten, kritisieren wir daher aufs Schärfste.

Im Folgenden möchten wir unseren Beitrag dazu leisten, die Diskussion um die Bekämpfung des Terrorismus zu versachlichen und die ausgearbeiteten Maßnahmen im Bezug auf ihre Zielgerichtetheit, aber auch ihrer Schädlichkeit im Sinne einer auf Selbstbestimmungsrechten beruhenden Demokratie zu bewerten.

Angesichts der Fülle der vorgeschlagenen bzw. ausgearbeiteten Maßnahmen ließ es sich nicht vermeiden, sich in dieser ersten Stellungnahme zunächst auf die unmittelbar den Bereich Datenschutz, Telekommunikation und Überwachungstechnologien betreffenden Maßnahmen zu beschränken.

Ein Mehr an Überwachung bedeutet nicht mehr Sicherheit. Überwachungsmaßnahmen bringen immer auch die Frage nach der Überwachung derjenigen auf, denen Überwachungsmaßnahmen zugestanden werden. In der deutschen Geschichte gibt es genug Beispiele, wie mangelnde Kontrolle staatlicher Befugnisse letztlich demokratische Prinzipien ad absurdum führt.

Erhebung biometrischer Merkmale in Personaldokumenten (Reisepass etc.)

Die öffentliche Aussage des Innenministers Schily, Fingerabdrücke in Personaldokumenten zur Erhöhung der Fälschungssicherheit einzuführen, vermag nicht über die praktischen Probleme und Gefährdungen einer solchen Maßnahme hinwegzutäuschen.

Die erkennungsdienstliche Behandlung (aufgrund Pauschalverdächtigung) der Gesamtbevölkerung bringt nicht nur einen enormen organisatorischen, technischen und somit auch finanziellen Aufwand mit sich, der von ihr hervorgebrachte Zugewinn an Sicherheit muss als fragwürdig bezeichnet werden:

- Fingerabdrücke scheiden als eindeutige Merkmale ohnehin aus (nicht verwechslungssicher)
- andere biometrische Merkmale (Iris, Körper- und Gesichtsmerkmale) bringen wiederum die Frage nach dem technischen Aufwand der Erfassung und der Sicherheit gegenüber Verwechslung mit sich
- der Datenabgleich mit anderen Datenbeständen bringt angesichts der technischen Unzulänglichkeiten biometrisch erfasster Merkmale entscheidende Probleme mit sich (Verdächtigungen aufgrund rein biometrisch erfasster Daten)
- die Speicherung von biometrischen Merkmalen im Personaldokument löst mitnichten das Problem der Verfälschbarkeit, sondern bringt es wiederum hervor. Holographische Bilder und Druckerzeugnisse sind – mit überschaubarem finanziellen Aufwand – ebenso verfälschbar und kopierbar wie sonstige Verfahren.

Entscheidendes Problem ist aber der vom Bundesinnenminister offenbar favorisierte Vorschlag der Unterbringung von »verdeckten« bzw. »verschlüsselten« Merkmalen in den Personaldokumenten. Damit wird dem BürgerInnen und Bürgern die Möglichkeit entzogen, gegen etwaige Verwechslungen bzw. falsch erhobene bzw. fälschlich zugeordnete Merkmale vorzugehen.

Erhebung von Sprachmerkmalen bzw. Sprachaufzeichnungen von Ausländern

Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz hat zurecht angemerkt, dass zunächst einmal die Frage der Erfassung geklärt werden muss. Wenn Asylbewerber bzw. geduldete Ausländer im Rahmen einer Befragung aufgezeichnet werden, wird ja nicht nur ihre Sprache, sondern auch der Inhalt ihrer Antworten aufgezeichnet. Dieses Problem entfällt bei einer separaten Sprachaufzeichnung (»Sprechprobe«).

Durch eine solche Sprachaufzeichnung kann aber nicht nur eine Stimmanalyse zur Bestimmung des Herkunftslandes durchgeführt werden, die Erhebung von Sprachaufzeichnungen zur Identifikation (sogenannte Sonagramme) hätte weit reichende Auswirkungen.

Auch wenn technisch die Identifikation von Personen beim weitflächigen Abgleich mit Aufzeichnungen aus der Telekommunikation möglich ist, so ist die Verwertung von Sonagrammen bereits 1986 vom Bundesgerichtshof als fragwürdig bezeichnet worden. Ebenso wie bei anderen biometrischen Merkmalen muss der Beweiswert aufgrund von Verwechslungsgefahr relativiert werden.

Speicherung der Religionszugehörigkeit von Asylbewerbern und geduldeten Ausländern

Der Vorschlag einer Speicherung der Religionszugehörigkeit zur Verwendung als Verdachtsmerkmal im Rahmen der Rasterfahndung kollidiert mit Artikel 3 Grundgesetz, das Benachteiligung auf Grund von religiöser Anschauung verbietet:

GG, Artikel 3, Absatz 3: *Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.*

Die Erhebung und Speicherung der Religionszugehörigkeit und die anschließende pauschale Verdächtigung aller z.B. muslimischen Studenten bzw. Mitbürger kann also kaum als verfassungskonform bezeichnet werden.

Zur Verdeutlichung des Missbrauchspotentials hätte das Innenministerium ebenso eine Tragepflicht eines äußeren Identifikationsmerkmals (gelber Stern an der Jacke o.ä.) bei einer Erfüllung der Rasterfahndungskriterien (muslimisch, studentisch, bisher nicht vorbestraft/aufgefallen) vorschlagen können.

Originäre Ermittlungskompetenzen des BKA im Bereich der Hochtechnologie-Kriminalität

Die Auflistung von Vorschlägen zur Bekämpfung von Computerkriminalität in einem Papier des Innenministeriums zur Terrorismusbekämpfung wirft zunächst die Frage nach dem Zusammenhang auf. Gerade die Terroranschläge der letzten Wochen sind dem Bereich der »lowtech« Kriminalität zuzuordnen und haben bislang genau keinen nachgewiesenen Bezug zu modernen Kommunikationsnetzen.

Die Zentralisierung der Ermittlungen zum Bundeskriminalamt ist schon aus technischer Sicht fragwürdig, da Beweissicherung und die technische Untersuchung von Anlagen in der Regel auch Vorortermittlungen benötigt.

Ein Zusammenhang zur Terrorismusbekämpfung ist für uns nicht erkennbar. Die zu einer zentralisierten Abwicklung der Ermittlungen nötigen automatisierten Schnittstellen bringen erhebliche Missbrauchspotentiale mit sich. Die Sicherung von Computernetzwerken geschieht nicht durch Überwachung und die Erschaffung von staatlichen Zugangsmechanismen, sondern durch eine dezentrale und spezifische Absicherung der Systeme.

Schaffung einer Initiativ-Ermittlungskompetenz des BKA

Die Schaffung einer Initiativ-Ermittlungskompetenz für das BKA legitimiert implizit auch jedwede Überwachungsmaßnahmen des BKA. Eine breitgefächerte, verdachtsunabhängige und pauschale Überwachung von Datennetzen, Bewegungsprofilen, Zahlungsvorgängen, Grenzübertritten und anderen menschlichen Aktivitäten (durch Videoüberwachung etc.) kehrt so die Unschuldsvermutung um und stellt quasi die Gesamtbevölkerung unter Verdacht.

Die zudem zu erwartenden Nachteile durch abweichendes Verhalten (durch Erschwernisse bei Reisen, Banktransaktionen, der Bewerbung um einen Arbeitsplatz etc.) hätte weit reichende Folgen für die Wahrnehmung von Grundrechten durch die Bevölkerung.

Bereits in der Begründung des Volkszählungsurteil vom Dezember 1983 leitet das Bundesverfassungsgericht aus den im Grundgesetz verankerten Grundrechten ein Recht auf informationelle Selbstbestimmung ab. Wörtlich heißt es dort (Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15.12.1983 - 1 BvR 209/83):

»Wer nicht mit hinreichender Sicherheit überschauen kann, welche ihn betreffenden Informationen in bestimmten Bereichen seiner sozialen Umwelt bekannt sind, und wer das Wissen möglicher Kommunikationspartner nicht einigermaßen abzuschätzen vermag, kann in seiner Freiheit wesentlich gehemmt werden, aus eigener Selbstbestimmung zu planen oder zu entscheiden.

Mit dem Recht auf Informationelle Selbstbestimmung wären eine Gesellschaftsordnung und eine diese ermöglichende Rechtsordnung nicht vereinbar, in der Bürger nicht mehr wissen können, wer was wann und bei welcher Gelegenheit über sie weiß. Wer unsicher ist, ob abweichende Verhaltensweisen dauerhaft gespeichert, verwendet oder weitergegeben werden, wird versuchen, nicht durch solche Verhaltensweisen aufzufallen.

Wer damit rechnet, dass etwa die Teilnahme an einer Versammlung oder einer Bürgerinitiative behördlich registriert wird und dass ihm dadurch Risiken entstehen können, wird möglicherweise auf eine Ausübung seiner entsprechenden Grundrechte (Art. 8, 9 GG) verzichten. Dies würde nicht nur die individuellen Entfaltungschancen des Einzelnen beeinträchtigen, sondern auch das Gemeinwohl, weil Selbstbestimmung eine elementare Funktionsbedingung eines auf Handlungs- und Mitwirkungsfähigkeit seiner Bürger begründeten freiheitlichen demokratischen Gemeinwesens ist.«

Auskunftspflicht von Banken/Geldinstituten, Postdienstleistern, Luftverkehrsunternehmen gegenüber dem Verfassungsschutz zur Erforschung von Geldströmen, Postverkehr, Reisetätigkeiten

In Anbetracht des zu bewertenden Verhältnisses zwischen Mittel und Zweck der vorgeschlagenen Maßnahmen ist die Unterrichtungspflicht privater Stellen über privatrechtliche Rechtsbeziehungen im Rahmen nachrichtendienstlicher Arbeit abzulehnen.

Die Ermittlungsbehörden sind bereits jetzt bei entsprechenden Ermittlungsverfahren aufgrund von dokumentierten Anfangsverdachten (teils nach Einholung eines richterlichen Beschlusses) befugt, entsprechende Unterlagen bei derartigen Unternehmen anzufordern.

Eine vollständige Offenlegung des Bank-, Brief- und Transportverkehrs gegenüber den bundesdeutschen Sicherheitsbehörden entspräche einer neuen Qualität der staatlichen Einmischung in die Beziehung der Bürger untereinander.

Pauschale Überwachung von Telekommunikationsflüssen

Die vom BMI zur Terrorismusabwehr entworfenen Maßnahmen des

- pauschalen Zugriffs von Ermittlungsbehörden und Geheimdiensten auf Verbindungsdaten,
- Einsatzes des sogenannten IMSI-Catchers GA 090 zur Ermittlung von Geräte- und Kartennummer von (GSM-) Mobiltelefonen,
- Erlasses einer Mindestspeicherung für Verbindungs- und Nutzungsdaten für Telekommunikationsbetreiber

sind allesamt altbekannte Forderungen der Geheimdienste, ohne dass ein Bezug zu terroristischen Aktivitäten bzw. zur Bekämpfung des Terrorismus vorliegt.

Die aufgeführten Maßnahmen lehnen wir grundsätzlich ab, da es sich um pauschale Zugriffsrechte handelt, bei denen immer auch unbeteiligte Dritte in ihren Grundrechten beschnitten werden.

Die in diesem Zusammenhang aufgestellte Forderung nach dem

- Erlasses einer Telekommunikationsüberwachungsverordnung (TKÜV) nach § 88 TKG

ist zwar grundsätzlich verständlich, in der vorliegenden Form des Entwurfes eines TKÜV ist es allerdings ebenfalls ein Pauschalinstrument zur Verpflichtung der Provider, staatlichen Zugriff zu ermöglichen. Die Überprüfung eines entsprechenden richterlichen Beschlusses und die der Rechtsstaatlichkeit einer Maßnahme muss auch im Internet-Zeitalter gewährt sein.

Anmerkung

1 BMI-Sicherheitspaket zur Terrorismusbekämpfung Darstellung der gesetzlichen Maßnahmen Datum und Quelle unbekannt, http://www.ccc.de/CRD/schilyterror1.pdf

Stellungnahme

des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins zu den Maßnahmen der Terrorismusbekämpfung auf europäischer Ebene

1.

Der RAV arbeitet gemeinsam mit anderen westeuropäischen Anwaltsorganisationen in dem Verbund Europäische Demokratische Anwälte (EDA) unter anderem zu den Themen Arbeits- und Sozialrecht, Menschenrechte und polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Europa. Seit Jahren kritisieren wir, dass die europäische Polizeibehörde Europol ohne ausreichende demokratische, parlamentarische und justizielle Kontrolle aufgebaut wird. Wir kritisieren, dass die europäischen Polizeien und Geheimdienste, die Exekutiven, zusammenarbeiten, ohne dass verbindliche und durchsetzbare Grundrechtsgarantien, insbesondere Verteidigungs- und Verfahrensrechte, auf EU-Ebene existieren. Zur Erinnerung sei bemerkt, dass die EU-Grundrechtecharta lediglich feierlich proklamiert wurde.

Zuletzt musste die europäische Öffentlichkeit mit Schrecken zur Kenntnis nehmen, wie anlässlich des G8-Gipfels im Juli in Genua zahlreiche Grundrechte (Recht auf Freizügigkeit, Demonstrationsrecht, Recht auf körperliche Unversehrtheit, Datenschutz- und Verteidigungsrechte) nicht nur von der italienischen Regierung außer Kraft gesetzt wurden.

2.

Die geplanten Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus verschärfen diese Missstände noch. Wie schon in anderen Bereichen ist auch hier zu konstatieren, dass viele Projekte bereits seit langem in EU-Gremien verhandelt werden wie zum Beispiel die Geldwäscherichtlinie, der europäische Haftbefehl und die Erweiterung der Kompetenzen von Europol. Dies lässt auch hier die Vermutung zu, dass die Gelegenheit genützt wird, um strittige Maßnahmen auf einfachere und schnellere Weise durchzusetzen.

3.

An keinem Beispiel lässt sich diese These besser nachvollziehen als bei den Beratungen im Europäischen Rat und der Europäischen Kommission über die Definition von Terrorismus. Der ursprüngliche Kommissionsvorschlag lautete in seiner entscheidenden Formulierung so, dass als Terrorismus einzelne aufgezählte Straftaten dann angesehen wurden, wenn sie zum Ziel hätten, die politischen, ökonomischen oder sozialen Strukturen eines Landes ernsthaft (seriously) zu verändern (altering) oder zu zerstören. Nach dem Entwurf des Europäischen Rats vom 10.10.2001 soll Terrorismus vorliegen, wenn das Ziel einer ernsthaften Einwirkung (affecting) oder Zerstörung der politischen, ökonomischen und sozialen Strukturen eines Landes oder einer internationalen Organisation bestünde. Unter den aufgezählten Straftaten, die nach obiger Definition als terroristisch eingestuft würden, befinden sich unter anderem die grobe Sachbeschädigung an staatlichem – und an Regierungseigentum.

In einem erklärenden Memorandum wird ausdrücklich festgehalten, dass Terrorismus auch urbane Gewalt (urban violence) beinhalten könnte. Damit wird die Zielrichtung des Ratsentwurfes deutlich. Die ausgeweitete Definition von Terrorismus könnte Proteste wie in Göteborg und in Genua, aber auch gewaltfreie Aktionen der Friedensbewegung gegen Militärdienststellen umfassen. Diese Diskussion ist schon deswegen von größerer praktischer Bedeutung, weil sich die einzelnen EU-Staaten mit der Definition von Terrorismus zugleich verpflichten, Maßnahmen gegen einen solchermaßen definierten Terrorismus zu unternehmen. Dies betrifft gerade auch Staaten, die bisher keine spezielle Anti-Terror-Gesetzgebung hatten. Zum andern ist Terrorismus eine der Aufgaben, die in der Europol-Konvention dem europäischen Polizeiamt zugewiesen sind. Europol ist also berechtigt, bei Terrorismus in sehr weit reichender Weise tätig zu werden. Dieses Beispiel belegt, dass auf europäischer Ebene versucht wird, im Windschatten der Diskussion nach dem 11.09.2001 ganz eigene Ziele durchzusetzen, nämlich die sehr weit reichende polizeiliche und strafjustizielle Verfolgung von Kritikern und Gegnern der eigenen Politik.

4.

Von Bürgerrechts- und Strafverteidigerorganisationen wird seit langem die Abschaffung des Organisationsdelikts der terroristischen Vereinigung gemäß § 129 a StGB gefordert. Diese Vorschrift zeichnet sich dadurch aus, dass sie nicht an konkreten Straftaten anknüpft, sondern an politischen Zielen. Außerdem stellt sie ein Passepartout für zahlreiche strafprozessuale Zwangsmaßnahmen dar. Nunmehr steht eine Erweiterung dieser Vorschrift im Raume, der § 129 b StGB soll ausländische terroristische Vereinigungen unter Strafe stellen. Die Kritik im einzelnen ist der Stellungnahme der Strafverteidigervereinigungen zu dieser Vorschrift zu entnehmen. Im Zusammenhang mit der obigen geplanten Neudefinition von Terrorismus könnte der neu eingeführte § 129 b bundesdeutschen Ermittlungsbehörden zahlreiche Kompetenzen zur Verfolgung missliebiger Protestbewegungen auch außerhalb von Deutschland geben.

5.

Einen Ausweg aus dem Wirrwarr nationaler Justizsysteme soll der europäische Haftbefehl versprechen. Die Bemühungen darum waren vor allem nach dem sogenannten Tampere-Treffen im Oktober 1999 durch den Europäischen Rat vorangetrieben worden. Unbestritten muss die gegenseitige Rechtshilfe auf europäischer Ebene verbessert werden. Die aktuellen Defizite sind aber weniger in den hohen Rechtsstandards, als vielmehr in der unzureichenden personellen und materiellen Ausstattung der entsprechenden Abteilungen der Justiz zu suchen. Der europäische Haftbefehl würde darauf hinauslaufen, dass die jeweiligen Landesjustizen Haftbefehle der anderen europäischen Länder akzeptieren würden, ohne diese ausreichend in einem aufwändigen Rechtshilfe- und Auslieferungsverfahren zu überprüfen. Dazu kommt, dass die große Gefahr bestünde, dass sich Untersuchungshaftzeiten wesentlich verlängern. Denn schon bei nationalen Haftbefehlen ist es schwierig genug für einen Beschuldigten, einen Richter davon zu überzeugen, dass keine Fluchtgefahr besteht oder diese durch Kautionszahlung oder Meldeauflagen abzuwenden ist. Fernab familiärer und sozialer Kontakte und dazu versehen mit dem Malus, nicht am Gerichtsort anwesend zu sein, liegt es sehr nahe, dass der Richter am Ergreifungsort keine Entscheidung zur Haftverschonung und Entlassung fällt, sondern dieses dem Richter am Ort der Ausstellung des Haftbefehls überlässt – der Beschuldigte bleibt bis dahin in Haft mit den weit reichenden Folgen, die eine solche Haft immer hat. Dieser europäische Haftbefehl ist mindestens so lange nicht akzeptabel, solange kein gemeinsamer Standard von Grund- und Verfahrensrechten auf europäischer Ebene existiert. Um noch einmal auf das Beispiel der Globalisierungskritikerinnen von Genua zurückzukommen: Auch bundesdeutsche Justizbehörden hätten nach den Ereignissen in Genua sicherlich Probleme damit, Haftbefehlen der italienischen Justiz und Begehren der italienischen Polizei ohne weiteres zu entsprechen.

6.

Angesichts des mangelnden Datenschutzes und der mangelnden richterlichen Kontrolle ist es äußerst problematisch, wenn nun gefordert wird, dass die einzelnen EU-Datensysteme miteinander vernetzt werden. Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Ereignisse von New York und Washington dann etwas Gutes hätten, wenn sie eine intensivere Diskussion über polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in der EU auslösen und die Notwendigkeit einer solchen Zusammenarbeit deutlicher würde. Abzulehnen sind aber Versuche, die bereits mit Europol unternommen wurden, isolierte Maßnahmen der Exekutive ohne ein System parlamentarischer und vor allem justizieller Kontrolle zu installieren. Noch deutlicher abzulehnen sind Versuche, politisch missliebige Bewegungen mit Anti-Terror-Gesetzgebung zu bekämpfen.

Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck, Vorsitzender des RAV,
Martin Hantke, Dipl.Pol.

Foto: fotografenagentur version

RAWA

ein Interview

UN – Talks on Afghanistan
Bonn, November 2001

A. AHADI
S. H. GAILANI
UNITED NATIONS

Mariam Notten lebt seit Ende der 60er Jahre in Deutschland im Exil. Sie kam als Studentin aus Afghanistan nach Berlin, ist Soziologin und unterrichtet heute an einer sozialpädagogischen Fachhochschule.
Sie arbeitet mit RAWA, der Revolutionären Afghanischen Frauenvereinigung, zusammen. Das Interview mit Mariam Notten hat das AIB vor der Einnahme Kabuls durch die Nordallianz und den internationalen Verhandlungen um die weitere Zukunft des Landes geführt. Nach der Ernennung der MinisterInnen für die afghanische Übergangsregierung kritisierte RAWA unter anderem, dass die zwei Ministerinnen nicht aus Bewegungen kommen, die im Widerstand im Land selbst gewesen waren.

Wie ist die Reaktion in der exil-afghanischen Community auf die Bombardierungen?

Die afghanische Community – wenn man sie so nennen kann, weil wir individuelle Personen sind, die hier leben – hat mit sehr viel Trauer und Angst darauf reagiert. Trauer, dass ihr Land bombardiert wird. Denn in diesem Land werden natürlich nicht Taliban oder Bin Laden bombardiert, die viel geschützter aus den Bergen kämpfen, sondern die Städte. Hier leben vor allem Frauen und Kinder und zwar ohne männliche Begleitung und ohne Möglichkeiten, überhaupt ein Auto oder eine Karre zu mieten oder jemanden zu bezahlen, um bis zu den Grenzen zu kommen.

Die Bombardierungen werden damit gerechtfertigt, dass das Taliban-Regime die eigene Bevölkerung unterdrückt und Leuten wie Osama bin Laden Schutz gibt. Halten Sie diese militärische Intervention für das richtige Mittel, um das Taliban-Regime von der Macht zu drängen?

Die Taliban sind nicht erst nach dem Anschlag auf New York zu »bad guys« geworden. Sie sind 1994 in unser Land gekommen und haben Afghanistan terrorisiert. Damals nahm niemand Notiz davon. Unabhängig davon ob Bin Laden hinter den Anschlägen gegen die USA steckt, hatte er sich Afghanistan ausgesucht, um dort mit seinen Truppen einen fundamentalistischen islamischen Staat ausrufen – was uns völlig fremd ist. Ein weiterer Aspekt ist, dass die Taliban ursprünglich nach Afghanistan geschickt wurden, um die Nordallianz, die jetzt als Verbündete der USA agieren, zu beseitigen. Denn Mitte der 90er Jahre galt die Nordallianz als *»die bösen Buben«*.

Für uns unterscheiden sich alle drei Fraktionen – ob nun Bin Laden oder Nordallianz oder Taliban – in keinster Weise. Sie haben die Bevölkerung terrorisiert, Frauen unterdrückt, sie gesteinigt, ihnen Schleier auferlegt und ihnen die Berufs- und Erwerbstätigkeit verboten. Sie haben aber auch Männern, die nicht ihren fundamentalistischen Glauben oder die islamische Richtung akzeptierten, genauso ermordet, gefoltert und getötet. Alle drei sind für uns einfach inakzeptabel.

Der Westen und die USA sehen das offenbar anders: Momentan sind die Taliban schlimmer als die Nordallianz, davor war es umgekehrt. Neuerdings wird auch von einer moderaten Führungsspitze der Taliban geredet, die demnächst mit der Nordallianz zusammen die zukünftige afghanische Regierung bilden sollen. Da fragen wir uns, wo kommt diese moderate Führungsspitze der Taliban her? Was haben sie bislang gemacht, als die Nichtmoderaten diesen Terror in Afghanistan verübt und praktiziert haben. Da wir wissen, wer die Taliban sind, können wir uns auch vorstellen, wer diese moderate Führungsspitze ist.

Wie sind die Taliban eigentlich entstanden?

Die Taliban sind in den 80er Jahren aus den Flüchtlingslagern rekrutiert worden. Das waren Waisenkinder, deren Eltern durch die sowjetischen Truppen getötet wurden. Sie selber wurden vom pakistanischen Geheimdienst mit Hilfe der CIA aus den Flüchtlingslagern gesammelt und in sogenannte Koranschulen gesteckt. Dass sie dort den Koran in seiner reduzierten Form beigebracht bekommen haben, sieht man an ihrer Haltung gegenüber Frauen, zur Freiheit, zur Religionsausübung und so weiter. Zudem haben sie eine militärische Ausbildung bekommen, weil sie ursprünglich als Kämpfer gegen die Sowjetunion gedacht waren. Man dachte, dass die sowjetischen Truppen das Land nicht so schnell verlassen würden und daher bräuchte man eine nächste Generation von Kämpfern. Diese Generation sollte nur kämpfen und ein sehr eindimensionales Verständnis von Glauben haben, den man als Ideologie gegen den Kommunismus stellen kann. Als die Sowjets jedoch unerwartet früher das Land verließen, waren die Taliban arbeitslos. Und dann hat man sie 1994 eben gegen die Nordallianz ins Land geschickt. Damals war die Nordallianz abtrünnig geworden und hörte nicht mehr auf Pakistan und auf die CIA. Ihre Anführer wollten die alleinige Macht. Sie haben einen heillosen Bürgerkrieg begonnen und sich von Pakistan und der CIA abgenabelt. Das hat den USA nicht gefallen. Plötzlich gab es wieder eine Verwendung für die Taliban. Sie wurden gegen die Nordallianz ins Land geschickt. Da die Afghanen sehr kriegsmüde waren und gerade von der Nordallianz terrorisiert wurden, hielten sie die Taliban für Befreier und gaben ihre Waffen kampflos an die Taliban ab, die damals gerade einmal eine Stärke von 1.500 Leuten hatten.

Gab es Mitte der 90er Jahre denn keinen innerafghanischen Widerstand gegen die Taliban?

Da man glaubte, die Taliban bringen uns Frieden, hatten sie großen Zulauf und konnten so innerhalb von zwei Jahren 95 Prozent des Landes erobern. Und weil sich ihnen niemand

entgegenstellte, konnten sie den Krieg gegen die eigene Bevölkerung führen. Die meisten Taliban sind nie in einer Familie aufgewachsen, sie haben weder Mütter noch Schwestern oder Großmütter gehabt – das ist durchaus mit ein Grund für ihr neurotisches Verhalten gegenüber Frauen. Zweitens sie sind von Kindesbeinen an in einem fremden Trainingslager von Männern der CIA oder des pakistanischen Geheimdienstes ISIS erzogen worden. Sie haben kein Verhältnis zur Gesellschaft und Kultur Afghanistans. Ein Beispiel hierfür ist die Zerstörung der Buddha-Statuen: Die Taliban zerstörten alles, was sie nicht kennen. Das Dilemma der afghanischen Bevölkerung war, mit einer derartigen Kampftruppe überhaupt zurecht zu kommen. Und nun will man uns weiß machen, dass es da eine moderate Führungsspitze gäbe. Diese moderate Führungsspitze ist nichts anderes als die ideologische Fraktion der Taliban. Ihre Kampffraktion sollte ihnen den Weg frei machen, damit die ideologisch-intellektuelle Fraktion später die Regierung bilden kann. Aber dazu ist es nicht mehr gekommen, weil die Anschläge vom 11. September 2001 diese Pläne durcheinander gebracht haben. Die USA mussten in Afghanistan intervenieren, weil die Taliban nicht mehr diejenigen waren, die man ursprünglich aus Pakistan nach Afghanistan geschickt hatte.

Informationen über die afghanische Opposition fließen nur spärlich. Wann hat sich eigentlich RAWA gegründet, und wer ist darin aktiv? Sind es eher Frauen, die eher aus einer bürgerlichen intellektuellen Schicht kommen?

Ende der 60er Jahre gab es in Afghanistan – so wie in Deutschland auch – eine StudentInnenbewegung. Daraus sind zwei pro-sowjetischen Gruppen wie die DVPA hervorgegangen, aber auch RAWA: Anfangs waren alle Intellektuellen zusammen, weil diese Bewegung zum größten Teil aus den Universitäten, Hochschulen und Oberschulen hervorging, aber in den 70er Jahren hat sich die Bewegung gespalten. Und dann haben die Frauen gesehen, dass ihre Interessen von den männlichen Kommilitonen nicht vertreten werden und sie mit der »großen Revolution« vertröstet wurden. Sie haben sich genau wie auch die deutschen Frauen und Feministinnen von den männlichen Studenten getrennt haben und ihre kleinen Gruppen und eigene Bewegung geschaffen. RAWA ist aus dieser Bewegung hervorgegangen: Das waren zunächst städtische mittelständische Intellektuelle – Professorinnen, Hochschuldozentinnen, aber auch Studentinnen und Oberschülerinnen. Sie trennten sich von der Studentenbewegung und schufen eine Frauenrechtsorganisation. Sie nannten sich – so wie sich damals jede kleine Gruppe revolutionär nannte – »Revolutionäre Frauen Afghanistans«. Als die DVPA mit einen Putsch und mit Hilfe der Sowjetunion an die Macht gebracht wurde, hatten sie nichts besseres zu tun, als die Konkurrenz in den Reihen der StudentInnen zu beseitigen. Damit waren die anderen demokratischen Gruppen, die nicht pro-sowjetisch waren, sehr gefährdet. Sie verließen deshalb Afghanistan in Richtung Pakistan – darunter war auch RAWA als einzige Frauenorganisation. Aber im pakistanischen Exil wurden die Gründerinnen von RAWA vom pakistanischen Geheimdienst getötet. Die demokratische Bewegung wurde durch die Repression des pakistanischen Geheimdienstes beinahe vollständig zerstört. Die pakistanische Regierung, der Westen und die USA haben nur Parteien unterstützt, die islamische Fundamentalisten waren. Zuwendungen wie beispielsweise Waffenlieferungen bekam nur, wer auf die Dauer fundamentalistisch wurde. RAWA ging deshalb schnell sowohl in Pakistan als auch in Afghanistan in den Untergrund. Ihre Projekte und Zellen sind nicht öffentlich, denn sonst würden sie sofort geschlossen.

Ist der Islam für die Frauen von RAWA eine Grundlage? Oder sieht sich RAWA jenseits von religiöser Zugehörigkeit?

Um diese Frage zu beantworten, muss ich erstmal etwas zum afghanischen Islam sagen, denn in Afghanistan existierte immer ein sehr toleranter Islam. Wir sind nicht für Fundamentalismus, Koranschulen etc.. Auch diese Art von Verschleierung ist uns fremd. Der Islam oder der Glaube war für uns etwas ganz Privates und Individuelles. Niemand kann Dir vorschreiben, welchen Gott und wie Du diesen Gott anbeten sollst. In dieser liberalen Form des Islam sind wir alle zu Hause. Von daher hatten wir absolut kein Problem, uns Muslime zu nennen. Der jetzt herrschende Fundamentalismus ist zu uns exportiert worden und zwar aus arabischen Ländern. Und er wurde in diesem langen Krieg gegen die Sowjetunion in den Flüchtlingslagern von Pakistan gefördert, unterstützt vom Westen und der pakistanischen Regierung. Sie glaubten, wenn man den Afghanen so ein Werkzeug wie den fundamentalistischen Islam als Ideologieersatz in die Hand gibt, dann könnten sie dies gegen einen ideologisch schlagkräftigen Kommunismus setzen. Unsere Bewegung war am Anfang überhaupt nicht ideologisch ausgerichtet, sondern es war einfach ein Befreiungskampf, den man in eine andere Richtung geleitet hat. Mit dieser Form von Islam werden wir auch in Zukunft nicht zurecht kommen.

In den 30er und 40er Jahren wurde in Afghanistan eine Verfassung ausgearbeitet, die sämtliche Rechte der Frauen verankerte. Danach hatten wir freie Wahlen. Ende 1960 kamen durch freie Wahlen vier Ministerinnen in die Regierung. Damals gab es in Afghanistan ein Zwei-Kammern Parlament und einen König. Der Islam hat uns nicht daran gehindert, Frauen als Ministerinnen und ins Parlament zu wählen.

Die Gründerinnen von RAWA sind längst tot, aber die Organisation existiert weiter. Wer ist heute bei RAWA aktiv?

Mittlerweile hat RAWA enormen Zulauf aus den Flüchtlingslagern bekommen. Das sind Frauen, die mehr aus der intellektuellen städtischen Mittelschicht kommen, sondern Frauen, deren Männer getötet wurden, und die mit ihren Kindern allein den Fundamentalisten ausgeliefert waren. Fundamentalistische Gruppen hatten ja nicht nur die Waisenkinder an Pakistan verschenkt, sondern auch sehr viele junge Mädchen und Frauen. Später, als sie nach Afghanistan einmarschiert sind, wurden alle, die die Städte nicht verlassen hatten, der Kollaboration bezichtigt: Frauen wurden vergewaltigt, die Männer wurden massakriert und viele der Frauen wurden wieder verschenkt – u.a. an Männer in arabischen Ländern. Jetzt sind RAWA-Frauen weder die Intellektuellen von damals, noch Linke, sondern einfache Frauen, die Zuflucht gesucht haben, um nicht verschenkt und verkauft zu werden und überhaupt leben zu können.

Eine der entscheidenden Fragen ist nun, wie soll die Zukunft Afghanistans aussehen? Und wer ist von der demokratischen Opposition eigentlich noch übrig geblieben?

Das Dilemma ist, dass es jetzt in Afghanistan kaum noch eine demokratische Bewegung gibt, weil ihre AktivistInnen vierzehn Jahre lang systematisch terrorisiert und getötet wurden. Zuerst kämpften sie gegen die sowjetischen Truppen, und als sie nach deren Abzug dachten, sie könnten wieder auftau-

Afghanistan

...mber 2001

chen, wartete der CIA und der pakistanische Geheimdienst auf sie. Das ist die Folge einer us-amerikanischen Politik, die bis zum Ende der Sowjetunion alle linken Bewegungen in der sogenannten Dritten Welt unterdrückte, weil sie Angst hatten, dass diese sich der Sowjetunion anschließen würden. Dass auch die Sowjetunion kein großer Freund der Dritten Welt war, hat sich ja mittlerweile heraus gestellt. Das ist das Dilemma, mit dem die Dritte Welt damals nicht zurecht kam und mit dessen Folgen Länder wie Afghanistan heute noch konfrontiert sind. Die afghanischen Gruppierungen, die wirklich pro-sowjetisch oder Linke waren, hatten sich in der DVPA zusammengeschlossen und saßen nach dem Putsch in der Regierung. Alle anderen Gruppen waren einfach demokratische Bewegungen. Um sie zu isolieren, hat man sie stigmatisiert. Für die USA und den Westen war alles, was nicht fundamentalistisch war, links. Und so hat man auch diese Gruppen, obwohl sie ja gegen die Sowjetunion waren, isoliert, ihnen die Zuwendungen gestrichen und ihre Anführer terrorisiert. RAWA wurde genauso stigmatisiert, weil sie sich »revolutionäre Frauenorganisation« nennt.

Bei der sogenannten Petersberger Konferenz über die Zukunft Afghanistans wurde RAWA nicht eingeladen.

Ja, dagegen haben wir vergeblich protestiert. Um über die Zukunft Afghanistans zu sprechen, muss man zunächst über die Motive der USA und jetzt auch die Motive der US-Verbündeten sprechen. Denn von ihnen hängt es ab, ob Afghanistan eine Zukunft hat, die den Afghanen gefällt oder eine Zukunft , die den USA und dem Westen gefällt. Nach wie vor wollen die USA Osama Bin Laden haben und die Taliban entmachten – aber nicht gänzlich, denn sonst würden sie ihren Einfluss in Afghanistan verlieren. Die nächste Frage ist, warum wollen die USA in Afghanistan Einfluss haben? Unabhängige Medien sprechen davon, dass dort eine Pipeline bewacht werden müsse. Es stimmt, dass eine Pipeline durch Afghanistan verlegt wurde, um Erdöl von Turkmenistan bis zum Indischen Ozean zu transportieren. Entscheidend ist aber, dass die drittgrößte Weltreserve an Erdöl und Erdgas sich sowohl im Norden Afghanistans als auch im Süden Türkmenistands befinden. Dazwischen fließt lediglich ein Fluss als Grenze. Das wussten auch die Sowjets. In den 50er Jahren haben sie diese Gasvorkommen in die Sowjetunion geleitet, und in den 70er Jahren wollten sie auch das Öl haben.

Die Theorie, dass die strategische Lage Afghanistans alle Großmächte dazu verleitet, das Land kontrollieren zu wollen, ist schon längst überholt. Warum hätte die Sowjetunion seinerzeit Afghanistan überfallen sollen, um an den Indischen Ozean heranzukommen, während sein bester Verbündeter Indien am Indischen Ozean lag? Und Pakistan war immer Verbündeter der USA. Die Theorie von der strategischen Lage Afghanistans haben wir damals schon nicht geglaubt. Spätestens nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist diese Theorie überholt. Das Gleichgewicht der Kräfte ist schon längst zu Gunsten der kapitalistischen Welt entschieden worden. Also gibt es keine Gefahr vom Norden. In Afghanistan gibt es neben Erdgas und Erdöl Gold, Silber, radioaktive Mineralien, Edelsteine, Kupfer, Eisen. Alle Bodenschätze liegen dort brach. Sie wurden bereits von den Sowjets erkundet, jetzt sind die USA darauf scharf. Die Pläne nach dem Abzug der Sowjets waren, dass die moderate Führungsspitze der Mujaheddin die Regierung übernehmen sollte. Wenn Bin Laden nicht dazwischen gekommen wäre, hätten die USA ihre Ölbohrungen in Afghanistan vornehmen und die ehemaligen südlichen Republiken der Sowjetunion langsam wirtschaftlich an sich binden können. Die USA und der Westen haben die letzten zehn Jahre zur Entwicklung in Afghanistan geschwiegen – sowohl zu den Greuel der Nordallianz als auch der Taliban.

Klar ist auf jeden Fall, dass die Lösungen für Afghanistan in den Händen der USA und ihrer Verbündeten liegen. Welche Fraktion sie in der Regierung installieren werden – ob die Nordallianz oder den alten König – liegt alleine in ihren Händen.

Im Exil haben Sie zwar kaum Einflußmöglichkeiten, aber Sie haben trotzdem Forderungen, auch an die Bundesregierung. Was ist für Sie derzeit die wichtigste Forderung?

Wir Exil-Afghanen fordern, dass die Bombardierungen eingestellt werden, damit die Flüchtlinge versorgt werden können. Die meisten Afghanen, die gerade eingekesselt sind oder sich ins Niemandsland geflüchtet haben, werden es nie bis nach Europa schaffen. Für sie ist es wichtig, dass zumindestens die Flüchtlingshilfeorganisationen ins Niemandsland an den Grenzen gelassen werden. Die Menschenrechtsorganisationen warnen zu Recht davor, dass diejenigen, die nicht durch Bombardements sterben, an Hunger und Kälte sterben werden.

Website: http://www.rawa.org

Foto: fotografenagentur version

Rund 3.000 Neonazis folgten am ersten Adventswochenende dem Aufruf der NPD, gegen die erneuerte Ausstellung »Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges. 1941 – 1944« des Hamburger Instituts für Sozialforschung zu demonstrieren. AntifaschistInnen war es aufgrund des massiven Polizeiaufgebotes nicht möglich, den Aufmarsch zu behindern. In einer Presseerklärung mit dem bezeichnendem Titel »NPD-Demonstration - Zusammentreffen mit Gegendemonstranten verhindert« resümierte die Berliner Polizei: »Die Polizei hatte rund 4.000 Beamte im Einsatz, um einen reibungslosen Ablauf der Veranstaltung im Bezirk Mitte und auf den Zufahrtsstrecken zu gewährleisten.« Wieder einmal hatten die Berliner Innenverwaltung und die Polizei nur ein Ziel: »Ruhe und Ordnung«.

Kampagne gegen Wehrmachtsausstellung fortgesetzt

Lügen haben kurze Haare

» Schon im Vorfeld des Aufmarsches, den NPD-Kader Rene Bethage im August 2001 angemeldet hatte, schlugen die Wellen hoch. Die NPD hatte eine Route quer durch das historische jüdische Scheunenviertel angemeldet, in dem heute die Neue Synagoge und mehrere Institutionen der Jüdischen Gemeinde angesiedelt sind. Erst nach massiven Protesten der Jüdischen Gemeinde und bürgerlich-liberaler Initiativen beschloß der Berliner Senat, die Route zu ändern. Dies wurde der NPD zwar schon am 6. November 2001 mitgeteilt, die Öffentlichkeit erfuhr davon aber nichts. Die NPD-Route blieb bis zum Tag des Aufmarsches das bestgehütetste Geheimnis des damaligen rot-grünen Senats.

Am Morgen des 1. Dezember wurde dann zwar schnell deutlich, dass die NPD nur eine verkürzte Route am Rande des Viertels laufen würde. Doch das Hauptaugenmerk der Polizei lag eindeutig auf der kompletten

[1] Die Neonazi-Demo in unmittelbarer Nähe zum »Scheunenviertel« und zur Synagoge.

[2] AnwohnerInnen protestieren gegen die NPD-Demonstration.

Verhinderung jeglicher Gegenaktivitäten. So wurde eine antifaschistische Demonstration, der sich viele unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen angeschlossen hatten, ausgerechnet vor der Neuen Synagoge mit Tränengas und Wasserwerfern aufgelöst. Mitglieder der Jüdischen Gemeinde, die zuvor angekündigt hatten, sich mit Sitzblockaden den Neonazis in den Weg zu stellen, solidarisierten sich mit den DemonstrantInnen und setzten sich gegen den Polizeieinsatz auf die Straße. Nach mehrfachen symbolischen Drängeln gegen die Polizeisperren gelang es DemonstrantInnen gleich welchen Alters und Aussehens auch an anderen Punkten entlang der Route nicht, zu den Neonazis vorzudringen. Trotzdem wird der Ausflug nach Berlin einigen Neonazis in schlechter Erinnerung bleiben: Von Hausdächern flog ihnen Müll auf den Kopf, eine ihrer S-Bahnen wurde attackiert, und rechte Gruppen ausserhalb der schützenden Neonazimassen konnten sich nicht sicher fühlen.

Dank der Polizei zum Erfolg

Wie nicht anders zu erwarten feierte die NPD den größten Aufmarsch in Berlin seit 1945 als »Erfolg«. Ihre Redner, Parteichef Udo Voigt, und der ex-WJ-Kader Frank Rennicke, ergingen sich vor allem in wüsten Drohungen gegen Jan Philipp Reemtsma, den Leiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung, den sie wahlweise als »Volksverräter« und »Volksverhetzer« beschimpften. Darüber hinaus drohte Udo Voigt auch Künstlern, die gegen den Aufmarsch mobilisiert hatten, und der Jüdischen Gemeinde: »Frau Kahane und Rabbiner Chaim Rozwaski merkt Euch: Hier ist noch nicht Israel sondern Deutschland. Und wir werden uns von Euch niemals behandeln lassen, wie die Palästinenser in Israel!« Auf ihre zentralen Redner mußte die NPD allerdings verzichten. Friedhelm Busse, letzter Vorsitzender der verbotenen FAP, Wolfgang Nahrath, der langjährige Bundesführer der verbotenen Wiking Jugend, und Herbert Schweiger, österreichischer NS-Aktivist und ehemaliges Waffen-SS-Mitglied hatten von der Innenbehörde Redeverbot bekommen. Anstelle von Reden der Vertreter der »Erlebnisgeneration«, wie die »Kriegsfreiwilligen« Nahrath, Busse und Schweiger sich gern feiern lassen, mußten sich die Neonazis mit Schildern im →

Auflistung der wichtigsten Neonaziaufmärsche gegen die »Wehrmachtsausstellung«

» 10.01.1997: In Karlsruhe demonstrierten 25 Neonazis unter dem Motto: »Die deutschen Soldaten ehrlich, anständig, treu. Schluß mit der antideutschen Hetze.« Anmelder war der JN-Landesverband Baden-Württemberg.

24.02.1997: In München wird die Ausstellung eröffnet, vor dem Rathaus kommt es zu einer Gegendemonstration.

01.03.1997: In München demonstrieren ca. 5.000 Nazis unter dem Motto »Unsere Großväter waren keine Verbrecher - Wir sind stolz auf sie« auf einer Demo der NPD/JN.

14.09.1997: In Marburg demonstrieren die »Sauerländer Aktionsfront« und die Rep's gegen die Ausstellung. Dem verurteilten Naziterroristen Manfred Roeder bleibt dieser Tag in schmerzlich Erinnerung.

24.01.1998: In Dresden nahmen 1.300 Neonazis an einer von der NPD angemeldeten Demo unter dem Motto: »Gegen die Wehrmachtsausstellung« teil.

06.06. 1998: In Kassel demonstrierten ca. 300 Rep`s, NPD'ler und Kameradschaftler gemeinam gegen die Wehrmachtsausstellung auf einer Demo der Republikanischen Jugend (RJ).

12.09.1998: In Münster demonstrierten 300 Nazis auf einer Demo des NPD-Landesverband NRW unter dem Motto »Stoppt die antideutsche Hetze - keine Ruhe für die Schandausstellung - unsere Väter waren keine Verbrecher«

24.10.1998: »Gegen die Wehrmachtsausstellung« lautete das Motto einer NPD/JN Demo in Bonn, an der 950 Nazis teilnahmen.

29.12.1998: Der NPD-Kreisverband Hannover mobilisierte 200 Nazis zu einer Demonstration unter dem Motto »Schützt unsere Väter - stoppt die Verräter.«

30.01.1999: In Kiel versammelten sich 1.000 Nazis zu einer Demo des JN-Landesverband Schleswig-Holstein unter dem Motto: »Der Soldaten Ehre ist auch unsere Ehre - Verteidigen wir sie«.

20.02.1999: In Saarbrücken protestierten 400 Neonazis »Gegen die Wehrmachtsausstellung« unter der Anmeldung der JN.

22.05.1999: 350 Nazis marschierten gegen die Wehrmachtsausstellung, angemeldet vom NPD-Landesverband NRW durch Köln.

10. 07. 1999: Der Nationaldemokratische Hochschulbund (NHB) meldete eine Demonstration in Hamburg unter dem Motto »Unsere Väter und Großväter waren keine Verbrecher« an, der sich 611 Nazis beteiligten.

09.10.1999: Unter der Anmeldung der JN und unter dem Motto »Stoppt die antideutsche Hetze« versammelten sich 350 Neonazis in Osnabrück.

12.11.2000: In Gräfenberg demonstrierten 102 Nazis auf einer Demonstration des NPD-Bezirksverbandes Oberfranken/Mittelfranken unter dem Motto: »Ehre unseren tapferen deutschen Soldaten«

Auf Anfrage verschickt das AIB eine Sammlung aller AIB-Artikel zu Naziaktionen und Antifamobilisierungen im Zusammenhang mit der Ausstellung gegen 5 DM in Briefmarken.

[1]

[2]

[1] Roberto Fiore, Vorsitzender der italienischen Forza Nuova.
[2] Die NPD - Strammstehen für die Großv(T)äter?

➔ Wehrmachts-Layout und dem Wehrmachtswahlspruch »Gott mit uns« auf dem Leittransparent und einem Grußwort von Roberto Fiore, dem Vorsitzenden der italienischen Neofaschisten »Forza Nuova« begnügen.

Ohne Gauweiler marschierte nur der harte Kern

Im Gegensatz zum Aufmarsch gegen die damalige Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht. 1941 – 1944« am 1. März 1997 in München, bei dem es den Neonazis möglich war, viele Rechtskonservative aus dem Spektrum von CDU und CSU zu mobilisieren und rund 5.000 Leute auf die Straße zu bringen, war das Spektrum am 1. Dezember in Berlin wesentlich kleiner.

Das lag sicherlich auch an der Scheu der Konservativen, sich nach dem »Anstands-Sommer« mit einer im Verbotsverfahren befindlichen Partei einzulassen. Die Parole »Unsere Väter waren keine Verbrecher« ist schließlich die alte geblieben. War der Aufmarsch von München der Beginn des Auf-schwungs der NPD, so muss der Berliner Aufmarsch vor allem als Zeichen dafür gewertet werden, dass die Neonazipartei nach einem Jahr der Verunsicherung durch das schwebende Verbotsverfahren wieder in die Offensive geht. Und der harte Kern mitsamt Umfeld ziehen mit – vom 16jährigen Jungnazi über Vertreter der Freien Kameradschaften bis hin zur altgedienten NPD-Prominenz um Horst Mahler.

Bei dem diesjährigen Aufzug fehlte zudem im Vorfeld der »Gauweilersche Effekt«. Der CSU-Mann hatte 1997 in der bayrischen Metropole Wochen vor deren Eröffnung eine Diskussion um die politische Aussage der Ausstellung vom Zaun gebrochen. Während die Neonazis in München allerdings nur wenige hundert Meter weit laufen konnten, weil ihnen ca. 10.000 GegendemonstrantInnen den Weg versperrten, verhinderte die Berliner Polizei jetzt gewaltsam einen ähnlichen Ausgang. Dies, obwohl sich in Berlin viele unterschiedliche Initiativen und Persönlichkeiten öffentlich gegen den Aufmarsch aussprachen. Stattdessen sah die Polizei ungerührt zu, wie Neonazis am Ende des Aufmarsches FotografInnen angriffen und die untersagte Parole »Ruhm und Ehre der Waffen-SS« brüllten – neben der stalingradschen Kälte, dem kollektiven Brummen des Deutschland-Lieds in allen drei Strophen und dem entgleisten Rennicke-Spruch, er wünsche der Tochter des Einsatzleiters das gleiche Schicksal wie seiner vom LKW überrollten Schnulzenheldin »kleine Erika«, aus Sicht der Neonazis sicherlich der Höhepunkt des Tages. Nach der Ankündigung des nächsten Aufmarsches gegen die Wehrmachtsausstellung im Januar in Bielefeld – unter dem Motto »Ruhm und Ehre der Waffen-SS« liegt auch eine Anmeldung an der Wewelsburg für Anfang Januar vor - wurden die Rechtsextremisten gratis und in eigenen S-Bahnzügen aus der Stadt chauffiert. Schon in den Tagen zuvor hatten AntifaschistInnen gegen diese »Unterstützung« der NPD durch die S-Bahn AG protestiert und die Scheiben an deren Firmensitz beschädigt. ■

Polizei geht gegen Landser vor

Am 2. Oktober 2001 wurden die vier Mitglieder der Berliner Neonaziband Landser sowie deren Vertriebsleiter verhaftet. Die Maßnahme ist das Ergebnis einer fünfzehnmonatigen Ermittlungstätigkeit der Bundesanwaltschaft, die nun auch wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung gegen die Band ermittelt. Damit wird erstmals anerkannt, dass es sich bei neonazistischer Musik nicht nur um ein Propagandadelikt handelt.

Neun Jahre Begleitmusik zu Mord und Totschlag

Ausgerockt

» Landser gehört zu den bekanntesten und beliebtesten Bands der Naziskinheadszene, ihre CDs werden zu Tausenden kopiert und auf Schulhöfen und in Jugendclubs weitergereicht. Rein musikalisch lässt sich der Erfolg der Gruppe nicht erklären. Was Landser ausmacht ist der Mythos, an dem die Band von Anfang an gearbeitet hat: Wo andere Rechtsrock-Bands versuchen, ihre rassistischen und antisemitischen Inhalte zu verschleiern, um so der Indizierung zu entgehen, legen Landser es direkt darauf an, auf dem Index zu landen. So heißt es dann auch auf der CD »Ran an den Feind« : »...solange der Scheißstaat existiert, wird auch Landser immer wieder indiziert...«. Live-Auftritte gab es kaum und wenn, dann stand die Band vermummt auf der Bühne. Das konspirative Gebaren hatte einen einfachen Grund: Landser wusste, dass den Sicherheitsbehörden ihre Identität bekannt war, sie mussten verhindern, dass der Polizei Liveaufnahmen von Konzerten, Bandfotos oder Videos in die Hände fielen. Unter den Augen der hilflosen Sicherheitsbehörden konnte sich Landser so zu der Nazi-Kultband schlechthin entwickeln.

Im Sommer 2000 witterten die Ermittler endlich ihre große Chance: Landser plante ein Konzert im kanadischen Toronto. Doch den deutschen Nazis wurde schlichtweg die Einreise durch die kanadischen Behörden verweigert, welche dem Treiben nicht tatenlos zusehen wollten. Ärgerlich für die deutschen Ermittler, welche ihre Kollegen informiert hatten und sich bereits für eine Observation in Kanada bereit hielten. Die Band probte derweil unter den Augen der Polizei ein mal wöchentlich ungestört in ihrem neuen Proberaum, dem Keller eines Mietshauses im Potsdamer Vorort Bornstedt in Brandenburg. Hier grölte die Gruppe ihre Nazilieder vorsichtshalber in schlechtem Englisch, in der Hoffnung, die Brandenburger Dorfbewohner würden ihre gewalttätigen und nazistischen Texte so nicht verstehen.

Neben dem Schutz vor staatlicher Verfolgung sorgte die Konspirativität auch für das Image der Gruppe. Keine andere deutsche Naziband ruft so unverhohlen zu Mord und Totschlag am politischen Gegner auf wie Landser. Dass diese Aufrufe auch in die Tat umgesetzt wurden, beweisen zwei der bekanntesten Nazimorde der letzten Jahre:

Landser lieferte die Hintergrundmusik, als am 13. Februar 1999 der Algerier Farid Guendoul nach einer tödlichen Hetzjagd in Guben um`s Leben kam. Während die tödliche Hetze begann, lief im Wagen der Neonazis die Landser-CD »Republik der Strolche«.

Und als Alberto Adriano am 12. Juni 2000 in Dessau zu Tode getreten wurde, hatten die Täter noch das Afrika-Lied, eines der bekanntesten Landserstücke im Ohr, mit dem sie sich vor der Tat gemeinsam in Stimmung brachten. Bei dem folgenden Prozess erkannte ein deutsches Gericht erstmalig einen direkten Zusammenhang zwischen dem Abspielen der Musik und der darauf folgenden Tat.

Dass der selbstgewählte Name »Terroristen mit E-Gitarre« für die Gruppe Programm ist, hat jetzt auch die Bundesanwaltschaft erkannt. Zum ersten Mal in der Rechtsgeschichte wird eine Musikgruppe als kriminelle Vereinigung verfolgt. Den Mitgliedern wird vorgeworfen, durch Verbreiten von Tonträgern in volksverhetzender Weise zu Hass und Gewalt gegen Teile der Bevölkerung aufgestachelt und zu rechtswidrigen Taten aufgefordert zu haben.

Die Erkenntnis, dass es sich bei Nazirock nicht um ein Propagandadelikt handelt, ist - zumindest für antifaschistische Initiativen - nicht neu. Warum die Bundesanwaltschaft sich erst jetzt der Gruppe angenommen hat, verwundert. Immerhin besteht die Band schon seit neun Jahren, und in dieser Zeit gab es genügend Anlässe, die ein Einschreiten gerechtfertigt hätten. Bisherige Ermittlungen und Festnahmen bezogen sich immer nur auf die illegalen Vertriebswege der Landser-CDs, nie auf die Band selbst. Dabei war spätestens seit 1998, bei dem Prozess um den Vertrieb der Landser-CD »Rock gegen Oben«, die damalige Besetzung der Band bekannt.

Auch die engen Kontakte zu dem inzwischen verbotenen Neonazi-Netzwerk Blood & Honour und der Berliner Neonazitruppe »Vandalen«, aus deren Umfeld die Band 1992 entstand, belegen, wie stark die Gruppe in der militanten Neonaziszene verwurzelt ist.

Alte Bekannte

Jean-Rene Bauer (34), Gitarrist bei Landser und führendes Mitglied der Vandalen, wurde erst im Mai 2000 festgenommen, als er dem Brandenburger Neonazi Ralf Luckow, der zum Umfeld der Nationalrevolutionären Zellen gerechnet wird, ein Präzisionsgewehr samt Munition verkaufen wollte. Das Gewehr war für einen Anschlag auf Linke vorgesehen, der Angriff blieb aus und Bauer wurde auf Bewährung entlassen.

Um den Handel der Original-CDs kümmerte sich bei Landser vor allem der inzwischen auch festgenommene Vertriebsleiter Jan Werner (26) aus Chemnitz. Werner leitete früher die Blood & Honour Division Sachsen, trat aber nach Streitigkeiten mit seinen Kameraden aus. Er betreibt das Label »Movement Records« und brachte das Skinzine »White Supremacy« heraus, eine Zeitschrift der Blood & Honour-Bewegung. Werner verfügt über gute Kontakte ins Ausland, vor allem in die USA, wo bei dem Nazilabel »Panzerfaust« die letzte Landser CD »Best of Landser« produziert wurde.

Der Schlagzeuger von Landser, Christian Wendorf (22), spielte zuvor bei anderen neonazistischen Bands wie »Querschläger«, »Volkstroi«, »Thorshammer« und »Aryan Brotherhood«. Der vielbeschäftigte Musiker konnte die U-Haft nach sechs Wochen bereits wieder verlassen.

Ebenfalls festgenommen wurde der Gitarrist Andre »Möhre« Möricke (34) und der Sänger und Bandleader Michael »Lunikoff« Regener (36). Lunikoff gehört ebenfalls zu den Vandalen, deren Mitglieder zum harten Kern der aktiven Nazi-Szene in Berlin zählen.

Auch zu Blood & Honour, deren deutsche Division im September 2000 verboten wurde, bestehen enge Kontakte. Als B&H Band Nr.1 gaben Landser ihre einzigen Interviews der deutschen und der englischen Ausgabe des B&H-Magazins. Wie eng die Verbindungen zwischen B&H und Landser wirklich sind, zeigen die Ermittlungen und Verfahren im Zusammenhang mit Landser. Hier wurde →

[1] Landser Sänger Michael Regener, genannt Lunikoff.

➔ deutlich, dass Landser bei der Herstellung und dem Vertrieb ihrer CDs auf Bestandteile des B&H-Netzwerkes zurückgegriffen hat. Wichtige Schlüsselpersonen der Vertriebswege werden von B&H-Aktivisten besetzt. Bereits 1998 wurde Martin Stefan Richter im Zusammenhang mit dem Vertrieb der Landser-CD »Rock gegen Oben« festgenommen. Richter, der mit seiner damaligen Freundin Dorothee Bünger in der elterlichen Weißenseer Apotheke die Landser-CDs verpackte, begann seine Karriere bei der Wiking Jugend und wurde dann zum B&H-Aktivisten. Auch der Hamburger Torben Klebe, der als einziger bei dem damaligen Prozess nicht mit Bewährung davon kam, gehört dem Blood & Honour-Netzwerk an.

Dies alles weist augenfällige Parallelen zu den Maßnahmen im Zuge des B&H-Verbotes auf: Auch bei B&H wurden keine erwähnenswerten Geldbeträge sichergestellt, die Strukturen wurden weder materiell noch strukturell dauerhaft geschädigt. Das trifft auch bei Landser zu, die genau wie B&H schon immer konspirativ organisiert waren und den Schritt in den Untergrund schon bei ihrer Gründung vollzogen hatten. Der Anziehungskraft von Landser wird diese Maßnahme ebenso wenig schaden, wie es bei B&H der Fall war.

Im Zuge der Landser-Festnahmen wurden Anfang Oktober insgesamt 22 Wohnungen und andere Objekte von den Landeskriminalämtern Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen durchsucht. Hier wurden angeblich Belege dafür gefunden, dass die Landser-Mitglieder an Treffen mit militanten, bewaffneten Neonazis in den USA und in Kanada teilgenommen haben. Dass Landser auf ein internationales Netzwerk zurückgreifen kann, war auch schon Jahre vor den 15monatigen Ermittlungen des Berliner Staatsschutz bekannt.

Bei der CD »Republik der Strolche«, die 1995 erschien, hatte NS 88 aus Dänemark die Produktion übernommen. 1998 wurde die CD »Rock gegen Oben« in den USA hergestellt und über die Niederlande durch einen Kurier in die BRD gebracht.

An der Herstellung von »Ran an den Feind« waren dann schon mindestens drei Länder beteiligt: Die Aufnahmen erfolgten in einem Londoner Tonstudio, gepresst wurde die CD in einer dänischen Fabrik und das Beiheft zur CD wurde in Osteuropa gedruckt. Von den 8.000 Stück der Erstauflage wurden lediglich 200 Exemplare beschlagnahmt. Der größte Teil der Auflage fand jedoch seinen Weg in die Plattenschränke der Neonazis.

Die Katze beißt sich in den Schwanz

Antifaschistische Initiativen haben immer wieder auf die Gruppe und den Einfluss ihrer Musik hingewiesen. Die Wirkung rassistischer und antisemitischer Texte auf Jugendliche wurde von offizieller Seite jahrelang verharmlost. Zum Teil wurden Nazibands von staatlichen Stellen gefördert, ihnen wurden Proberäume zur Verfügung gestellt und erste Aufnahmen ermöglicht. Diese Mittel stehen denen gegenüber, die der Staat nun aufwendet, um die Auswirkungen ihrer Politik zu bekämpfen. Was rein ökonomisch gesehen schon Irrsinn ist, hat politisch eine fatale Aussage.

Rechtsextreme Bands sind Teil einer kulturellen Bewegung, ihre Musik spielt eine große Rolle bei der Verbreitung ihrer menschenverachtenden Ideologie. Mit Hilfe von Bands wie Landser ist es den Neonazis gelungen, einen vorpolitischen Raum zu erobern, sie führen einen Kulturkampf und das mit großem Erfolg.

Nun wird offiziell, wovor AntifaschistInnen schon seit Jahren warnen: Es gibt in der deutschen Neonaziszene terroristische Bestrebungen, die ernst zu nehmen sind. Was die deutschen Verfassungsschutzbehörden als »Ansätze« runter spielten, ist für die Menschen, die nicht in das rechtsextreme Weltbild passen, schon seit langem eine reale und manchmal tödliche Gefahr.

Den bevorstehenden Prozess verdanken Landser einem ihrer Bandmitglieder, denn trotz aller Sicherheitsvorkehrungen reichte den Ermittlern letztendlich ein simpler Blick in den Gitarrenkasten von Andre Möricke aus. Hier lagen die in deutscher Gründlichkeit niedergeschriebenen Grifffolgen der Landser-Lieder.

Sollten die Beweise tatsächlich ausreichen, um die Band hinter Gitter zu bringen, bleibt die spannende Frage, was nach der Haftentlassung passiert. Die Band hat auf der CD »Ran an den Feind« diese Frage für sich schon beantwortet: »..aber Rockmusik kann nicht alles sein, und eins, das ist gewiss, fallen mir irgendwann keine Texte mehr ein, dann werd ich Terrorist«. ■

[2] Christian Wenndorf Schlagzeuger von Landser.

[3] Jean-Rene Bauer (hinten) Gitarrist, vorn: Blood & Honour-Aktivist Dirk Horn.

In Verkehrung der Tatsachen

[1]

Unter der Führung des Hallenser Ex-Blood & Honour-Aktivisten Sven Liebich überfielen 20 Neonazis eine Gruppe von AntifaschistInnen. Diese hatten gerade friedlich vor dem Ladengeschäft von Liebich demonstriert. Die Polizei nahm die Personalien der Antifas, nicht die der Neonazis auf und machte die Opfer zu Tätern.

Den AntifaschistInnen in Halle ist Sven Liebich wirklich kein Unbekannter. Seit Jahren schon gehört er zum harten Kern der Hallenser Neonazi-Szene. Bis 1999 betrieb er den Ultima-Tonträgervertrieb, einen der größten Neonazi-Vertriebe in der Bundesrepublik, den er aufgrund polizeilicher Repression aufgeben musste. Insbesondere sein Engagement für Blood & Honour und Combat 18 machte ihn bei seinen Kameraden in Sachsen-Anhalt bekannt. Obwohl sich die Strukturen von Blood & Honour in Sachsen-Anhalt im Vergleich mit anderen Bundesländern bescheiden ausnehmen, schaffte es Liebich immerhin eine Ausgabe eines B&H-Fanzines namens »The new Dawn« zu produzieren. Inwieweit er dabei von anderen B&H-Gruppen unterstützt werden musste, ist indes nicht bekannt. Nach dem Verbot von Blood & Honour am 14. September 2000 war jedenfalls auch Sven Liebich von Hausdurchsuchungen betroffen. Sein starkes Engagement im Bereich der rechten Jugendkultur und Musikszene führte zum Ausbau entsprechender Strukturen in der Region. Er betreut inzwischen die Läden »The Last Resort« in Halle, der offiziell von seiner Schwester Sandra betrieben wird, und »Mitgard« in Leipzig. Um gegen den Laden »The Last Resort« zu protestieren, trafen sich am 17. November 2001 etwa 15 AntifaschistInnen vor dem Ladengeschäft in der Lauchstädterstraße 17 in Halle. Der Laden, der eine der zentralen Anlaufadressen militanter Neo-nazis im südlichen Sachsen-Anhalt ist, sollte ins Licht der Öffentlichkeit gerückt werden. Wie in vielen vergleichbaren rechten Ladengeschäften werden auch in Liebichs »Last Resort« rechte Musik, Szene-Klamotten und anderes Propagandamaterial vertrieben. Der Laden richtet sich vor allem an die 14- bis 25Jährigen, um sie in die örtliche Struktur der freien Kameradschaften zu integrieren.

Nachdem die AntifaschistInnen ca. eineinhalb Stunden friedlich vor dem Laden protestiert hatten und auch die Polizei währenddessen keinerlei Grund zum Einschreiten sah, löste sich die kleine Spontanversammlung auf. Während von der Polizei nichts mehr zu sehen war, hielten neben den Antifas mehrere Autos, aus denen ca. 20 bis 25 Nazis sprangen. Nach Aussagen der Betroffenen wurden sie von den Angreifern regelrecht eingekreist und u.a. mit Knüppeln und Ketten angegriffen. Der Ladenbesitzer Liebich hatte nach Aussagen der Antifas eindeutig das Kommando und stürmte mit einem Messer bewaffnet vorneweg. Nach fünfminütiger Auseinandersetzung zogen sich die Neonazis zurück. Die kurz darauf eintreffende Polizei zeigte jedoch wenig Interesse an den Schilderungen der Opfer, im Gegenteil. Die Beamten nahmen die Personalien der Antifas auf. Auf mehrmalige Nachfrage, ob ihnen klar wäre, dass die Antifas gerade massiv angegriffen worden wären, entgegneten Beamte, diese seien doch selbst schuld, da sie die Angreifer ja provoziert hätten. Der Unterschied zwischen friedlichem Protest und einem organisierten bewaffneten Überfall schien ihnen nicht klar. Die Situation gipfelte darin, dass ein weiteres Polizeifahrzeug vorfuhr, aus dem Sven Liebich stieg, auf mehrere Personen zeigte und sie beschuldigte, ihn angegriffen zu haben. Den Antifas wurde es bis auf eine Ausnahme verwehrt Anzeigen aufzugeben. Als Fazit bleibt, dass die Geschädigten als Täter dargestellt werden. Vier Angegriffene mussten ambulant behandelt werden. Die Verkehrung der Opfer in Täter findet seitens der Polizei trotz offensichtlicher Zusammenhänge statt. Unmöglich ist eine friedliche Protestaktion mit dem Ziel, Öffentlichkeit über rechtsextreme Strukturen herzustellen, mit einem organisierten Angriff einer neonazistischen Schlägertruppe vergleichbar. Dass Neonazis am hellichten Tag bewaffnet und mit solch extremer Gewaltbereitschaft vorgehen, gibt Anlass zur Sorge. Diese Sorge scheint die Polizei in Halle/Saale jedoch nicht zu teilen. ■

[1], [2]: Ex-Blood & Honour-Aktivist Sven Liebich

Kameradschaftsboom im Nordosten

Die »Freien Nationalisten« haben auch in Mecklenburg-Vorpommern der NPD mittlerweile den Rang als aktivste Organisation abgelaufen. Während diese im Zuge des Wahlkampfs 1998 für die Erlebniswelt der Neonazis aus Aufmärschen, nächtlichem Plakatekleben und legalen Konzerten sorgte, sind diese Dinge jetzt fest in der Hand der Kameradschaften. Nichtsdestotrotz bestehen weiterhin gute Verbindungen und teilweise personelle Überschneidungen. Oft werden Aufmärsche arbeitsteilig von der NPD angemeldet und von den »Freien« organisiert und frequentiert, wie beispielsweise beim Aufmarsch am 14. Januar 2001 in Greifswald. Aber im Gegensatz zu den »systemkonformen« Parteien sind die Kameradschaften soziale Zusammenhänge, die für rechte Jugendliche wesentlich attraktiver und leichter zu erreichen und vor allem sozial tiefer verankert sind. Das Identität und Zusammenhalt stiftende Element ist nicht ein Parteiprogramm, sondern die Integrationskraft der Gruppe, des rechten Freundeskreises.

Der ehemalige Bundesvorsitzende der Jungen Nationaldemokraten, Holger Apfel, meinte während des letzten Wahlkampfs 1998 zum Thema Freie Nationalisten: »Bei den zurückliegenden Demonstrationen wie auch den Saalveranstaltungen wurde deutlich, welche strukturelle Verankerung und welche Akzeptanz die NPD gerade in Kreisen vieler Unabhängiger Kameradschaften und freier Nationalisten in Mecklenburg-Vorpommern besitzt. Im Rahmen des Landtagswahlkampfes zeichnete sich dies durch eine beeindruckende kurzfristige Mobilisierungs- und Kampag-nenfähigkeit der eigenen Mitglieder wie auch befreundeter Gruppen aus«.[1]

Allerdings sollte sich der NPD-Landeschef Hans-Günther Eisenecker irren, der 1998 noch behauptet hatte: "Wir müssen uns darüber im klaren sein, dass diese kleinen und unbedeutenden Kameradschaften überall im Land nicht mehr lange ohne eine starke Partei auskommen werden. Die NPD ist und bleibt die einzige Zukunft für Deutschland. Kameradschaften ohne Parteianschluss sind daneben und ihre Führungskräfte unfähig.«[2]

Seit dem '98er Wahlkampf wird das Kameradschaftsmodell massiv aus Hamburg vom Aktionsbüro Norddeutschland forciert. Christian Worch war seitdem bei den meisten Aufmärschen in Mecklenburg-Vorpommern vor Ort und konnte so seine Kontakte im ganzen Bundesland ausbauen.

Der Grad der ideologischen Schulung, der Einbindung ins bestehende Netzwerk und die politischen Aktivitäten der seitdem zu Dutzenden aus dem Boden geschossenen Kameradschaften ist dabei sehr unterschiedlich. Einige dieser Gruppen bestehen aus langjährig aktiven und geschulten Neonazis, wie zum Beispiel der Kameradschaftsbund Anklam oder der Kameradschaftbund Mecklenburg, die über beste Kontakte zu Neonazis nach Hamburg und zur Kameradschaft Germania Berlin, aber auch zum inzwischen verbotenen Blood & Honour-Netzwerk verfügen. Andere gehen aus rechten Kleinstadt-

White Resistance Rostock

cliquen hervor, wie es sie überall im Land gibt. Animiert von erfahrenen Naziaktivisten lassen sie sich »T-Hemden« bedrucken mit dem Schriftzug einer Kameradschaft des Namens ihrer Stadt oder ihres Viertels. Richtig gefährlich werden diese Cliquen jedoch, wenn geschulte Kader von Außen dazukommen. Dies lässt sich hier sehr häufig beobachten. Generell hat eine Kameradschaft immer eine Führungsperson, die für ein Mindestmaß an Disziplin sorgt, Schulungen organisiert und überregionale Kontakte pflegt.

Die Anfänge

Eine der ersten Kameradschaften in Mecklenburg-Vorpommern waren die Greifswalder Nationalsozialisten (GNS) unter Maik Spiegelmacher. Nach Angaben von Sicherheitsbehörden gründete sie sich 1991. Spiegelmacher selbst war allerdings schon vor der Wende als Neonazi aktiv. Drei »Sympathisanten« der GNS hatten im Oktober 1991 einen Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim verübt.[3] Bei ihrer Festnahme gaben sie an, Spiegelmacher hätte sie angestiftet,[4] der dafür zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Die Kameradschaft löste sich in Folge auf.[5]

In Wolgast war zwischen 1992 und 1993 die SS-Division Walter Krüger aus Neonazis aktiv, die schon in den 80er Jahren die Stadt in Atem gehalten hatten. Eine der ältesten, immer noch sehr aktiven Kameradschaften ist der Kameradschaftsbund Anklam (KBA). Unmittelbar nach der Wende hatte sich in Anklam ein NPD-Verband konstituiert. Im Zuge der Kreisgebietsreform ging der Kreis Anklam im Kreis Ostvorpommern auf. Der NPD-Kreisverband machte diese Metamorphose nicht mit, seine Mitglieder gründeten 1992 den KBA. Der machte fortan mit Schlägereien, Friedhofsschändungen, Flugblättern und Kranzniederlegungen von sich reden.

Auch im Süden des Bundeslandes traten schon frühzeitig Kameradschaften auf: Von 1992 bis 1994 betrieb eine Kameradschaft Neubrandenburg einen Ableger der Direkten Aktion/Mitteldeutschland - eine Vorfeldorganisation der 1992 verbotenen Nationalistischen Front -, der Nazis aus Neubrandenburg und Neustrelitz angehörten. Am 8. Juli 1994 veranstaltete sie kurz vor ihrer Auflösung noch ein Konzert mit dem rechtsextremen Liedermacher Frank Rennicke in der Penzliner »Havelquelle« mit über 100 Besuchern.

Im Landkreis Nordwest-Mecklenburg trugen viele rechten Glatzen von Anfang der 90er bis etwa 1998 Bomberjacken, die auf dem Rücken mit dem Schriftzug Kameradschaftsbund Mecklenburg-Holstein bestickt waren. Diese Verbindung trat zwar sonst nicht in Erscheinung, allerdings lässt sich auf eine schon damals enge Zusammenarbeit von Mecklenburger Neonazis mit Gleichgesinnten in Schleswig-Holstein schliessen, die nach wie vor besteht. Als am 13. Juni 1996 auf einem Campingplatz in Leisten eine Meute von 50 Nazis über eine Jugendgruppe aus Nordrhein-Westphalen und deren Betreuer herfiel und diese zum Teil schwer verletzte, waren neben Neonazis von Usedom und aus Wismar auch einige aus Schleswig-Holstein und Hamburg beteiligt.

In Ostvorpommern sorgte 1997 eine Gruppe namens »Odins Rächer« für Schlagzeilen. Sie fuhren laut Ostseezeitung mit einem Autokonvoi von zehn Fahrzeugen durch den Landkreis, um »Kiffer aufzumischen«. Die Polizei fand in den Autos, die mit Odins Rächer beschriftet waren, u.a. Baseballschläger, Pistolen und Messer. Reste dieser Gruppe existieren in Klempenow noch immer, Schlägereien sind nach wie vor Teil ihrer Freizeitgestaltung.

Als Unabhängiger Freundeskreis (UFK) bezeichnet sich seit 1997 die Kameradschaft Neuteutonia Neustre- →

[1]

]
laik Spiegelmacher
nit Mikrophon) war
ner der ersten
ameradschaftsführer
Mecklenburg-
orpommern.

➔ litz, die rege Kontakte zu ehemaligen Mitgliedern der verbotenen FAP unterhielt. Unter dem neutralen Namen Wanderfreunde e.V. versuchte diese Kameradschaft auch sehr junge Leute zu gewinnen und Fördermittel bei der Stadt zu beantragen. Seit dem tödlichen Verkehrs-unfall ihres Anführers Ronny Klein 1998 ist es etwas ruhiger um den Neustrelitzer UFK geworden.

Ein flächendeckendes rechtes Netz

Gegenwärtig existieren ca. 50 Kameradschaften in Mecklenburg-Vorpommern. Davon spielen etwa 15 eine herausragende Rolle. Sie sind seit langem aktiv, überregional sehr gut vernetzt, betreiben eigene Internetseiten, Infotelefone oder geben Fanzines heraus.

Seit einigen Jahren führen vorpommersche Kameradschaften am Volkstrauertag, in ihrer Diktion »Heldengedenktag«, Kranzniederlegungen auf dem Golm durch. Die dortige Gedenkstätte erinnert an 23.000 Kriegstote, unter ihnen 3.000 Wehrmachtssoldaten. Ihnen huldigen jährlich bis zu 200 »Nationalisten« aus der Region. Auf den Kranzschleifen finden sich dann die einschlägigen Organisationsnamen: Kameradschaftsbund Anklam, National-Germanische Bruderschaft, Kameradschaftsbund der Insel Usedom und Nationalen Widerstand Pasewalk.

Der Schwerpunkt des Kameradschaftswesens liegt derzeit im Osten Mecklenburgs und in Vorpommern. Dort existieren nicht nur die meisten, sondern auch die zahlenmässig stärksten Kameradschaften. Der Kameradschaftsbund Anklam (KBA) beispielsweise hat einen Kern von ca. 20 Aktivisten und kann sich dazu auf ein Umfeld von rund 70 jüngeren Rechten stützen. Dementsprechend vielfältig sind auch die Aktivitäten des KBA und seine Verbindungen im Neonazi-Netzwerk.

Seitdem sich beispielsweise in den 90er Jahren die Berliner Blood&Honour-Sektion aus dem Konzertbetrieb in Klein Bünzow bei Anklam zunehmend zurückzog, wurden die White-Noise Konzerte von Führungskadern des KBA wie Sven Riske aus Karlsburg sowie Maik Schildt und Steffen Hoyer aus Anklam organisiert. (...)

Der KBA verfügt außerdem über Kontakte zu Hamburger Neonazis und arbeitet eng mit den kleineren und größeren Kameradschaften in den umliegenden Kleinstädten zusammen. Erwähnenswert in diesem Zusammenhang sind vor allem der National Germanischen Bruderschaft (NGB) und der Kameradschaftsbund der Insel Usedom (KBU), dessen Chef Enrico Harmisch aus Bansin auch Anmelder des Neonazi-Aufmarsches am 14. Juli 2001 in Neubrandenburg war.

In der Region um Rostock spielt der Kameradschaftsbund Mecklenburg« (KBM) neben der Kameradschaft Rostock und der Kameradschaft Doberan eine herausragende Rolle. Mit dabei sind Neonazis, die schon seit Anfang der 90er aktiv sind, damals noch in FAP-Kreisen und im Umfeld der Hamburger Liste für Ausländerstopp (HLA). Der KBM verfügt über Kontakte ins ganze Bundesgebiet sowie nach Dänemark.

Einer der Treffpunkte des KBM ist der kommunale Jugendclub »Max« im Rostocker Stadtteil Gross-Klein. Wöchentlich trifft man sich hier mit 20 bis 30 Mitgliedern unter »Aufsicht« der Club-Leiterin, die sich auch privat gern mit den Nazis zeigt. Das kameradschaftliche Treiben - wie auch Nazikonzerte - werden von ihr mühevoll vor der Stadt gedeckt. Nach Aussen tritt der Kameradschaftsbund vor allem zum alljährlichen Gedenken am Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess in Erscheinung. Aber auch bei Aufmärschen außerhalb der Stadt sind Rostocker Neonazis anzutreffen. So präsentierte sich die Kameradschaft Rostock mit einem eigenen Transparent beim NPD-Aufmarsch gegen die Wehrmachtsausstellung am 1. Dezember 2001 in Berlin.

Einer der ältesten Protagonisten aus diesen Kreisen ist Oliver Dobitz, der auch als Betreiber des Ladens »Bodycheck« in Rostock agiert. Erstmalig fiel Dobitz 1995 auf, als er am Hess-Gedenkmarsch im dänischen Roskilde teilnahm. (...)

Lars Jacobs, einer der wichtigsten rechtsextremen Aktivisten im Norddeutschen Raum, stammt ebenfalls aus dem Personenkreis des KBM. Jacobs, den es mittlerweile nach Hamburg ins Umfeld dortiger Gesinnungsgenossen verschlug, hatte im August 2000 den letztlich verbotenen Hess-Marsch in Rostock angemeldet. Schon in den frühen 90er Jahren verteilte er Schulungsmappen der FAP, in denen es vor Antisemitismus und dumpfestem Rassismus nur so brodelte. (...)

Im Westen geht die Sonne unter ....

In Westmecklenburg ist das Kameradschaftsmodell noch in Entwicklung begriffen, jedoch haben sich auch hier inzwischen stabile Strukturen entwickelt, was vor allem mit dem massiven Zuzug von rechtsextremen Kadern aus den alten Bundesländern zusammenhängt.

In der Landeshauptstadt Schwerin gründete sich die gleichnamige Kameradschaft nach eigenen Aussagen im Jahr 2000. Sie hat einen Mitgliederstamm von etwa 15 Jungmännern, zu denen noch ein Umfeld gleicher Anzahl kommt. Sie pflegen rege Kontakte zum KBU, zum Umfeld des verbotenen Hamburger Sturm, nach Berlin und zum Neumünsteraner Club 88. Einer ihrer Hauptakteure ist Rene Feige, der in Schwerin kein unbeschriebenes Blatt ist: Während sein Vater 1998 für die Grünen antrat, kandidierte er als Schweriner Kreisvorsitzender auf Landeslistenplatz 12 für die NPD. Nach der Wahl ging er mit anderen ehemaligen NPDlern zur Sozialen Volkspartei (SVP). Seit deren zeitigen Ableben ist er in der Kameradschaft organisiert. Die Kameradschaft arbeitet eng mit dem Chef des NPD-Kreisverbands Nordwest-Mecklenburg, Manuel Herten, zusammen. Dieser meldet Demonstrationen und Infostände in Schwerin an, und die Kameradschaft sorgt für rege Teilnahme Freier Nationalisten. Eine weitere Leidenschaft von Feiges Mannen ist die Pflege der Gräber gefallener Wehrmachtssoldaten. Auch im »Weltnetz« - wie die Rechten des Internet bezeichnen - sind die Schweriner mit einer eigenen »Heimatseite« präsent, die aber grösstenteils aus zusammenkopierten Artikeln des Stoertebeker.net und der Seite des Aktionsbüros Norddeutschland besteht.

Im 20 km südwestlich von Schwerin gelegenen Hagenow kommt der »Nationale Widerstand« im Gewande eines eingetragenen Vereins daher. Etwa 20 junge Rechte wohnten der Gründungsveranstaltung des »Vereins für Freie Deutsche« bei, von denen die Hälfte den aktiven Kern bildet. Vorsitzender ist Jürgen Witt, der aus dem sauerländischen Lüdenscheid kommt. Dort war er im Umfeld der neonazistischen »Sauerländer Aktionsfront« (SAF) aktiv. Nachdem im Juni 2001 in München ein Grieche von einer Gruppe Neonazis fast totgeschlagen worden war, suchte die Polizei nach dem flüchtigen Haupttäter aus dem Umfeld der SAF auch in Hagenow und Amholz.

Anfang des Jahres 2001 besaß Witt die Dreistigkeit, sich telefonisch beim Schweriner Verein für Demokratie und Toleranz mit einem Angebot zur Zusammenarbeit zu melden: Es gäbe ein Schulungszentrum »in dem man doch gemeinsame Veranstaltungen machen« könne.

Am 24. Februar 2001 meldete Witt eine Demonstration in Parchim an, als Veranstalter trat der Verein auf. Tatsächlich aber war es Christian Worch, der dabei das Heft in der Hand hielt. Ein Aufmarsch in Hagenow am 18. August 2001 wurde von den Freien Deutschen in Zusammen-arbeit mit dem Ludwigsluster Neonazikader Klaus Bärthel organisiert.

In Ludwigslust lässt sich beobachten, wie aus einer sehr grossen, aber hauptsächlich mit Gewalt und Alkohol beschäftigten Skinheadszene, eine politisch agierende Kameradschaft wird, wenn ein geschulter Ideologe für Disziplin sorgt. Neonazis gibt es in der Kreisstadt schon sehr lange. Seit zehn Jahren fallen sie als äusserst brutale Schläger auf, die mit einem grossen Umfeld an rechten Jugendlichen die wenigen Asylbewerber, aber auch jeden Ausdruck alternativen Lebens in der Stadt terrorisieren. 1999 zog dann Klaus Bärthel mit seiner Ehefrau Annemarie aus Hamburg nach Ludwigslust und nahm sofort die Strukturierung des vorhandenen rechten Potentials in Angriff. In seinem Haus führt er nach Angaben jugendlicher Rechter Schulungen durch. Am 16. Oktober 1999 organisierte der frischgebackene Nationale Widerstand unter Anleitung Bärthels seine erste eigene Demonstration; das paradoxe Motto: »Gegen Überfremdung und Ausländerfeindlichkeit«. Gern tragen Bärthel und Kameraden bei Aufmärschen wie in Gadebusch oder Parchim ihr Transparent mit der Aufschrift »Nationaler Widerstand 88 Ludwigslust« vor sich her.

Bärthel und Witt sind nicht die einzigen Westimporte im Landkreis. Die strategisch günstige Lage an der Autobahn zwischen Berlin und Hamburg lockt immer mehr altgediente Neonazi-Kader aus Hamburg und Schleswig-Holstein in den Landkreis. Im Flecken Amholz, nahe Boizenburg, kauften sich Thomas Wulff vom »Aktionsbüro Norddeutschland« und Michael Grewe aus Lüneburg ein Gutshaus, aus dem offenbar ein Schulungszentrum werden soll. Auch Bärthels Sohn Thorsten, Abo- und Kontoverwalter des »Zentralorgan«, nebst Familie, sowie Lars Georgi und sein TTV-Versand sind von Hamburg ins Boizenburger Umland gezogen.

Die Räume von Bärthel senior wie auch das Amholzer Guthaus waren im Januar 2000 Ziel einer polizeilichen Durchsuchung. Die Nummer 8 des von Bärthel in seinem Wolf-Verlag, der ebenfalls in Ludwigslust ansässig ist, herausgegebene »Zentralorgans« trug den antisemitischen Titel »Juden raus!«.

[1] Schlechte Zeiten in Mecklenburg-Vorpommern für Günther Eisenecker und die NPD.

Machtkampf und Arbeitsteilung an der Küste

Eine Besonderheit in Vorpommern ist, dass der regionale Anführer Maik Spiegelmacher aus Greifswald gleichzeitig stellvertretender NPD-Landesvorsitzender ist. Nachdem sich geraume Zeit eine Art Doppelspitze mit Axel Möller aus Stralsund und Maik Spiegelmacher etabliert hatte, kam es im Sommer 2001 zu einem Zerwürfnis zwischen dem »Freien Nationalisten« Möller auf der einen und den vorpommerschen Kameradschaften sowie Spiegelmacher und seinem Greifswalder NPD-Verband auf der anderen Seite. Grund ist offenbar die egozentrische und arrogante Art, mit der Möller sein Machtinstrument, die Internetseite stoertebeker.net, nicht →

→ nur gegen »politische Gegner«, sondern auch gegen die eigenen »Kameraden« nutzt. Inzwischen wird in der Neonaziszene zum Boykott Möllers aufgerufen. Spiegelmacher hat sich damit seine Führungsposition gesichert. Auf ihn wird es von lokalen AntifaschistInnen zum Beispiel zurückgeführt, dass die Kamerad-schaften sich seit einiger Zeit mit dem Image der Freunde und Helfer schmücken und an ihren Heimat-orten - wo sie oft namentlich bekannt sind - nicht mehr offen gewalttätig in Erscheinung treten. Statt dessen hat sich eine Art Arbeitsteilung entwickelt: Der KBA tritt etwa in Anklam nicht militant auf, sondern tut das in Greifswald, Ducherow oder Lassan. Die Lassaner Nazis wiederum sind neuerdings in Lassan relativ friedlich, gehen dafür mit den Ducherower Rechten gegen »Volksfeinde« in Anklam und Greifswald vor.

Neonazis als Ordnungsfaktor

Ein anderes besorgniserregendes Phänomen ist die Ordnungsfunktion, die die organisierten Rechten für sich in Anspruch nehmen und tatsächlich oft ausfüllen. In Lassan beispielsweise wurde ein Schüler in seiner Schule regelmässig verprügelt. Er wandte sich mit seinen Sorgen nicht etwa an die Polizei, sondern an die rechte Szene im Ort. Die Glatzen »klärten« sein Problem, schenkten ihm Bomberjacke und Springerstiefel und gewannen so einen neuen Kameraden.

In Ribnitz-Damgarten zeigte sich Bürgermeister Jürgen Borbe erfreut über die Ribnitzer Rechten, denen er sogar einen eigenen Jugendclub überliess. Das seien ganz normale Jugendliche, sauber und ordentlich. Seit sie den Club hätten, seien auf dem benachbarten Parkplatz keine Autos mehr aufgebrochen worden, »die passen nämlich auf«, wie er gegenüber der Ostsee-Zeitung erklärte.

Kein Ende in Sicht

Die Organisierung in Kameradschaften ist in Mecklenburg-Vorpommern nicht neu und nach wie vor im Wachstum begriffen. Mehr als eine Partei können sie eine grosse Zahl Jugendliche rekrutieren und in politische Arbeit mit Abenteuerfaktor einbinden. Als starke soziale Zusammenhänge sind sie sogar für nicht vordergründig rechte Jugendliche attraktiv, da sie vor allem im Osten des Landes nahezu die einzigen greifbaren Sozialstrukturen für sie darstellen.

Was als Freizeitclique an der Tankstelle oder dem Bahnhofsimbiss beginnt, endet immer öfter als Neonazi-Kameradschaft. Das Interesse an rechter Ideologie ist groß und wird von ortsansässigen oder zugezogenen Altkadern auch befriedigt.

Unter dem verbindenen Markennamen der »Freien Nationalisten« wird das Organisationsmodell der Kameradschaften wenigstens mittelfristig das dominante Label der Rechten bleiben. Im Unterschied zur NPD können die Kameradschaften auf eine grosse Akzeptanz vor Ort bauen, wo sie sehr oft als die »Jungs von hier« oder »unsere Jungs« betrachtet werden. Sollte es zu einem Verbot der NPD kommen, dürfte der grösste Teil der jüngeren Mitgliedschaft in den Kameradschaften aufgehen oder neue gründen. Nachdem beispielsweise der NPD-Kreisverband Doberan nach sechsmonatiger Existenz seinen Austritt aus der Partei zum 1. Juli 2001 bekanntgab, kündigte sein Chef Martin Timmermann an, sich dem Kameradschaftsbund Mecklenburg anschliessen zu wollen. ■

…] Axel Möller, der …oykottierte Betreiber …on Stoertebecker.net

… Deutsche Stimme, 12/98 … zitiert aus einer …itteilung des UFK …eustrelitz im Netz … Ostseezeitung im Oktober …991 … a.a.O. … 1992 wird Spiegelmacher … drei Jahren Haft …rurteilt, weil er einen …arokkaner halb …tgeschlagen hatte. Zuletzt …urde er am 7. Dezember …001 wegen …örperverletzung an einem …Kameraden« zu acht …onaten Haft verurteilt. Da …in Haftantrittsdatum noch …klar ist, sind mögliche …uswirkungen seiner …bwesenheit auf die …gionalen und kommunalen …eonazistrukturen bislang …hwer absehbar.

Der Artikel wurde auszugsweise aus einer Broschüre des Vereins »Argumente - Netzwerk antirassistischer Bildung« dokumentiert. Wer die Broschüre, die sorgfältig recherchierte Hintergründe zu antirassistischen Aktivitäten, Rechtsextremismus und Rassismus in Mecklenburg-Vorpommern anbietet, bestellen möchte, sollte sich an die folgende Adresse wenden:
rat
c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg

Rostocker Schnellverfahren

Neun Jahre nach dem Pogrom gegen Flüchtlinge und vietnamesische VertragsarbeiterInnen in Rostock-Lichtenhagen findet vor dem Schweriner Landgericht seit dem 20. November 2001 ein Prozess gegen drei mutmaßliche Brandstifter des Abends vom 24. August 1992 statt. Die über drei Tage andauernden Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen waren der Anfang einer Welle von Angriffen auf Flüchtlinge, Asylbewerberheime und MigrantInnen in ganz Deutschland. Dass bis heute die Umstände der Ereignisse nicht aufgeklärt worden sind, Ermittlungen gegen Polizeiführer eingestellt wurden und es erst jetzt wieder zu einer Verhandlung gegen Täter von damals kommt, gleicht einer Fortführung der Angriffe mit anderen Mitteln.

[1] Nach neun Jahren reger Ermittlungstätigkeit präsentiert das Gericht einen »Berg« an Akten

Die Vorgeschichte

Die Schweriner Landesregierung hatte in der Plattenbausiedlung Rostock-Lichtenhagen eine Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZASt) errichtet. Das einer solchen Einrichtung zugrundeliegende Konzept hatte damals das sächsische Inneministerium unter dem CDU-Innenminister Heinz Eggert eingebracht. Flüchtlinge sollten zentral erfasst, überprüft und erst dann verteilt werden. In Rostock führten überlange Bearbeitungszeiten zwischen Aufnahme und Weiterverteilung dazu, dass immer mehr Menschen über Tage vor der ZASt ohne Geld und sanitäre Versorgung campieren mussten. Stadt und Land hielten diesen Zustand über Monate aufrecht - sozusagen als Abschreckung. Man hoffte, dass bald die Gesetze geändert und nicht noch mehr Asylsuchende kommen würden.[1]

Zwei Wochen vor der geplanten Verlegung der ZASt meldete sich eine Bürgerinitiative »Interessensgemeinschaft Lichtenhagen« per Anruf bei regionalen Tageszeitungen: »Wenn die Stadt nicht bis Ende dieser Woche für Ordnung sorgt, dann machen wir das.«

Es war klar, was damit gemeint war. Dennoch enthielt der polizeiliche Einsatzbefehl lediglich allgemein gehaltene Standardfloskeln, jedoch keine konkreten Maßnahmen.

Der Verlauf des Pogroms

Am Sonnabend, den 22. August 1992, nachmittags: Immer mehr Menschen ziehen vor die ZASt, bald fliegen die ersten Steine. Ziel sind auch die Wohnungen der vietnamesischen VertragsarbeiterInnen, die neben der ZASt im selben Gebäudekomplex untergebracht sind. Die zunächst 35 anwesenden Polizeibeamten halten sich zurück, »Wir sind zunächst von einem Bürgerprotest ausgegangen, dem man nicht mit Helm und Schild begegnen darf.«[2] Die Angreifer versuchen in das Haus einzudringen, scheitern aber an der eigenen Unentschlossenheit. Es wird dunkel. Die Zahl der Angreifer wächst auf ca. 300, umringt von etwa tausend Zuschauern, jeder Wurf wird von Parolen und Klatschen begleitet. Auch die mittlerweile um einen Bereitschaftszug verstärkte Polizei wird massiv, unter anderem mit ihren eigenen Gaskartuschen, angegriffen. Polizeiautos gehen in Flammen auf. Warnschüsse werden abgegeben. Angeforderte Wasserwerfer treffen gegen 2 Uhr nachts ein. Sie brauchen für den Weg aus Schwerin - wohin sie in der Woche zuvor verlegt worden waren - über vier Stunden. Ihr Einsatz vor Ort ist zurückhaltend. Gleichzeitig wird deutlich, dass der Polizeifunk abgehört wird. Die Auseinandersetzungen dauern bis 5 Uhr morgens.

Am Sonntag, den 23. August 1992, wiederholen sich diese Szenen vor dem Sonnenblumenhaus. Wieder dringen Angreifer kurzzeitig in das Haus ein. Die Bewohner ziehen sich in die oberen Stockwerke zurück. Die Polizei versucht zeitweise, einen Ring um das Haus zu bilden, bekommt aber - offensichtlich ohne Konzept agierend - die Lage nicht unter Kontrolle. Unter der Menge von 3000 Menschen macht sich Volksfeststimmung breit. Lichtenhagen ist mit Autos aus

1| Offener Brief Knut Degeners, damals Pressesprecher der SPD, vom 30. August 1992
2| Siegfried Kordus, damals Polizeidirektor Rostocks, vor dem Untersuchungsausschuß des Landtages

➔

[1]

1] Auch wenn Antifas vährend des Pogroms aum reagierten, prägten lie Ereignisse die ıntifaschistische Bewegung rheblich.

→ Hamburg, Lübeck und Niedersachsen zugeparkt. Im Verlauf des späten Abends kommt es zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Sie wird von bis zu 500 Angreifern immer wieder mit Steinen, Knallkörpern und Brandflaschen beworfen. Erst an diesem Abend um 22 Uhr wird durch die Rostocker Polizeiführung in Abstimmung mit dem Innenminister landesweit Alarm ausgelöst.[3] Gegen 1 Uhr gelingt es der Polizei, Angreifer abzudrängen. Zur selben Zeit treffen mehrere Hundertschaften aus Hamburg vor Ort ein. Gegen 1.30 Uhr flüchten die letzten Rassisten, als etwa 150 AntifaschistInnen mit einer Spontandemonstration vor das Haus ziehen. Etwa 60 Antifas werden auf dem Rückweg aus ihren Autos heraus verhaftet.[4]

Montag, der 24. August 1992: Der Unterricht an den Schulen in Lichtenhagen wird um 10 Uhr beendet. Wieder versammeln sich um das Haus Menschen, vor allem Jugendliche. Die ZASt wird geräumt. Die VietnamesInnen bleiben. Ihre Vertreter und andere Personen, die sich ebenfalls noch im Sonnenblumenhaus aufhalten, informieren auf unterschiedlichen Wegen die Rostocker Polizei, dass sie weiterhin Schutz benötigen. Bei der Polizeidirektion Rostock gibt es am Nachmittag eine Besprechung mit dem damaligen CDU-Bundesinnenminister Rudolf Seiters, dem Chef der Bundesgrenzschutzleitung-Ost, Fritsch, Landesinnenminister Lothar Kupfer (CDU) und dem Rostocker Polizeidirektor Siegfried Kordus, über deren Inhalt bis heute nichts bekannt ist. Eine weitere Kräfteanforderung an Polizeien anderer Länder wird trotz bestehender Angebote nicht gestellt.

Am Abend des 24. August 1992 konzentriert sich die Polizei zunächst hauptsächlich auf einer Kreuzung vor dem Haus. Dort wird sie kurz nach 20 Uhr von mehreren Seiten angegriffen. Zur selben Zeit werden die letzten beiden Hamburger Hundertschaften aus dem Geschehen herausgelöst, sie müssen mangels Anforderung nach Hamburg zurück. 21 Uhr : Die verbliebenen Polizeikräfte vor dem Haus werden förmlich eingekesselt, andere stehen in der Nähe herum; der Einsatz erscheint wieder völlig planlos. »Störer« sollen gegenüber Polizisten vor Ort ein »Verhandlungsangebot« gemacht haben. Ihre Forderungen waren unter anderem: Besichtigung der ZASt, freies Geleit und ein Lautsprecherwagen.[5] Etwa zur gleichen Zeit: Die letzten Züge der Polizei am Haus ziehen sich zurück. Gegen 21.30 Uhr werden aus einer Menge von 500 Nazis die ersten Molotow-Cocktails in die unteren Etagen des Aufganges der VietnamesInnen geworfen. Feuerwehrleute versuchen zu Fuß über den Eingang hinterm Haus mit Handfeuerlöschern die ersten Brände zu löschen, geben aber aus Angst vor den Angreifern kurz darauf auf. Diese dringen wenig später ins Haus ein und treffen auf Vietnamesen, die den Treppenaufgang verteidigen. Danach wird auch der Aufgang der ZASt in Brand gesetzt. Von unten sind im Haus Menschen an den Fenstern zu sehen, bei einigen brennt Licht. Um das Haus befinden sich bis zu 3000 beifallklatschende Menschen. Man steht herum, quatscht und trinkt Bier. Die Rechten rufen »Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!«, »Sieg Heil« und »Zugabe«. Im Haus kann man auch in den oberen Etagen vor Qualm kaum noch atmen. Etwa 150 VietnamesInnen, deutsche UnterstützerInnen, der Ausländerbeauftragte Wolfgang Richter, ein Team des ZDF und Wachschutzleute können sich in letzter Minute durch das Aufbrechen einer Dachtür auf`s Dach des Gebäudes retten. Erst um 22.50 Uhr, nachdem die Polizei wieder vorrückt, können die Löscharbeiten beginnen. Während der ganzen Zeit war in der Einsatzzentrale der Polizei niemand zu erreichen. Der Rostocker Polizeichef und designierte LKA-Chef Siegfried Kordus hatte sich gegen 20.10 Uhr für drei Stunden »zum Hemdwechseln« nach Hause zurückgezogen, Innenminister Kupfer tat gegen 20.15 Uhr das gleiche und auch Kordus Stellvertreter Jürgen Deckert

3| Der landesweite Polizeialarm war Voraussetzung dafür, dass zusätzliche Polizeikräfte aus Hamburg eingesetzt werden konnten.
4| In den Meldungen am nächsten Tag hieß es lediglich, dass die Polizei über 80 Randalierer festnehmen konnte.
5| Bericht der Polizeibeamten Herzog und Bleeck vor dem Untersuchungsausschuss.

war ab 19.35 Uhr »nicht mehr erreichbar«.[6] Berichten von Polizeiführern zufolge hatte sich während der Zeit des Brandes der Einsatzleiter Deckert zusammen mit dem Oberstaatsanwalt Neumann über 20 Minuten zur Beratung wegen der »Forderungen« zurückgezogen und auch danach keine Einsatzanweisungen mehr gegeben. Es gibt eine Art »Waffenstillstand mit den Störern«.[7]

Schon zu Beginn der Ereignisse und in den Tagen darauf waren zahlreiche Neonazikader in Lichtenhagen anwesend. Personen aus dem Spektrum der FAP, der Nationalistischen Front, der Hamburger Nationalen Liste, der Deutschen Alternative und der Berliner Gruppe »Wotans Volk« waren angereist, genauso wie Vertreter der österreichischen VAPO und der schwedischen VAM.[8] Auch das damalige Auto des Hamburger Neonazianführers Christian Worch wurde mit einer telefonierenden Person gesehen.[8] Ebenfalls gesichtet wurde der Berliner Neonazi Oliver Schweigert.

Am Tag nach der Brandnacht, nachdem über drei Tage die Einsatzleitung aus nicht nachvollziehbaren Gründen allein in den Händen der Rostocker Polizeiführung lag, wurde die Führung durch die Landespolizeizentrale übernommen. Umgehend wurden den Einsatzkräften bereits Monate zuvor beschaffte Ausrüstungen zur Verfügung gestellt und zusätzliche Polizeifunkfrequenzen in Betrieb genommen. Bis zum Mittwoch lieferten sich rechte Jugendliche und Naziskinheads noch Auseinandersetzungen mit der Polizei. Als AntifaschistInnen am 29. August 1992 dann zu einer Großdemonstration nach Rostock mobilisierten, waren über 3000 Polizisten im Einsatz. Der norddeutsche Antifa-Konvoi wurde stundenlang von vermummten MEK-Einheiten bei Bad Doberan festgehalten; nur nach mühsamen Verhandlungen konnte die Demonstration überhaupt losgehen.[9]

Es stellte sich die bis heute unbeantwortete Frage: Gab es im Vorfeld Pläne, die Situation in Lichtenhagen eskalieren zu lassen? Wenn ja, wer war an den Überlegungen beteiligt? Oder waren die Ereignisse nur das Ergebnis einer Verkettung von unglücklichen Zufällen verbunden mit einer Reihe persönlicher Fehlentscheidungen?

Einem Untersuchungsausschuss des Schweriner Landtags gelang es nur unzureichend, die Verantwortlichkeiten bei Polizei und Politik zu klären. Auch die Strafverfahren wegen fahrlässiger Brandstiftung und unterlassener Hilfeleistung gegen den Rostocker Polizeidirektor Kordus und dessen Vize Deckert wurden eingestellt.[10] Kordus hätte lediglich die Gefahrenlage falsch eingeschätzt, Deckert sei mit dem über drei Tage andauernden Einsatz überfordert gewesen.

Ähnlich lax verfuhr die Justiz auch mit den rechten Angreifern. Immer wieder entschuldigte die Justiz ihre magere Ausbeute damit, dass die Polizei ihr keine Videoaufnahmen und auch sonst wenig Beweise vorgelegt habe. Wie auch im jetzigen Prozeß deutlich wird, machte sich offenbar niemand die Mühe, die vorhandenen Aufnahmen mehrerer Kamerateams, die das Geschehen aus nächster Nähe vom Dach einer Kaufhalle minutiös festgehalten hatten, intensiv auszuwerten.

Der Prozess vor dem Landgericht Schwerin und seine Vorgeschichte

In einem Prozess vor dem Amtsgericht Rostock, dem bisher einzigen gegen Personen, die das Haus in Brand setzten, wurden im Frühjahr 1993 die Schweriner Neonazis Sven Abel, Enrico Kirschke und Rene Kaiser wegen schwerer Brandstiftung und Landfriedensbruch zu Haft- und Bewährungsstrafen zwischen drei und zwei Jahren verurteilt. Die damals Verurteilten waren zusammen mit den jetzigen Angeklagten in Lichtenhagen. Sie hatten sich auf Fernsehbildern des ZDF wiedererkannt, wie sie in Räume im ersten Stock der ZASt eindrangen, dort Fenster zerschlugen und versuchten, die Gardinen anzuzünden. Im Rahmen der Ermittlungen machten fast alle Mitglieder der Schweriner Gruppe, die selbst von der Polizei der gewalttätigen rechten Skinheadszene zugeordnet wurden, umfangreich Angaben zu den Ereignissen.

Nachdem das Verfahren gegen die restlichen Mitglieder der Gruppe von der Rostocker Staatsanwaltschaft an →

6| Der Spiegel, 28.12.199
7| Bericht des Hundertschaftsführers Wenn-Karamnow vor dem Untersuchungsausschuß
8| vgl. AIB Nr. 20a November/Dezember 199 In einem Verfahren gegen den C. Bertelsmann Verlag hat Worch im Jahr 2001 durchgesetzt, dass die Behauptung, er habe über Funk den Einsatz der Kameraden kommandiert, nicht mehr verbreitet werden darf.
9| vgl. AIB Nr. 20a November/Dezember 199
10| Das Verfahren gegen Kordus wurde 1994 eingestellt. Der geschulte BKA-Mann (er war 1982 u.a. Leiter des Bonners Referats für politische Ausländerkriminalität) verlor seinen Job als LKA Leiter von Schwerin erst nach einem Skandal um de Auftritt von Prostituierten bei einer Polizeiweihnacht feier. Der heute 60jährige lebt im Vorruhestand in Spanien. Das Verfahren gegen Deckert wurde 199 eingestellt, der heute 50jährige lehrt an einer Polizeifachschule in Mecklenburg-Vorpommern

[1] Der jetzt 27jährige Ronny Sanne (1.v.r.) fiel auch nach der Anklageerhebung mit rechtsextremen Straftaten auf.

→ die Staatsanwaltschaft Schwerin abgegeben wurde, geschah lange Zeit nichts. Die Haftbefehle waren ohnehin außer Vollzug gesetzt worden. Im April 1995 erhob die Staatsanwaltschaft Schwerin dann Anklage gegen Ronny Sanne (27), Andre Bohs (28), Enrico Palletschek (28) und Sven Müller (29) wegen versuchten Mordes, schwerer gemeinschaftlicher Brandstiftung, schwerem Landfriedensbruchs und Verstoß gegen das Waffengesetz. Bis zur Eröffnung des Hauptverfahrens vergingen weitere sechs Jahre. Richter Horst Heydorn ließ sich alle paar Monate die Akten vorlegen und verschob dann einen Prozess immer wieder mit dem Vermerk, die Kammer sei »wegen dringender Haftsachen überlastet«.

Zeit genug für Ronny Sanne, Andre Bohs und Enrico Pallatschek, so weiter zu machen wie zuvor. Alle drei kannten sich aus dem Schweriner Plattenbauviertel Großer Dreesch und waren schon zu DDR-Zeiten als rechte Hooligans aufgefallen. Mit Beginn der 90er Jahre waren sie offen rechte Skinheads, jagten MigrantInnen und Linke in Schwerin, wurden dafür manchmal auch zu Bewährungsstrafen verurteilt, saßen kurze Haftstrafen ab, kamen wieder raus und machten weiter. Ronny Sanne und Enrico Palletschek beispielsweise wurden noch 1998 straffällig, als sie auf der Fahrt zu einem Auswärtsspiel von Hansa Rostock im Zug volksverhetzende Lieder sangen und Reisende angriffen. Möglich waren ihre Aktivitäten auch, weil die Schweriner Polizei seit Beginn der 90er Jahre vor allem gegen die wenigen Linken, Punks und AntifaschistInnen in der Stadt vorgeht. Zuletzt endete ein Polizeieinsatz im Juli 1999 in einem Desaster. Da hatten Naziskinheads junge Punker vor einem linken Jugendclub provoziert; bei der anschließenden Auseinandersetzung griff die Polizei zugunsten der Naziskins ein und verhaftete zehn linke Jugendliche, die teilweise über Stunden in einer Schweriner Polizeiwache an Heizungen angekettet wurden und halbnackt auf dem Betonfußboden liegen mussten. Und die einzige aktive Antifagruppe in Schwerin, die Autonome Antifa Schwerin (AAS) muss im vierteljährlichen Verfassungsschutzbericht des Landes wegen angemeldeter Infostände als Beweis für die Existenz von »Linksextremisten« in Mecklenburg-Vorpommern herhalten.

Der Vorsitzende Richter am Landgericht Schwerin Horst Heydorn hatte wohl jetzt gehofft, das ganze Verfahren möglichst unbemerkt von der Öffentlichkeit durchziehen zu können. Doch er sollte sich irren: Der Ausländerbeauftragte Rostocks, Wolfgang Richter, und der Vietnamese Nguyen do Thinh meldeten sich als Nebenkläger. Sie waren zum Zeitpunkt des Brandes im Haus, ein Umstand, der dem Gericht bis zum November 2001 völlig unbekannt schien. Die Öffentlichkeit, die jetzt entstand, hinderte Heydorn keineswegs, wenige Tage vor Prozessbeginn das Verfahren gegen Sven Müller, wegen Verjährung einzustellen. Sven Müller, der jahrelang als einer der Drahtzieher der Naziszene in Schwerin galt und »Führer« der Gruppe in Lichtenhagen gewesen sein soll, war von der Staatsanwaltschaft »nur« schwerer Landfriedensbruch vorgeworfen worden. Der Prozess begann ohne ihn, wogegen von der Nebenklage Rechtsmittel eingelegt wurde.

Gespielte Reue vor Gericht

Im Prozess präsentieren sich die drei Angeklagten nun als reuige Schäfchen, die angeblich längst aus der rechten Szene in Schwerin ausgestiegen sind. Enrico Palletschek entschuldigte sich sogar bei den Opfern – eine für die Nebenkläger nicht ernst gemeinte Entschuldigung, da er gleichzeitig nicht bereit ist, auf ihre Fragen zu antworten. Die bisherigen Zeugenaussagen machen vor allem deutlich, dass die Gruppe tatsächlich am Abend des 24. August 1992 nach Lichtenhagen gefahren war und sich dort an den Angriffen beteiligt hatte. Nur Brandflaschen und Steine wollen die Angeklagten nie angefasst haben. Ein weiteres Mitglied der Gruppe, das nicht angeklagt wurde, weiß wie man Molotow-Cocktails wirft. Frank Schmidt, Spitzname »Goebbels«, der mittlerweile als verschollen gilt, verübte schon Ende Juli 1992 einen Brandanschlag auf das Flüchtlingsheim in Boizenburg - zusammen mit dem ersten NPD-Kreisverbandsvorsitzenden in Mecklenburg-Vorpommern, Rüdiger Klasen. Bislang zeichnet sich der Prozess dadurch aus, dass die Zeugen entweder mit den Angeklagten sympathisieren und deshalb nichts aussagen. Oder sie haben Angst, so wie die Hauptbelastungszeugin der Anklage. Nach ihren Aussagen im September 1992 war sie mehrfach von Frauen aus dem Umfeld der Naziskinclique angegriffen und

2]

[3]

[2] Das Verfahren immer wieder verschoben: Richter Horst Heydorn

[3] Die 28 jährigen Andre Bohs (1.v.l.) und Enrico Palletschek (3.v.l.) waren schon zu DDR Zeiten als rechte Hooligans bekannt.

zusammengeschlagen worden und hatte deshalb Schwerin auch für einige Zeit verlassen.

Ob sich die Hoffnung der Nebenkläger erfüllen wird, endlich Licht ins Dunkel der Begleitumstände jener Nacht des 24. August 1992 zu bringen, bleibt allerdings offen. Immer wieder versucht Richter Heydorn den Angeklagten nahe zu legen, dass sie ja nur aufgrund ihrer widrigen Lebensumstände – wahlweise Heimunterbringung, Alkoholismus und mangelnde Perspektiven – zu rechten Schlägern geworden sind. Letztendlich können sich die Angeklagten relativ selbstsicher zurücklehnen. Ihnen droht eine Verurteilung nach dem Jugendstrafrecht, da sie zur Tatzeit zwischen 17 und 19 Jahren alt waren. Mehr als Bewährungsstrafen – vor allem angesichts des langen Zeitraums – muß keiner der Angeklagten befürchten. Außerdem hoffen sie darauf, dass Staatsanwaltschaft und Gericht ihnen die Einstellung des Verfahrens nach der Beweisaufnahme anbieten.

Festzuhalten bleibt, dass der ausgeprägt schwache Ermittlungseifer der Polizeibeamten dazu geführt hat, dass trotz vieler Hinweise eine ganze Reihe von bekannten Neonazifreunden der Angeklagten nicht ermittelt wurden – jene Hamburger und Neubrandenburger Naziskins beispielsweise, die die Schweriner Gruppe vor dem Sonnenblumenhaus am 24. August 1992 traf. Auch wäre es sicherlich falsch, zu denken, dass mit einer Verurteilung der drei Angeklagten auch nur annähernd für Gerechtigkeit gesorgt wäre. Denn die Verantwortung für Rostock-Lichtenhagen, für tausende weitere Angriffe und für die über einhundert Toten des rechten Terrors tragen vor allem auch PolitikerInnen, die sich dafür zumeist weder entschuldigt noch dazu bekannt haben.

Die Folgen von Rostock

Neonazis und Naziskins überall in Ost- und Westdeutschland begriffen die Nächte von Rostock-Lichtenhagen als Chance zum Weitermachen. Sie bekamen mehr Zulauf als je zuvor. Vielerorts erreichten sie eine Stärke, die sie später in die Lage versetzte, eine rechte Jugendkultur zu etablieren. Mit Angriffen auf Flüchtlingsheime konnten militante Aktionsformen flächendeckend geübt werden, während man gleichzeitig um eine Akzeptanz auf breiter Basis bei der Zielrichtung wußte. Es folgte im November 1992 der mörderische Brandanschlag von Mölln und dann andere. Die politischen Folgen waren genauso verheerend. SPD, FDP, CDU und CSU schürten die rassistische Hetze weiter und nutzten die Angriffe, um die Opfer zu Tätern zu machen und das in Artikel 16 Grundgesetz verankerte Grundrecht auf politisches Asyl im Sommer 1993 de facto weitgehend abzuschaffen.

Verantwortung lässt sich nicht abschieben

Und auch die Antifabewegung muß sich mit ihrem eigenen Anteil an dem Pogrom und den Folgen auseinandersetzen. 1997 hat sich das AIB schon einmal mit der Entscheidung des Plenums von AntifaschistInnen befasst, das am Nachmittag des 23. August 1992 entschied, nicht direkt gegen den Mob vor dem Sonnenblumenhaus vorzugehen und am Tag der Brandnacht - noch unter dem Eindruck der Verhaftungen vom Vorabend - beschloss, überhaupt nicht mehr organisiert nach Lichtenhagen zu fahren: »Seit Jahren hatte man mit moralischen Argumenten Zivilcourage eingefordert, den schweigenden AugenzeugInnen etwa des 9. November 1938 zu Recht vorgeworfen, durch ihr Zuschauen mitschuldig zu sein. Nun, selbst in eine vergleichbare Situation geraten, war die Angst um den eigenen weißen Hintern offenbar größer. Den moralischen Ansprüchen entsprach kein Bewußt-sein darüber, wie man sich in der konkreten Situation selbst zu verhalten habe. Weder hatten wir uns selbst als Faktor der Geschichte ernst genommen, noch hatten wir uns ernsthaft klar gemacht, dass in solchen Situationen im Zweifel auch Gefahr für unser eigenes Wohlergehen bestehen kann. (...) Ich bin auch nach wie vor der Überzeugung, dass wir echte Chancen hatten, den Mob zu verscheuchen.«[11] Zwar merken die damals Beteiligten an, dass etliche Antifas am Ort des Geschehens waren und ein wirksames Eingreifen auch mangels - unter diesen Bedingungen notwendiger - Kommunikationstech-nik scheiterte. Doch zu den Versäumnissen der Antifa-Bewegung gehört auch, dass sich nach den Erfahrungen von Hoyerswerda 1991 nicht ernsthaft auf Handlungsmög-lichkeiten und Notwendigkeiten angesichts eines Pogroms vorbereitet wurde. ■

11| AIB Nr.41, S. 12ff, »Fünf Jahre nach Rostock : Ein Blick zurück im Zorn«

Hauptsache: Ruhe und

Zittau will seine Neonazis behalten – um jeden Preis.

Am 25. Oktober 2001 entschied der Stadtrat der ostsächsischen Kleinstadt Zittau, dem Nationalen Jugendblock Zittau e.V. (NJB) für 33 Jahre ein Haus in Erbpacht zu überlassen. Dies stellt nicht nur für Sachsen einen einzigartigen Umgang mit einer vom Verfassungsschutz als »neonationalsozialistisch« eingestuften Organisation dar.

» Der NJB betreibt seit 1992 ein Haus in der Zittauer Innenstadt und gilt seither als das Sammel- und Integrationsbecken von Neonazis in Ostsachsen. Im Haus und ausgehend von dem Haus kam es immer wieder zu einschlägigen Straftaten wie rechtsextremen Propagandadelikten und Körperverletzungen. Erster Höhepunkt in der Geschichte des Hauses war im Juli 1992 eine Hetzjagd auf Nichtdeutsche, in deren Verlauf der Neonazi Holger Müller in Notwehr von einem Migranten so verletzt wurde, dass er Stunden später verblutete. Seither findet alljährlich zu seinem Todestag in Zittau der sogenannte »Holger-Müller-Trauermarsch« statt, der nach Ansicht von örtlichen Antifas eine der wichtigsten Aktivitäten der lokalen Neonaziszene darstellt. In den vergangenen Jahren nahmen an dem Gedenkmarsch beispielsweise der Hamburger Neonazianführer Christian Worch sowie tschechische Blood & Honour Mitglieder teil. Im Jahr 2000 wurde der Marsch vom Berliner NPD-Bundesvorstandsmitglied Frank Schwerdt angeführt sowie von Udo Hempel, dem ehemaligen Chef des Jungen Nationalen Spektrums (JNS) aus dem sächsischen Niesky. In ihrer Unterstützung für die Neonazis ließ sich die Stadt Zittau in all den Jahren nicht beirren. Seit 1992 zahlten die Nazis für ihr Haus nur einen symbolischen Mietpreis von 80 Mark im Monat. Jahrelang leugneten Stadtverwaltung und Stadtrat, dass es mit den Neonazis überhaupt ein Problem gäbe. Im Gegenteil, als es beim Stadtfest 1999 zu mehreren Überfällen von organisierten Neonazis auf eine Party von Schwulen und Lesben und ein alternatives Jugendhaus kam, sprach der damalige CDU-Oberbürgermeister Jürgen Kloß, davon, dass es immer welche gäbe, die provozieren und welche, die sich provozieren lassen.

Auf die im »Sommer der Anständigen« folgenden Beiträge überregionaler Medien zum Thema »Wie fahrlässig und gedankenlos die Stadt Zittau ihre Skins und Neonazis unterstützt« , so die Überschrift eines Spiegel-Artikels, kam die altbekannte Reaktion der Stadtoberen: »Die Medien lügen,« verteidigte Oberbürgermeister Kloß die städtische Glatzenpflege im Juni 2001 in der Sächsischen Zeitung. Nicht nur verbal gab es von Seiten der Stadt Unterstützung für die Neonazis, regelmäßig konnten Vertreter des NJB auch an kommunalen Gesprächskreisen und Podiumsveranstaltungen Jugendpolitik teilnehmen und wurden somit als scheinbar demokratische Gesprächspartner legitimiert und hofiert. Noch im September 2000 sicherte Oberbürgermeister Kloß während einer Podiumsveranstaltung unter dem Motto »Was tun gegen Rechts« den ebenfalls anwesenden NJB – Vertretern öffentlich seine Unterstützung zu.

Eine Kündigung und ihre Folgen

Anfang Mai 2001 änderte Oberbürgermeister Kloß seine Einstellung dann plötzlich. Nicht länger sei er bereit, eine Vereinsarbeit zu dulden, »die sich offensichtlich nicht an demokratische Spielregeln hält«. Die Stadt kündigte dem NJB das Haus zum 31. Juli 2001. Die Reaktionen der Neonazis kamen prompt: Umgehend drohte der NJB an, für das »weitere Handeln einzelner Personen keine Verantwortung« zu übernehmen. Selbst unter diesen Umständen war den Neonazis prominente Unterstützung gewiss. Der Vize – Landrat Schweinert forderte Ende Juli 2001, die Kündigungsfrist für den NJB zu verlängern. Kloß stellvertretender Bürgermeister äusserte Verständnis, dass die Suche nach einem neuen Domizil für den NJB schwierig verlaufe. Niemand möchte so einen Verein in seiner Nachbarschaft. Grund sei weniger, dass der NJB eine »aktive neonationalsozialistische Organisation« sei, sondern vielmehr »befürchtete gewalttätige Reaktionen linker

Ordnung

Gruppen«. Man dürfe nicht zulassen, dass die Jugendlichen »auf den Straße herumlungern«. Bei soviel (Un)Kenntnis der Realität war es logisch, dass im September 2001 der Stadtrat mit nur drei Gegenstimmen den Oberbürgermeister beauftragte, die Formalitäten für einen Erbpachtvertrag mit den Neonazis auszuarbeiten. Bemerkenswerterweise regte sich hierbei der größte Protest bei der SPD. Diese kritisierte, dass hier Nazis »hoffähig« gemacht würden. Was folgte war laut Hagen Kreisel von der Beratungsstelle AMAL, die in Sachsen Betroffene rechter Gewalt betreut, »ein kaum noch fassbares Relativieren der nicht zu leugnenden rechtsextremistischen Aktivitäten des Vereines.« Einen offenen Brief des »Bündnisses für Demokratie und Toleranz«, welcher das Vorgehen der Stadt Zittau als »schier unfassbar« bezeichnete, wies der Oberbürgermeister folgendermaßen zurück: »Die kritischen Schreiben sind sicher berechtigt, aber die Absender kennen die Situation bei uns vor Ort nicht. Ausgrenzung würde eher zu einer Verhärtung führen, die ich persönlich nicht für dienlich halte. Der NJB hat erklärt, auf Gewalt zu verzichten und sucht geradezu das Gespräch mit uns. Es wäre der falsche Schritt, den Verein auf die Straßen und Plätze zu entlassen.« In völliger Verkennung der Realität träumt Voigt blauäugig davon »Die Südstraße 8 wird ein offenes Jugendhaus sein, von dem keinerlei Gewalt ausgehen darf. Der NJB hat ein Nutzungskonzept vorgelegt und sich eine neue Satzung gegeben, die mit unserer Verwaltung erarbeitet wurde. Die Jugendhilfe wird tätig sein können. Bedingung ist auch, dass der Verein nicht mehr im Verfassungsschutzbericht auftaucht. ...«

Es lohnt sich, eben diese neue Satzung und das neue Nutzungskonzept einmal genauer anzuschauen. So schreibt der NJB: »In der gesamten Bundesrepublik gilt das Grundgesetz, hiervon ist auch die Südstraße 8 nicht befreit.« Oder »Die... Räume werden von Mitgliedern des NJB e.V. in eigener Verantwortung hergerichtet und genutzt..., wobei der Vereinsvorstand stärker als bisher darauf achtet, dass die Nutzung nicht zu Straftaten missbraucht wird.« Auch von »...den alten, oftmals radikalen Positionen...« distanziere der NJB sich von nun an. Nicht nur dass dies gesetzliche Grundlagen sind, die man nicht extra festzuschreiben braucht – sie scheinen auch nicht das Papier wert zu sein, auf denen sie geschrieben sind.

Erst am 17. Oktober 2001 entdeckten Sozialarbeiter in dem Haus der Neonazis verbotene Symbole, z.B. eine gemalte Hakenkreuzfahne, sowie Werbung für eine Schulungsveranstaltung mit dem verurteilten Naziterroristen Peter Naumann. Wie ernst gemeint die »Distanzierung« zu den alten Zielen ist, wird auch darin deutlich, dass der alte Vorstand zwar ausgewechselt wurde, aber auch der neue Vorstand engste Verbindungen zur organisierten Neonaziszene hat. Der stellvertretende Vorsitzende Robert Pech ist seit der Wende als einer der wichtigsten Neonazis in Zittau bekannt. Zuerst war Pech bei den Republikanern, dann war er nach Gründung des NJB sein »politischer Leiter« und unter anderen bei den Überfällen 1999 in Zittau beteiligt. Auch der neue Vorsitzende, Alexander Pakiet, ist kein Unbekannter. Noch im Sommer 2001 lief er beim Holger-Müller-Marsch den knapp 150 Neonazis voran.

Dennoch glauben die politischen Vertreter der Stadt - darunter auch der neue Oberbürgermeister Arnd Voigt (Freie Bürger Zittau) nach wie vor weiter an eine »Beherrschbarkeit« der Neonazis durch Verständnis für ihre Situation und Sozialarbeit. Dass das Wirken des jetzigen Sozialarbeiters Johannes Krüger zum Jahresende beendet sein wird, da sich die Arbeiterwohlfahrt (AWO) als Träger zurückzieht, verschweigt man lieber. Einer Antwort darauf, dass in Zittau die Kommunalpolitik mit Neonazis paktiert und sich 33 Jahre an sie bindet, geht man aus dem Weg.

Man bleibt bei dem, was man seit Jahren praktiziert: Wegschauen, Schweigen und rechtsextreme Organisierung nicht wahrhaben wollen. Die Probleme haben die anderen - die heimischen Nestbeschmut-zerInnen und die auswärtigen Kriti-kerInnen. Denn in Zittau herrschen Ruhe und Ordnung. Eine trügerische Ruhe. ■

[1] »Schliessung des NJB - Aktion = Reaktion« heisst es auf einem Transparent am Haus des NJB.

Die Kameraden bei der Stange halten

Als »Bindeglied zwischen gefangenen Patrioten und Volksgenossinnen und Volksgenossen« und als strömungsübergreifende Plattform hat die »Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige« e.V. (HNG) heute eine wichtige Rolle im Aufbau und vor allem im Erhalt der Strukturen und Personen des neonazistischen Spektrums.

[1]

» Die 1979 gegründete HNG ist mit ihren ca. 700 Mitgliedern eine der grössten und wichtigsten Organisationen dieses Spektrums. Mittels Gefangenenbetreuung sollen inhaftierte Kameraden bei der Stange gehalten und neue angeworben werden. Durch Knastkameradschaften und die Vereins«mitteilungen« sollen die Gefangenen geschult werden. Dort heißt es: »Der politische Kampf ist im Knast nicht beendet - er wird mit anderen Mitteln fortgesetzt. Wer nur in Ruhe seine Tage absitzen will, der vergeudet wertvolle Zeit! Der politische Kampf muß auch im Knast organisiert werden.« Dies tut die HNG. In ihrem monatlich erscheinenden Mitteilungsorgan »Nachrichten der HNG« werden regelmäßig die Adressen inhaftierter Mitglieder und Sympathisanten veröffentlicht, die Briefkontakt wünschen. »Es ist sehr beeindruckend, wie Kameraden aus dem gesamten Reichsgebiet sich um inhaftierte Kampfgefährten kümmern. (...) Der Kampf wird weitergeführt - und diesmal gestärkt durch die Verbindungen zu Kameraden, die ich durch die HNG aufbauen konnte«, schreibt ein HNG betreuter Gefangener. Verziert wird die Liste der kontaktsuchenden Neonazis durch ein Bild von Rudolf Heß, der ihnen als »Symbol der unterdrückten Freiheit in Deutschland gilt«. In der Gefangenenliste befinden sich Altnazis wie Erich Priebke oder neonazistische Mörder wie Josef Saller. Unter den internationalen Gefangenen findet sich z.B. der Rechtsterrorist Thomas Nakaba. Des weiteren werden regelmäßig Briefe von Inhaftierten an die HNG, Rechtshilfetips und Kommentare abgedruckt. Damit soll die neonazistische Szene vor Repression bewahrt oder auf diese vorbereitet werden. Auch Schulungen werden von der HNG durchgeführt, so über den Umgang mit Polizei und Justiz im Juni 2001 in Hannover Langenhagen.

Die Führung der HNG liegt seit 1991 bei Ursula »Ursel« Müller aus Mainz-Gonsenheim. Von dort aus leitet sie gemeinsam mit ihrem Mann Curt die Organisation. Die heute 68 jährige Ursula Müller ist seit über 30 Jahren in der NS-Szene aktiv, damals gehörte sie zur Kampfgruppe Mainz, später zur Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF). Sie wurde mehrfach einschlägig verurteilt, weitere Verfahren sind anhängig.

Im Vorstand der HNG saßen in den letzten Jahren wichtige Kader der Naziszene, wie Christan Malcoci oder der ehemalige GdNF-Kader Markus Privenau. Heute ist es Vorstandsmitglied Silvia Fischer, die als junge Aktivistin Teile der praktischen Geschäfte der HNG erledigt. Sie hat viel »praktische Erfahrung« in der Gefangenenbetreuung, war ihr Mann Maik Fischer doch zu einer langjährigen Gafängnisstrafe verurteilt worden. Es war Maik Fischer, der mit anderen in der JVA Brandenburg das Knastfanzine »Der weiße Wolf« herausgab und zur Gründung von Knastkameradschaften aufrief. Innerhalb der neonazistischen Szene nimmt die HNG eine besondere Stellung ein. Sie stellt einen einzigartigen Treffpunkt für die teilweise konkurrierende Szene dar.

Selbst zu Zeiten des Neonazianführers Michael Kühnen, dessen Homosexualität die Szene spaltete, saßen bei den HNG-Versammlungen die zerstrittenen Fraktionen alle an einem Tisch. Die Jahreshauptversammlungen der HNG sind wichtige Treffen für strömungsübergreifende Diskussionen. Als diese am 31. März 2001 im bei Göttingen gelegenen Spiekershausen stattfand, versammelten sich rund 400 Personen des neonazistischen Spektrums. Die HNG vereint Führungsköpfe des Neo-nazismus wie Thorsten Heise und Christian Worch, ist aber auch weit darüber hinaus anerkannt, wie die Bewertung in der NPD-Parteizeitung Deutsche Stimme zeigt.

Dort wird die HNG als »die größte und wichtigste Organisation im Kampf für die Grund- und Menschenrechte von nationalen Bürgern in Deutschland« bezeichnet. ■

Nationalität als Knasthierarchie

Es gibt Orte, an denen sich Rassismus und rechtsextreme Organisierung weitestgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit manifestieren: In den Untersuchungsknästen und in den sogenannten »Justizvollzugsanstalten« (JVAs) - sowohl in den östlichen als auch den westlichen Bundesländern. Angesichts der Tatsache, dass die Zahl der inhaftierten Neonazis und rechten Skins in den letzten Jahren zugenommen hat, und diese in den Knästen zum Teil auf Schließer treffen, die ihrem Rassismus gegen MigrantInnen freien Lauf lassen können, halten wir es für notwendig, einen Blick hinter die Knastmauern zu werfen. Wir dokumentieren hier auszugsweise einem Brief von Lutz Balding, der wegen mehrfachen Bankraubs zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt ist und sich im Knast schon lange mit linken Bewegungen auseinandersetzt. Er wurde wegen verschiedener Ausbruchsversuche immer wieder verlegt und ist zur Zeit in der JVA Schwalmstadt in Hessen inhaftiert.[1]

» Ende 1997 wurde ich aus der JVA Butzbach (Baden-Württemberg) in die JVA Waldheim (Sachsen) und Anfang 2000 aus der JVA Kassel (Hessen) in die JVA Torgau (Sachsen) verlegt. In Bezug auf die Zustände in diesen beiden Knästen wäre es verharmlosend, lediglich ein rechtes Umfeld zu konstatieren. Sowohl unorganisierte als auch fest in diverse Kameradschaften eingebundene Naziskins beherrschen richtiggehend weite Teile des Knastes. Zum Beispiel in der Art, dass über offene Drohungen, Einschüchterung, Auftreten als kompakte Gruppe Einfluss auf die Belegung einer Station, Gestaltung der Freizeit, die Benutzung der Küche und Sportgeräte genommen wird.

In den Großzellen in der JVA Waldheim - wie auch in einem geringeren Maß in der JVA Torgau - wird dazu entsprechende Kultur gepflegt: Von Rangordnung und der gesamten Symbolik der Naziszene bis hin zu täglichem Singen des »Deutschland-Liedes« mit anschließendem minutenlangen »Sieg-Heil, Juden verreckt, Kanacken verreckt, Deutschland den Deutschen«-Gegröhle.

Der Habitus einzelner Gefangener, die nicht aus rechten Zusammenhängen kommen und qua zugewiesener Station in diesen Zustand hinein gezwungen werden, passt sich sehr schnell an. Bis hin zur Glatzenpflicht in einigen Zellen. Einzelnen Gefangenen wurden in solchen Zellen gewaltsam die Haare abrasiert.

Es gibt nur wenige Gefangene, die mutig genug sind und die Kraft haben, sich dem sofort und konsequent zu entziehen. Man darf dabei nicht aus dem Blick verlieren, dass allein schon eine sich verweigernde Haltung ganz real mit der Gefahr verbunden ist, auf der Stelle zusammengetreten zu werden. Individuell bleibt dem Bedrohten oft keine andere Alternative, als sich auf einer der sogenannten »Sicherheitsstationen« - also in Absonderung von allen anderen Bereichen des Knastes - wegbunkern zu lassen, da es in beiden Knästen keine Station gibt, auf denen er geschützt vor Angriffen wäre. In Knästen wie Waldheim und Torgau sind Antifas, Leute aus dem linken/autonomen Spektrum - ohne zu polemisieren - teilweise in Lebensgefahr. Dasselbe gilt aber auch für Schwule, Punks, Migranten .... Alles, was nicht in das rechts-chauvinistische Raster passt, wird dort Ziel von direkten Angriffen.

Aktive Nazis und rassistische Schließer.

Sowohl in der JVA Torgau als auch in der JVA Waldheim gibt es Gefangene aus dem Spektrum der Kameradschaften, die während der Aufschlusszeiten in ihren Zellen sogenannte »Schulungen« durchführen. (...) Ich denke, dass die naheliegende Vermutung zutreffend ist, dass diese Gefangenen die Nahtstelle u.a. zur HNG, aber auch zur NPD sind. Diese Schulung ist übrigens eine Praxis, der sich auch der verurteilte ehemalige NPD-Vorsitzende Günter Deckert in der JVA Bruchsal bedient hat, um neben Mitgliederwerbung für die NPD geschichtsrevisionistische Thesen

1| Auszüge aus Lutz Baldings Brief wurden im Juni 2001 bei »Politik in Hessen«, Hessischer Rundfunk, Beitrag über die »Hilfsgemeinschaft für nationale Gefangene und ihre Angehörige e.V.« (HNG) veröffentlicht.

und ein deutsch-nationales, rassistisches Weltbild unter Gefangenen zu verbreiten. Während meines Aufenthalts in der JVA Bruchsal 1996 sprach mich einer von Deckerts Handlangern an, ob ich nicht interessiert sei, »mit guten Freunden und Kameraden« an einem »privaten Gesprächskreis deutscher Gefangener« teilzunehmen.

Dass Deckert nicht nur weiter indoktriniert und seine rechte Hetze verbreitet hat, sondern offensichtlich auch bestrebt war, rechte Strukturen aufzubauen, wurde mehrfach durch regionale Antifa-Gruppen und das freie Radio Karlsruhe öffentlich gemacht, hatte aber keinerlei Konsequenzen. (...)

Verschärft wurde dieser Zustand durch eine nationalistische und/oder rassistische Einstellung großer Teile der Beamtenschaft in der JVA Torgau und in Waldheim, die mir - so offen - vorher nirgendwo begegnet ist. Rassismen wie »Fidschi«, »Polacke« und »Kameltreiber« - um nur einige Beispiele willkürlich aus einer ganzen Palette auszuführen - sind alltäglicher Sprachgebrauch, ohne dass dem nennenswert widersprochen wird. Gegen Nicht-Deutsche Gefangene wird bei Alltagskonflikten häufiger Gewalt seitens der Beamten eingesetzt.

Die HNG auf Mitgliederwerbung

Auf die JVA Schwalmstadt, in der ich momentan einsitze, ist diese Zustandsbeschreibung nicht übertragbar. Der Anteil derjenigen Gefangenen, die aus rechten Zusammenhängen kommen, ist gering. Aktuell werden - soweit mir bekannt - drei Gefangene in der JVA von der HNG (siehe Artikel S.26) betreut. Dass HNG-Mitglieder als Besucher in die Anstalt kommen, ist durch folgendes persönliches Erlebnis dokumentiert. Anfang Mai sass ich mit FreundInnen im Besucherraum, als ein älteres Paar an unseren Tisch kam. Offensichtlich kannten die beiden denjenigen, den sie erwarteten nicht. Ich wies sie auf den Irrtum hin und kurz darauf kam dann ein Gefangener zu ihnen, von dem mir bekannt ist, dass er dem Kreis rechter Schläger zuzuordnen ist. Die Gesichter des Paares waren mir aus Veröffentlichungen antifaschistischer und antirassistischer Gruppen zur HNG bekannt, die mit entsprechendem Bildmaterial versehen waren. Bei dem Paar handelte es sich eindeutig um HNG-Mitglieder. Warum sie dachten, dass ich der Gefangene sei, den sie besuchen wollten, war auch klar: Einige Tage zuvor hatte ich mir eine super-kurze Sommerfrisur zugelegt und war im Raum der einzige, der ihrem Raster entsprach ...

In der JVA Torgau habe ich einen jungen Mitgefangenen kennen gelernt, dem von der HNG »Betreuung« angeboten wurde. Stichwortartig stellte sich sein Weg dorthin wie folgt dar: Eingeknastet wegen Drogenabhängigkeit und Beschaffungsdelikten, wurde er auf einer Station mit einem hohen Anteil rechter Gefangener untergebracht. Über den Alltag und den Gruppendruck kam er in diese Strukturen rein. Nach Konflikten mit dem Wachpersonal und Mitgefangenen wurde er auf die Absonderungsstation verlegt. Ende letzten Jahres nahm die HNG brieflich Kontakt zu ihm auf - auf Initiative der Glatzen der Station, auf der er vorher war. Sinngemäß schrieben die HNG´ler: Sie wären darauf aufmerksam gemacht worden, dass er aufgrund dessen, dass er seine Rechte als Deutscher auch im Knast eingefordert habe und dafür kämpfte, Repressalien unterworfen sei. Und sie würden ihm Hilfestellung sowohl persönlicher als auch juristischer Art anbieten. Auch würden sie ihn gerne besuchen kommen.

Hierarchien entstehen über Nationalität

Bei einem großen Teil der deutschen Gefangenen hier herrscht eine rassistische Einstellung vor, die in Gesprächen und Diskussionen sehr deutlich wird. Da hat sich - mit Blick auf die letzten zehn Jahre - einiges verändert. Wurde früher von Gefangenen die Trennlinie untereinander über Zuweisungen wie Verräter, Spitzel, Opportunist ... gezogen, verläuft sie heute signifikant entlang der Nationalität. Nicht Einsperrung, totale Institution, administratives Handeln werden als genuines Problem und Angriffspunkt gesehen, sondern alles, was dem halluzinierten Kollektiv Deutscher (Gefangener) nicht zugehört.

Tatsächlich haben sich Gefangene aufgrund eines vermeintlichen Ungleichgewichts in der Zusammensetzung von deutschen und nicht-deutschen Gefangenen in Ausbildungslehrgängen mit der Forderung an das Hessische Justizministerium gewandt, mit deutschen Steuergeldern gefälligst auch deutsche Gefangene zu resozialisieren. Auch wenn teilweise Versatzstücke aus der Müllkiste des Nationalismus eingebaut sind, würde ich nicht von einem geschlossenen rechten Weltbild reden. Vielmehr davon, was sich gesamtgesellschaftlich durch alle Verhältnisse zieht: Rassistische Normalität. Die rassistische Einstellung einiger Beamter findet hier in Schwalmstadt mehr auf der Ebene persönlicher Äußerungen ihren Ausdruck, bestätigt und verstärkt durch entsprechende Einstellungen deutscher Gefangener.

Um die Probleme zu lösen, halte ich es für den grundfalschen Ansatz, nach Autorität und Institution zu plärren. Vielmehr müßten Formen der Selbstorganisierung unter nicht-rechten Gefangenen gefunden werden, die diese Gefahr zumindest minimieren kann. In Anbetracht der realen Verhältnisse will sich allerdings bei mir kein Jota Optimismus einstellen. ■

Der Kranich im Angriffsflug

Die Lufthansa verfolgt AbschiebegegnerInnen

Mit Hardwareklau und Androhungen von Geldstrafen schlagen Justiz und die Lufthansa nach der erfolgreichen Online-Demo von »kein mensch ist illegal«, Libertad! und anderen antirassistischen Gruppen nun zurück. Angesichts sinkender Umsätze und der gleichzeitigen Aussicht, dass durch die »Anti-Terror-Pakete« die Zahl der Abschiebungen weiter zunehmen wird und so die Beförderung von mehr »unfreiwilligen Passagieren« in Aussicht steht, will die Lufthansa offenbar mit allen Mitteln gegen AbschiebegegnerInnen vorgehen.

Weil der »Kranich« aufgrund der Online-Demo vom 20. Juni 2001 gegen das rassistische und menschenverachtende Abschiebegeschäft in digitale Turbulenzen geriet, ließ die Staatsanwaltschaft Frankfurt am 17. Oktober 2001 auf Antrag der Lufthansa bei Durchsuchungen gegen die Initiative Libertad! sämtliche vermeintliche »Tatwerkzeuge« abräumen. Neben neun Rechnern - darunter Mail-, Webserver, Graphikcomputer und ein Laptop - wurden in der Privatwohnung des Anmelders der Online-Demo Website sowie im Libertad!-Büro im Dritte-Welt-Haus/Frankfurt nahezu alle auffindbaren Daten-CDs und Disketten beschlagnahmt. Der Verlustwert der beschlagnahmten Technik beläuft sich auf ca. 20.000 D-Mark.

Damit nicht genug, will sich die Lufthansa angesichts von ca. 10.000 Abschiebungen jährlich offenbar von keiner Seite öffentlichkeitswirksam kritisiert wissen: Mit einer einstweiligen Verfügung des Landgerichtes Frankfurt vom 29. Oktober 2001 ließ sie unter Androhung einer Ordnungsstrafe von 500.000 D-Mark die Nutzung eines VW-Busses verbieten, auf dem »Lufthansa«, »Deportation.class« und ein abstürzender Kranich zu sehen sind. Der Bus war seit Anfang Oktober bei Aktivitäten gegen Abschiebungen eingesetzt worden.

Anwälte des Konzerns fordern von einem Aktivisten von »kein mensch ist illegal« sowie der »Kölner Stadtrevue« eine »Unterwerfungserklärung«, in der sie sich zur Löschung einer Internet-Plakat-Ausstellung gegen das Abschiebegeschäft verpflichten. Der Streitwert des Verfahrens beläuft sich auf 250.000 D-Mark. Das Ultimatum zur Unterwerfung lief am 16. Oktober für die Lufthansa erfolglos ab. Die Plakate sind - hoffentlich noch lange - im Internet zu besichtigen.

Zudem versucht die Lufthansa seit Mai diesen Jahres mit Druck gegen die Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (FFM) die »deportation-class«-Websites aus dem Internet zu schmeissen. Ein Antrag auf eine entsprechende einstweilige Verfügung der Lufthansa wurde unlängst jedoch vom Frankfurter Landgericht abgelehnt. Die FFM konnte glaubhaft machen, dass sie weder die Seiten betreibt noch Einfluss auf deren Gestaltung hat. Gegen diese Entscheidung ist die Lufthansa nun in Berufung gegangen.

Auch die letzte Ausgabe der »deportation-class«-Zeitung von »kein mensch ist illegal« bleibt nicht verschont. Ein entsprechend unangenehmer Brief erreichte Anfang Dezember die Person, die als verantwortlich im Sinne des Presserechts der Mobilisierungszeitung zeichnete. Die wurde in zigtausendfacher Auflage im Frühjahr und Sommer 2001 bundesweit verteilt. Absender des Briefs war die Staatsanwaltschaft Frankfurt, die postalisch die Einleitung eines Verfahrens wegen »Aufrufes zu Straftaten« mitteilte – wieder war der Auftraggeber die Fluglinie mit dem Kranich. Ihr Image verbessert die Lufthansa allerdings mit ihrem umfassenden Rückgriff auf die deutschen Repressionsorgane nicht. So waren Solidarisierungserklärungen und Aufrufe von zahlreichen linken, demokratischen Organisationen, vom DGB-Mittelbaden über JungdemokratInnen Frankfurt bis medico international, eine erste Reaktion auf die polizeiliche Durchsuchung in Frankfurt/Main. Der Wortlaut des Solidaritätsaufrufs und weitere ausführliche Infor-mationen sind unter http://www.libertad.de zu finden. Dort besteht auch die Möglichkeit, mit entschiedenem Mausklick bei den zuständigen staatlichen Stellen und der Lufthansa selbst zu protestieren. ■

Wer Libertad! nach Verlust der Computer finanziell etwas unterstützen möchte, kann Spenden auf folgendes Konto überweisen: Förderverein Libertad!, KNr: 202158110, Ökobank Frankfurt (BLZ 500 90 100), Stichwort: »onlinedemo«.

»Combat 18« inside !

Nazi-Informant Darren Wells über die Terrorgruppe »C-18«

Ein führender Kader der britischen Neonaziterrorgruppe Combat 18 outete sich in der Dezember-Ausgabe der internationalen antifaschistischen Zeitung "Searchlight" als Aussteiger und Informant der Zeitung. Das AIB dokumentiert das Interview mit Darren Wells in Auszügen. Wells kam 1994 zu Combat 18 (C18) und gehörte jahrelang zum engen Kreis um die C18-Anführer Will Browning und Charlie Sargent. Ausserdem betreute Wells die C18-Rechtsrockproduktion ISD Records, durch deren Profite C18 ihre Aktivitäten finanzieren konnte.

Wer das vollständige Interview im Original lesen möchte, sollte bei www.searchlightmagazine.com nachgucken oder das Buch »White Riot - The violent story of Combat 18« bestellen bei:

➔ Searchlight
P.O. Box 1576, Ilford,
Essex IG5 ONG.

[1] »Combat 18« - Anhänger bei dem Rudolf-Hess-Marsch 1995 im dänischen Roskilde.

» *Searchlight: Welche Bedeutung hatte C18 für Dich? r*

Wells: Die Gruppe gab mir die Möglichkeit, loszuziehen und meine Wut über alles auszudrücken, worüber ich mich in der Gesellschaft ärgerte. Und das war wahnsinnig toll, weil ich vorher nie die Gelegenheit dazu hatte. Ich dachte immer, dass ich der einzige wäre, der sehen konnte, wie schlecht das Land behandelt wurde. Dann kamen andere Faktoren dazu. Je häufiger wir mit unseren Aktivitäten ungestraft davon kamen, desto mächtiger und wichtiger fühlten wir uns. Dieses Gefühl von Macht war der Schlüssel für viele Entscheidungen, die ich ansonsten nicht getroffen hätte. Sicherlich auch, weil es niemanden sonst gab, der die Sachen gemacht hätte, die Will (Browning, Anm. d. Ü.) machen wollte.

C18 hat den »Rassenkrieg« gepredigt und wollte 1997 Briefbomben von Skandinavien nach England verschicken. Was hat C18 wirklich geglaubt, zu erreichen?[1]

Wir dachten, dass wir das Boot so zum Wanken bringen könnten, dass etwas passieren würde. Das waren natürlich alles nur Fantasien, aber wir begannen, in unserer eigenen surrealen Welt zu leben. Ich glaube nicht, dass irgendwer von uns wirklich dachte, dass wir tatsächlich die Kontrolle über das Land übernehmen würden. Aber wir dachten, wir könnten genügend Schaden verursachen, und dann diesen grandiosen Heldentod sterben, um Märtyrer wie die Leute von The Order zu werden.[2]

Ausserdem muß man bedenken, dass alle in einer Gruppe wie der unsrigen eigentlich nur als Teil der Gruppe lebten, wir hatten ein einziges, Leben. Die Gefühle haben sich hochgeschaukelt. Wie schon gesagt, man verliert den Bezug zur Realität, weil wir überzeugt waren, dass wir kurz davor waren, etwas wirklich Riesiges zu machen, und dann in einem entsprechenden Glorienschein zu sterben. Und das war alles, was für uns zählte. Das einzige, wovor wir Angst hatten, war, dass wir geschnappt würden, bevor wir losschlagen konnten.

(...) Will wusste, dass er in den Knast kommen würde, deshalb wollte er ein Statement machen, dass eine Gruppe innerhalb von Combat 18 – unabhängig davon, ob sie als solche bekannt wäre oder nicht – einen Schritt weiter gehen würde. Ich glaube, das war seine Antwort auf die Kritiker, die behaupteten, C18 würde nur reden. Aber Dänemark[3] sollte natürlich nur der Anfang sein. Es gab Gerede über eine zweite Bombenwelle einige Zeit später: Eine ganze Woche sollte mit der Produktion der Sprengsätze verbracht werden, hunderte davon, und dann sollten sie alle am gleichen Tag von verschiedenen Orten an unterschiedliche Ziele überall in Eurpa verschickt werden. Die Polizei würde vielleicht einige davon abfangen, aber viele würden durchgehen. Kannst Du Dir vorstellen, welche Konsquenzen es gehabt hätte, wenn in England 150 Briefbomben durchgekommen und an einem Tag explodiert wären? Es hätte Riots in den Straßen gegeben. Niemand hatte sich je zuvor überhaupt so etwas ausgedacht.

Aber der Plan wurde nicht ausgeführt. Das war doch alles nur Kneipengerede, oder?

Vielleicht, aber damals 1996 waren einige Leute völlig von der Geschichte von Robert Matthews[4] eingenommen und wollten ihm hier nacheifern. Das wurde zu unserem einzigen Lebenszweck und wurde wichtiger als alles andere: Die Leben der Leute, ihre Jobs und Familien bedeuteten nichts mehr. Alles was zählte, war so zu werden wie unserer Vorstellung nach The Order war. Aber dann wurde Thomas Nakaba[5] wegen der dänischen Bomben verhaftet, und – viel wichtiger – Charlie Sargent brachte Chris Castle um.[6] Das hatte enorme Auswirkungen. (...) Von dem Punkt an hörte C18 eigentlich auf zu existieren,

Wie wichtig waren die Freundschaften und Kameradschaft für die Aktivitäten von C18 im Vergleich zur politischen Ideologie?

Ich glaube, dass beides zusammenhing, auch wenn ich denke, dass das eine nicht ohne das andere überlebt hätte. Was ich damit meine ist einfach: Jeder hatte die gleichen politischen Überzeugungen, aber ich glaube, das hätte die Leute nicht so zusammengeschweißt, wenn es nicht auch noch den sozialen Aspekt gegeben hätte. Wir haben zum Beispiel gemeinsam die Ausflüge nach Deutschland gemacht. Es war noch nicht mal eine rassistische Sache im eigentlich Sinn, sondern wie ein Ausflug von wilden Jungs nach Deutschland. Man ist in den Bus gesprungen, hat ein paar Lagen Bier mitgenommen, ein paar Socken und ein Paar Hosen, und dann ging es los auf einen wilden Trip. Das war jeden Monat wie eine endlose Party.

Warum hast Du angefangen, für Searchlight zu arbeiten?

Ich hatte keine Lust mehr auf die extreme Rechte. Ich hatte angefangen, die Szene zu durchschauen. Zum Jahresende 1998 schlug jemand vor, dass ich nach Deutschland reisen sollte, um dort ein paar Bomben zu bauen und sie abzuschicken. Ich habe dann angefangen, mein Leben noch mal neu zu betrachten und begriff, dass ich nicht mehr mit dem Herzen dabei war. Ausserdem sah ich die Unfähigkeiten in der extremen Rechten und vor allem die vielen Idioten innerhalb der Szene. (....) Anfang 1999 verschärfte die Polizei ihr Vorgehen gegen uns, und mir wurde klar, dass ich einige Entscheidungen treffen musste. Aber ich hatte noch Freunde in der Szene. Indem ich für Searchlight arbeitete, gab ich etwas zurück und versuchte, die Fehler meiner Vergangenheit und das Elend, das meine Politik Menschen zugefügt haben könnte, wieder gut zu machen. Gleichzeitig versuchte ich, indem ich Informationen weitergab, meine engen Freunde vor Ärger zu bewahren. Ich dachte, wenn ich Sachen verhinderte, bevor sie geschahen, würden diejenigen, die mir wichtig waren, nicht wegen noch größerer Sachen verhaftet werden. Das hört sich vielleicht dumm an, aber das war Teil meiner Motivation.

Viele dieser engen Freunde werden Dich jetzt als Verräter ansehen. Wie fühlst Du dich dabei?

Natürlich will niemand als Verräter gelten. Aber offensichtlich ist mir bewußt, dass Leute mich für das, was ich getan habe, verdammen werden. Um ehrlich zu sein, ist es mir ziemlich egal, was die meisten Leute denken. Es gibt nur ein paar, die mir etwas bedeuten. Ich hoffe nur, dass sie darüber nachdenken, was ich getan habe. Es wäre einfach für mich gewesen, zur Polizei zu gehen, einen Sack voll Geld zu kassieren und alle in den Knast zu schicken. Aber das habe ich nicht getan.. Vielleicht werden sie an irgendeinem Punkt in der Zukunft, wenn sie selbst am Nazismus zu zweifeln beginnen, auf das zurückschauen, was ich gemacht habe und denken, dass ich etwas Ehrenhaftes getan habe. Vielleicht danken sie mir dann dafür, dass ich sie dazu überredet habe, bestimmte Sachen nicht zu machen, für die sie viele Jahre im Knast gelandet wären. Das würde ich mir jedenfalls wünschen. (...)

Das AIB dankt der internationalen Antifazeitung Searchlight für die Vorabdruckgenehmigung.

1|Anfang 1997 verschickten schwedische Neonazis Briefbomben an Antifaschisten in England, eine schwedische Nachrichtensprecherin und einen abtrünnigen »Kameraden«.

2| The Order: US-amerikanische Neonaziterrorgruppe, die zwischen 1983 und 1985 mit Banküberfällen, Bombenanschlägen, Morden an Polizisten und einem jüdischen Talkshow-Moderator für Schlagzeilen sorgte. »The Order« hatte auch ein literarisches Vorbild in dem Roman »Turner Diaries« des US-amerikanischen Neonazis William Pierce. Die »Turner Tagebücher« werden von Rechtsextremisten international als Vorlage für den Aufbau von militanten Neonazizellen nach dem Konzept des sogenannten »führerlosen Widerstands« angesehen. In dem Roman zieht eine fiktive Gruppe namens »The Order« gegen alles, was nicht dem rechten Weltbild entspricht, in den »heiligen Rassenkrieg«. Das ultimative Ziel: Die Vernichtung der US-Bundesregierung, die im Jargon der Neonazis als »Zionistische Besatzungsregierung« (ZOG) bezeichnet wird.

3|Anspielung auf eine Briefbombe in Schweden 1997, bei der die damalige schwedische Justizministerin betroffen war.

4| Robert Matthews, einer der Gründer von »The Order«, starb im Dezember 1984 während eines 36-stündigen Schußwechsels mit dem FBI, als sein Munitionsvorrat explodierte. Er wird seitdem von Neonazis weltweit als Märtyrer verehrt.

5| Der dänische Neonazikader Thomas Nakaba wurde 1997 in Schweden verhaftet, als er von dort aus drei Briefbomben an abtrünnige C18 Gesinnungsgenossen schicken wollte. Hintergrund waren Konkurrenzkämpfe zwischen »Nordland« und C18 um die Kontrolle des lukrativen »White-Noise-Marktes«. Die Bomben waren als Videokassetten getarnt - Teil einer Serie von 40 Sprengsätzen, die als bisher größte Briefbombenkampagne in Europa bezeichnet wurde. Als Nakaba festgenommen wurde, erschoß er einen Polizeibeamten und verletzte einen zweiten schwer. (vgl. AIB Nr. 43)

6| Charlie Sargent und Martin Cross von Skrewdriver töteten im Februar 1997 bei einem gruppeninternen Machtkampf den Neonazi Chris Castle. Sargent wurde dafür 1998 zu 30 Jahren Haft verurteilt. Danach übernahm Will Browning die Führung bei C18.

Für weitere Informationen in Bezug auf C18 vgl. AIB Nr. 23 und AIB Nr. 43

Europas extreme Rechte macht mobil

Pilgerfahrt nach Österreich

Anfang November 2001 trafen sich Vertreter der führenden europäischen rechtsextremen Parteien und Gruppierungen auf dem niederösterreichischen Schloss Kranichberg. Eingeladen hatte das österreichische rechte Blatt »Zur Zeit«.

Der Artikel wurde uns von unserem Österreich-Korrespondenten zur Verfügung gestellt..

» Im Anschluß an das Treffen verkündete FPÖ-Chef Jörg Haider, dass die FPÖ und der rechtsextreme belgische Vlaams Blok bei den Europawahlen im Jahr 2004 auf einer gemeinsamen Liste antreten wollen. Der Chef des Vlaams Blok, Filip Dewinter, unterstütze diesen Vorschlag.[1] Haider hatte in der Vergangenheit wiederholt für eine gemeinsame »Euroliste« rechter Parteien geworben. Nun scheint er seinem Ziel einen Schritt näher gekommen zu sein.

Andreas Mölzer, bis vor kurzem kulturpolitischer Berater des Kärntner FPÖ-Landeshauptmannes Jörg Haider, plante schon seit mehr als einem Jahr, Vertreter rechtskonservativer und rechtsextremer Parteien Europas nach Österreich zu holen. Ein derartiges Gipfeltreffen sollte den bis dato gescheiterten Versuchen des Aufbaus einer »Euro-Rechten« neuen Schwung verleihen. Zudem zieht der Erfolg der FPÖ und deren Regierungsbeteiligung Rechtsextreme aus ganz Europa an: Diese profitieren vom österreichischen Tabubruch und möchten sich auch unmittelbar die Erfahrungen der FPÖ dienstbar machen.

Anläßlich des vierjährigen Bestehens von Mölzers Wochenblatt »Zur Zeit« war es dann so weit: Am 10. November 2001 fand ein »Jubiläumskongreß« mit internationaler Beteiligung im Seminarhotel Burg Kranichberg in Niederösterreich statt.

Das völkische Treffen stand unter dem Motto »Europas Rechtsparteien und die Medien« und wurde wie angekündigt durch ein Impulsreferat des FPÖ-Historikers und »Zur Zeit«-Kolumnisten Lothar Höbelt eröffnet. Höbelt hatte nichts Neues zu sagen, stattdessen übte er sich in Medienschelte und kritisierte die »Linkslastigkeit« von JournalistInnen. Zuvor hatte noch Barbara Rosenkranz, ihres Zeichens FPÖ-Landtagsabgeordnete in Niederösterreich, Grußworte an die Versammelten gerichtet. Am Nachmittag fand dann unter Mölzers Leitung eine Podiumsdiskussion »mit prominenten Ehrengästen der Rechtsparteien« statt. Die »Zur Zeit«-Herausgeber Johann Josef Dengler, John Gudenus (FPÖ-Bundesrat) und Mölzer versprachen nicht zu viel, als sie im Vorfeld behaupteten, dass diese Ehrengäste »öffentliches Aufsehen erregen« würden. Tatsächlich hatte Mölzer ohne taktische Rücksichtnahme auf die Mutterpartei und die Regierung, die »Zur Zeit« mit mehr als 800.000 österreichischen Schilling fördert, einige führende Köpfe des europäischen Rechtsextremismus eingeladen. Neben einem nicht näher genannten »Vertreter aus Italien« und einem »hochrangige(n) Mitglied der FPÖ« waren folgende Diskutanten angekündigt: Der stellvertretende kroatische Verteidigungsminister Kresmir Cosic von der nationalistischen HDZ, der ehemalige Innensenator Berlins und CDU-Rechtsaußen Heinrich Lummer, nebenbei Ehrenpräsident von Joachim Siegerists rechtsextremer Sammlung »Die Konservativen«, der als »Hoffnung der französischen Rechten« bezeichnete Bruno Megret, Vorsitzender des Mouvement National Republicain (MNR)[2], der Vorsitzende des Vlaams Blok, Filip Dewinter und István Csurka, Anführer der ungarischen Partei der Gerechtigkeit und

[1] Die vereinigte »Euro-Rechte« war auf dem Kranichberg noch nicht komplett: Jörg Haider, Bruno Megret, Heinrich Lummer und Joachim Siegerist (v.l.n.r.)

Montage

des Lebens (MIÉP)[3].

Es ist vor allem die Einladung des wütenden Antisemiten Csurka, die international für Aufregung sorgte.. Zu Recht, wie ein Blick auf Csurkas jüngste Ausfälle beweist. So liest sich sein Kommentar zu den Terroranschlägen vom 11. September 2001 wie ein dazugehörendes Bekennerschreiben: «Die unterdrückten Völker der Welt konnten nicht die Erniedrigung durch die Globalisierung, die Ausbeutung und den in Palästina planmäßig durchgeführten Völkermord ohne einen Antwortschlag erdulden.«

Im September warf Csurka in seinem Pamphlet »Einige Gedanken über Einkaufszentren, Quartiermacher und die Besetzung Ungarns« der vorangegangenen sozialistischen Regierung vor, sie hätte an der Spitze der ungarischen Nationalbank einen Manager »aus einer reformierten ungarischen Familie« durch einen Protegé »jüdischer Abstammung« ersetzt. Darüber hinaus behauptet er, der wegen seiner Beteiligung am Massenmord an den ungarischen Juden und Jüdinnen hingerichtete NS-Kriegsverbrecher Zoltán Bosnyák sei nur wegen der Veröffentlichung einer Aufzählung »jüdischer« Millionäre in Ungarn verurteilt worden. Abgerundet wird Csurkas Hetzschrift durch eine Liste sämtlicher jüdischer Organisationen samt genauer Adressenangabe.

In der Ausgabe 26/2001 von »Zur Zeit« findet sich auf Seite 10 der Nachdruck eines Artikels von Csurka, in welchem er seine krude Weltanschauung zusammenfaßt. Für Csurka ist Europa seit 1945 von der obligaten »jüdischen Weltverschwörung« entmachtet und (geistig) kolonialisiert worden. Die als »Gestalter der Weltfinanzen« bezeichneten Juden und Jüdinnen hätten zunächst die »amerikanische Weltmacht« in Besitz genommen, um dann Europa zur supranationalen Einigung zu zwingen. Auch die NATO-Intervention im ehemaligen Jugoslawien diene deren Interessen. Für Csurka stellt die Präsenz von NATO-Truppen in der Region doch »Israels Sicherheitsflanke vom Nordwesten« dar. Auch das für Europa so gefährliche »Selbstaufrichten des russischen Imperiums« nütze nur »Amerika und Israel«. Die in Deutschland begonnene und auf ganze Europa ausgeweitete »Umerziehung« werde auch in Ungarn von den Medien betrieben. Und diese sind laut Csurka ebenfalls »von dieser nationsfremden Clique beherrscht.« Auch hinter der internationalen Ablehnung der FPÖ-Regierungsbeteiligung stünde »ein außereuropäisches Land, Israel«.

Gegen diese »jüdische« Ablehnungsfront organisierte die MIÉP-Jugend am 13. Februar 2000 vor der österreichischen Botschaft in Budapest eine Solidaritäts-kundgebung, was - wen wundert es - in der Internet-Ausgabe der NS-Nachrichten von der NSDAP/AO lobend erwähnt wurde.[4]

Aber nicht nur der Anführer der MIEP tut sich mit antisemitischer Hetze hervor. Lóránt Hegedüs junior, ein Stellvertreter Csurkas an der Spitze der rechtsextremen MIÉP, schrieb unlängst über Juden und Jüdinnen: »Vom Ufer des Jordans kommen sie wieder an das Ufer der Donau, um noch einmal den Ungarn →

einen Fußtritt zu geben. Deswegen höre du Ungar die einzige zum Leben führende Botschaft im 1000. Jahr des christlichen ungarischen Staates: Wirf sie hinaus! Denn wenn du es nicht tust, dann werden sie es mit dir tun.« Ein anderer MIÉP-Politiker namens Tibor Franka beschrieb das Feindbild öffentlich in schlimmster nationalsozialistischer Diktion: »Ihre Nase rinnt, ihr Ohr befindet sich tiefer als ihr Nasenflügel und sie sind krummbeinig«. Die Reaktionen des potentiellen Koalitionspartners der MIÈP ähneln denen österreichischer Konservativer. So meinte Ungarns amtierender Ministerpräsident Viktor Orban vom Bund der Jungen Demokraten (FIDESZ) über die antisemitischen Ausfälle Csurkas und seiner Partei gegenüber der Süddeutschen Zeitung[5] : »Es ist Teil der ungarischen Polit-Folklore, dass die Linke jeden Nicht-Linken zum Antisemiten erklärt.« Es bleibt abzuwarten, inwieweit die Pläne der europäischen Rechtsextremen, bei den Europawahlen in zwei Jahren mit einer gemeinsamen Liste anzutreten, dann noch aktuell sind. Deutlich wurde bei dem Treffen auf Schloss Kranichberg vor allem, dass das Modell Österreich und die Erfolge des Vlaams Blok der europäischen Rechten neuen Aufwind geben. Und dass Antisemitismus in diesen Kreisen zum Programm gehört. ■

1 . AFP vom 18.November 2001 nach einem Bericht des österreichischen Nachrichtenmagazins »Format«
2. Abspaltung von Le Pens Front National
3. AFP vom 10. November 2001
4. NS-Nachrichten Nr. 103/3, Frühling 2000
5. Süddeutsche Zeitung vom 3. November 2001

Abonniert

das antifaschistische info blatt

Abokonditionen

Preise*

➔ für 5 Ausgaben 30,– DM / 15,50 Euro

Weiterverkauf

➔ ab 3 Exemplaren je 6,– DM / 3,10 Euro

➔ ab 5 Exemplaren 20% Rabatt

➔ ab 50 Exemplaren 25% Rabatt

* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten Ausgaben. Wenn Du bezahlst, läuft das Abo weiter, ansonsten nicht.

Für alle Bestellungen, außerdem Weiterverkauf, gilt Vorkasse. Egal ob bar, per Verrechnungsscheck oder mit Überweisung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Back Issues

Mehr als zehn Jahre Antifa und Infos in einem Blatt. Entwicklungen, Diskurse erfahren und nachvollziehen oder das eigene Archiv komplettieren, kein Problem. Einfach die vorherigen Ausgaben des Infos bestellen.

Lieferbare Ausgaben

14 | 17 | 18 | 23 bis 53

Preise sind abhängig von der gewünschten Ausgabe (3,– bis 6,– DM / 1,50 bis 3,10 Euro)

Pakete

Info-Paket A	14 | 17 | 18 | 23 bis 26	15,– DM / 7,70 Euro
Info-Paket B	27 bis 33	22,– DM / 11,30 Euro
Info-Paket C	34 bis 40	22,– DM / 11,30 Euro
Alle Info-Pakete		50,– DM / 25,60 Euro

Impressum

Antifaschistisches Info Blatt
15. Jahrgang
Sondernummer 54 | 3.2001

Preis 6,– DM / 3,10 Euro

Redaktion
Antifaschistisches Info Blatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
e-mail aib@mail.nadir.org

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben

V.i.S.d.P. M. Heinlein (Adresse s.o.)

Konto AIB
Konto-Nr. 3 251 800
BLZ 100 205 00
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

AbsenderIn

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle Ausgaben.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung. Den Betrag überweise ich auf euer Konto.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach

EmpfängerInnen

Antifaschistisches Info Blatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

Pakistanischer Grenzsoldat blickt auf Afghanistan

diese Ausgabe wurde gefördert vom NETZWERK